

LUXEMBURG

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS



Deutschland
am Hipppunkt

DEUTSCHLAND AM PUNKT

»Es geht darum,
wie der begründete Pessimismus
produktiv gemacht werden kann, damit
er nicht in Fatalismus umschlägt.«

Mario Candelias in diesem Heft

»Der radikalisierte
Konservatismus vollführt einen
Trick, den die extreme Rechte
erfunden hat: Er präsentiert
sich aus dem System heraus
als Systemalternative.«

Natascha Strobl in diesem Heft

»Katastrophennationalismus als Alternative
zur allgegenwärtigen Depression ist viel
wirksamer als CBD oder irgendwelche
Psychopharmaka. Er versichert den
Menschen, dass diese Dämonen in ihren
Köpfen real sind und sie diese mit Gewalt
zum Schweigen bringen können.«

Richard Seymour

EDITORIAL

Kurz vor der nächsten Bundestagswahl scheinen die Verhältnisse in Deutschland gleich mehrere Kippunkte zu erreichen. Die selbsternannte Fortschrittskoalition hat die ökologische Transformation verspielt und ist zerbrochen. Tiefenverspannungen, Ängste und Unsicherheiten entladen sich in aufgeregten Debatten entlang von Triggerpunkten und moralischen Paniken. Während die Linke in der Krise ist, geht die reaktionäre (Re-) Mobilisierung weit über die radikale Rechte hinaus. Von CDU/CSU bis hin zu weiten Teilen der Medien wird das Ressentiment zur Produktivkraft der Politik insgesamt. Ist die Entwicklung nach rechts noch aufzuhalten? Ist die Klimakatastrophe noch abzuwenden? Wächst die Ungleichheit unaufhaltsam weiter? Und steht uns ein verschärfter autoritärer Neoliberalismus oder gar eine Faschisierung mit permanenter Aufrüstung ohne soziale Konzessionen bevor? Wir sind mitten in einer Neusortierung des Parteiensystems, in dem sich Die Linke ihre Funktion neu erkämpfen muss oder unterzugehen droht.

Unter Kippunkt verstehen wir nicht wie in der Klimatologie einen Punkt der dauerhaften Unumkehrbarkeit, sondern einen Punkt, der gesellschaftliche Entwicklungen zumindest kurz- und mittelfristig unumkehrbar macht und die Optionen linker und progressiver Entwicklungen schon jetzt entscheidend einschränkt.

DEUTSCHLAND AM KIPPPUNKT schließt mit Analysen zur Situation der Zeit an die Debatten unseres Heftes 2/2023 »Zeit der Monster« an. Denn dem Horror des »Pessimismus des Verstandes« (Gramsci) analytisch nachzugehen, die veränderten Verhältnisse zu begreifen, heißt, ihnen weniger ausgeliefert zu sein und dem »Optimismus des Willens« einen festen Grund zu bereiten. Die Verhältnisse bleiben in Bewegung – Hoffnung kann in neuen gesellschaftlichen Kämpfen und mit einer erneuerten Linken entstehen.

AM KIPPPUNKT

Wie die Union mit Merz
zur neoliberalen autoritären
Offensive bläst

Von Lia Becker

SORGEN EINES MIT DEM HUND WACKELNDEN SCHWANZES

Wie das rechte Vorfeld der AfD
zum Aufschwung verhalf und
wo seine Schwächen liegen

Von Adam Birk

DIE MUSIK SPIELT IM WESTEN

Weshalb über die Zukunft
von BSW und Linkspartei noch
nicht entschieden ist

Von Michael Jäger



DEUTSCHLAND INHALT AM KIPPPUNKT

6

DEUTSCHLAND AM KIPPPUNKT

Blockierte Transformation,
das Merz-Projekt und die Gefahr
der Faschisierung

Von Lia Becker

16

HALT AUF HALBER STRECKE

Die sozial-ökologische Bilanz
der Ampelregierung

Von Leonie Petersen

22

BLICKWINKEL

AN DER GRENZE

Eine Fotoreportage über
die Lausitz im Wahlkampf

Von Ingmar Björn Nolting

30

TIEFENVERSANNUNGEN UND

MORALISCHE PANIKEN

Vom Auseinanderfallen gesellschaft-
licher und gefühlter Problemlagen

Von Mario Candeias



38

KONSERVATISMUS AM KIPPPUNKT

Von Natascha Strobl

GESPRÄCH

**»IN DIESE FALLE DARF DIE UNION
NICHT TAPPEN«**

Die Krise des Konservatismus
und die Strategie der CDU/CSU
gegenüber der AfD

Mit Thomas Biebricher

44

48

DIE MUSIK SPIELT IM WESTEN

Über die Zukunft von BSW und
Linkspartei ist noch nicht entschieden

Von Michael Jäger

54

**SORGEN EINES MIT DEM HUND
WACKELNDEN SCHWANZES**

Das rechte Vorfeld und seine Partei

Von Adam Birk

60

**DIE AFD – EINE »ARBEITERPARTEI«
OHNE BETRIEBLICHE BASIS?**

Von Richard Detje, Dieter Sauer,
Ursula Stöger & Hilde Wagner

66

GESPRÄCH

**AUSTERITÄT ALS WEGBEREITER DES
FASCHISMUS**

Mit Clara Mattei

72

PERSPEKTIVWECHSEL JETZT!

Gesellschaft der Vielen
statt autoritäre Entrechtung

Von Rebecca Gotthilf

78

GELD IST KLASSE

Eine Performance über
Ungleichheit und Überreichtum
Von *Marlene Engelhorn, Lothar
Kittstein & Volker Lösch*

86

WEGE AUS DER ESKALATION

Weshalb Frieden in der Ukraine
ohne friedliche Mittel nicht zu
erreichen ist
Von *Jan van Aken*

92

INFOGRAFIK

WIE KRIEGE ENDEN

94

**AUSSENPOLITISCHE
VERSPANNUNGEN DER LINKEN**

Weshalb die Friedensfrage für
die Linkspartei so kompliziert ist
Von *Axel Gehring*

100

WEHTU-FRAGE

**WIRD AUSGERECHNET
ANTI-ANTISEMITISMUS ZU EINEM
KATALYSATOR DER AUTORITÄREN
WENDE?**

Von *Peter Ullrich*

106

DIE PARTEI ALS PRODUKTIVKRAFT

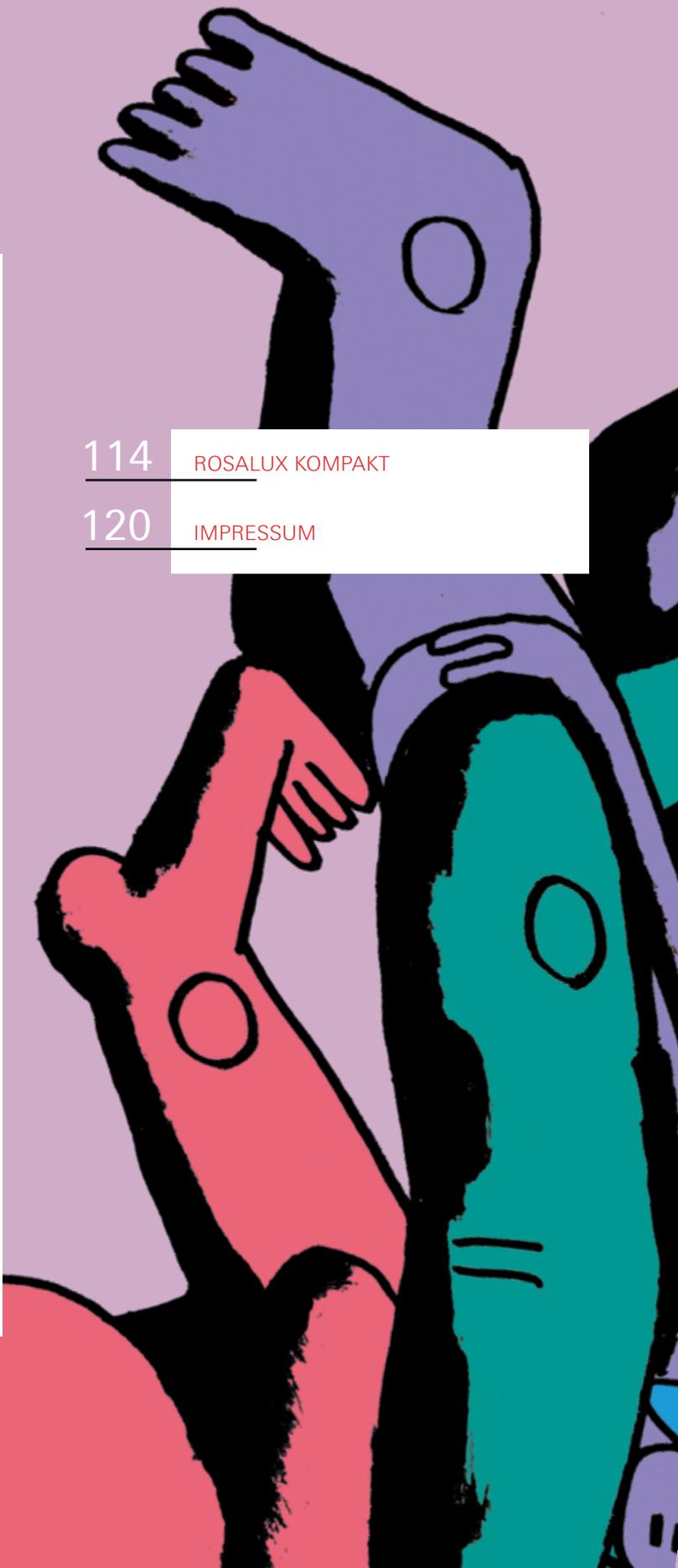
Von *Alex Demirović*

114

ROSALUX KOMPAKT

120

IMPRESSUM





LUXEMBURG ONLINE

KATASTROPHEN-NATIONALISMUS

Über autoritäre Kippunkte
weltweit

Von Richard Seymour

VULTURE CAPITALISM

Von Grace Blakeley

NACH DEM AMPEL-AUS UND VOR DEN NEUWAHLEN

Wehalb es ein progressives
Oppositionsprojekt braucht

Von Stephan Nebel

WIE WEITER, LINKE?

*Online-Debatte über Krise und
Zukunft der Partei*



DEUTSCHLAND AM KIPPPUNKT
BLOCKIERTE TRANSFORMATION,
DAS MERZ-PROJEKT UND
DIE GEFAHR DER FASCHISIERUNG

LIA BECKER

Während der »grüne Kapitalismus« blockiert wird, stellt sich die Union für eine »bürgerliche Renaissance« auf. Neoliberale Offensiven könnten die Tendenzen der Faszisierung noch verstärken.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg konnte die AfD mit Ergebnissen um die 30 Prozent erstmals stärkste bzw. zweitstärkste Kraft werden. Benedikt Kaiser, einer der Vordenker des neofaschistischen identitären Flügels, bekräftigte unmittelbar danach das Ziel, alle etablierten Parteien zu de-legitimieren und die Union als Staatspartei zu »pulverisieren« – dann sei der Weg frei für die AfD.¹

Der Wahlkampf stellte eine weitere Etappe autoritär-populistischer Mobilisierung dar: Die Union, Wagenknechts BSW sowie relevante Teile der bürgerlichen Medien instrumentalisierten das brutale Verbrechen von Solingen für eine rassistische Law-and-Order-Kampagne. Sie überboten sich mit Forderungen nach der Abschaffung des Asylrechts, Grenzsicherungen und nach noch mehr Härte gegenüber Geflüchteten, um dem herbeigeredeten »Kontrollverlust« in der Migrationspolitik »Herr zu werden« (vgl. hierzu Gotthilf in diesem Heft). Das alles wenige Monate nach der breiten Empörung über die Remigrations-Fantasien der AfD und Massendemonstrationen gegen rechts. Das alles vor symbolträchtigen Landtagswahlen, die als Lackmustest für den Zustand der liberalen Demokratie, aber auch als Abstimmung über die Ampelkoalition geframed wurden. Das Ergebnis: Die AfD profitierte deutlich. Die Union steht jetzt vor der Herausforderung, die mit einer Koalition mit dem BSW verbundenen wachsenden innerparteilichen Konflikte auszuhalten. Zugleich konnte Merz seine Kanzlerkandidatur relativ smooth durchsetzen. Wagenknechts sozialdemokratische autoritär-populistische Neugründung führte vor allem zu herben Verlusten für Die Linke.

LIA BECKER ist Referent*in für Zeitdiagnose und Sozialismus am Zentrum für Analyse und Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur*in dieser Zeitschrift.

MEHR ALS EINE ANTILINKE KONJUNKTUR

Immer weniger Menschen trauen der Politik die richtigen Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft zu. Das geht quer durch alle Generationen.

Eine relevante Verschiebung ist, dass es der AfD jetzt auch bei den unter 30-Jährigen gelungen ist, Fuß zu fassen (vgl. Friedrich/Schniederjann 2024). Seit der Corona-Krise verdichtete sich das Gefühl, in einer permanent krisenhaften Welt zu leben und keine planbare Zukunft mehr zu haben. Mit dem Ukraine-Krieg und der folgenden Inflation hat sich dieser Eindruck noch verstärkt. Die Krisen legten staatliche Prioritäten offen, die an den Lebenswirklichkeiten vieler vorbeigehen, lassen Grenzen des politischen Systems erfahrbar werden. Obwohl es sich hier um einen politischen Erfahrungs- und Gefühlszusammenhang handelt, der potenziell auch links gewendet werden könnte, gelingt es derzeit nur den Rechten, ihn erfolgreich aufzugreifen. Sie schüren Ängste vor dem kollektiven und individuellen Abstieg, vor zunehmender Konkurrenz auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt und propagieren »nationale Stärke« in einer krisenhaften und chaotisch wahrgenommenen Welt. Die AfD verspricht indirekt die Rückgewinnung von Kontrolle, Ordnung und Souveränität in einem Kultur- und Standortkrieg: »Deutschland und Deutsche zuerst«.

Auch wenn Die Linke in einer tiefen Krise ist und linke Antworten medial gezielt de-legitimiert werden, greift es zu kurz, von einer antilinken Konjunktur (vgl. Ege/Gallas 2024) zu sprechen. Unterschiedliche Kräfte – von der Union über das BSW bis zur AfD – befeuern eine neue Konjunktur des Rassismus gegen Geflüchtete, in der sich autoritäre Affekte, Abstiegsängste und Wut über soziale Ungerechtigkeit bündeln. Die tieferliegende Dynamik ist eine Konstellation blockierter Transformation (vgl. Becker 2023; Candeias 2024). Das Versprechen einer »sozialen und ökologischen Transformation« der Ampelregierung wurde gebrochen. Aber auch als modernisierende neoliberale »Fortschrittskoalition« ist diese gescheitert – an inneren Widersprüchen sowie an Widersprüchen und Widerstand im neoliberalen Machtblock. Damit haben sich die politischen Kräfteverhältnisse grundlegend verändert: Das Scheitern der Ampel trägt auch zur Defensive des »grünen Kapitalismus« bei. Eine grün-imperiale Transformation innerhalb des neoliberalen Rahmens hat wenig gesellschaftliche Zustimmung. Oder anders formuliert: ohne Umverteilung und soziale Absicherung, ohne eine Wirtschafts- und Industriepolitik, die an soziale Garantien geknüpft ist, keine Klimatransformation. Statt mit einer »grünen Hegemonie«, wie von den Rechten und neoliberalen Konservativen behauptet, haben wir es mit einer doppelten Führungskrise zu tun: einer Führungskrise im neoliberalen Machtblock und einer mangelnden Fähigkeit des Bürgertums zur Führung, zur dynamischen Erneuerung der Produktions- und Lebensweise und zur Schaffung eines neuen gesellschaftlichen Konsenses. Es hat sich eine janusköpfige Konstellation herausgebildet: Das widersprüchliche Zusammenspiel von Kräften des imperialen Krisenliberalismus und der autoritär-nationalistischen Rechten führt

zu unterschiedlichen autoritären Entwicklungen und bereitet Tendenzen der Faschisierung den Weg.²

Befinden wir uns bereits in einer Phase, in der es unmittelbar um die Verteidigung der parlamentarisch-demokratischen Ordnung und der Grundrechte gegen den aufkommenden Faschismus geht? So weit ist es noch nicht. Aber für Thüringen, Sachsen und Brandenburg kann kaum bezweifelt werden, dass vor unseren Augen Prozesse der Faschisierung ablaufen: Eine neofaschistisch geprägte Partei erreicht ein knappes Viertel der Wahlberechtigten, ist zivilgesellschaftlich verankert, prägt mit autoritär-populistischen und rassistischen Kampagnen die politische Stimmung, kann in zentralen Fragen gesellschaftliche Mehrheiten ansprechen (etwa mit der Forderung nach einem Aufnahmestopp für Geflüchtete). Zugleich wirken die etablierten Parteien ratlos und übernehmen Teile der politischen Rechtaußen-Agenda. Faschisierung ist eine, hoch gefährliche, aber derzeit noch untergeordnete Dynamik in der schleichenden Hegemoniekrise. Gegenwärtig formiert sich der neoliberal-konservative Teil des Bürgertums rund um die neue Führung der Union. Die Neuausrichtung unter Merz wird zum Bündelungspunkt für diese Kräfte, sie ist in der derzeitigen Konjunktur die entscheidende Kräfteverschiebung. Ob sie »Erfolg« hat, dürfte mitentscheiden über die Zukunft der Demokratie in Deutschland.

DAS MERZ-PROJEKT: NEOLIBERAL-AUTORITÄRE OFFENSIVE

Große Teile des neoliberalen Machtblocks wollen eine neue Offensive zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. In ihren Augen wurde während der Merkel-Ära ein weiterer neoliberaler Umbau verschleppt, teilweise fühl(t)en sie sich von der gesellschaftspolitisch modernisierten Union entfremdet. Seit 2022 ist über die bürgerlichen Medien (v. a. Springer) eine konzertierte Kampagne gegen die »grüne Transformation« angelaufen, die zu Deindustrialisierung und dem Niedergang Deutschlands führe. Dazu gehörte auch die erfolgreiche Klage der Union gegen den Klima- und Transformationsfonds der Ampelregierung vor dem Bundesverfassungsgericht. Damit fehlen dieser 60 Milliarden Euro für den Klimaschutz. Die neoliberale Offensive setzt auf »Technologieoffenheit« (neben Atomkraft auch Fracking-Gas und LNG beim Energiemix) und auf rigide Austerität statt Ausnahmen von der Schuldenbremse. Priorität haben die Senkung der Sozialausgaben, »Bürokratieabbau« und sinkende Unternehmenssteuern. Als zu hoch betrachtete staatliche Investitionen in die Energie- und Antriebswende sowie in die Gebäudesanierung werden abgelehnt. Es ist im Kern eine Agenda für einen Teil der Auto- und Zuliefererindustrie (vor allem Daimler/BMW) und der Chemieindustrie, für Finanzkonzerne und Versicherungen, die Rüstungsindustrie sowie für Unternehmen, die die Kernfusion

vorantreiben, und für die fossil geprägte mittelständische Industrie. Vor dem Hintergrund der »Zeitenwende« mit steigenden Militärausgaben fordert unter anderem die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) zugleich Steuersenkungen und das Festhalten an der Schuldenbremse – also nichts weniger als einen Frontalangriff auf den Sozialstaat.

Das Netzwerk um Friedrich Merz, bestehend unter anderem aus dem Wirtschaftsrat der CDU, neoliberalen Denkfabriken wie r21 und Publizisten, kann als der derzeitige politische Anker dieser Kräfte verstanden werden. Wenn es so etwas wie ein »Merz-Projekt« gibt, besteht es darin, diese Strategie angesichts der multiplen Krise und des Aufstiegs der neofaschistischen Rechten zu einem bürgerlichen autoritär-neoliberalen Kampfprojekt zu machen. Einem Projekt ohne jegliches Zukunftsversprechen, aber mit dem expliziten Willen zu Führung, Härte und Durchsetzung von Klasseninteressen. Es geht darum, notfalls auch gegen gesellschaftliche Mehrheiten mittelfristig Koalitionsoptionen zur Durchsetzung dieser Strategie durch eine »konservativ-liberale« bzw. »bürgerliche Renaissance« zu schaffen (vgl. Schröder/Rödter 2024). Diese setzt einer »Transformationsideologie« ein neoliberal-konservatives Verständnis von Freiheit, Wettbewerb, Familie und Nation entgegen, flankiert von einer autoritär-populistischen Kulturkampfstrategie (vgl. dazu die Online-Fassung dieses Beitrages).

Kurzfristig kann das vielleicht zur Profilierung der CDU/CSU beitragen, wird jedoch auch zu einer Zerreißprobe führen. Relevante Teile des Machtblocks sehen insbesondere den »populistischen« Diskursschwenk von Merz, Linde, Spahn und anderen kritisch. Teile der bürgerlichen Presse sprechen schon jetzt von einer gespaltenen und nicht zukunftsfähigen Union (vgl. z. B. Assheuer 2023). Mit den Ministerpräsidenten Günther und Wüst, großen Teilen des Landesverbands Nordrhein-Westfalen, der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft Deutschlands (CDA) und der Frauenunion, also jenen Teilen, die eher auf Schwarz-Grün gesetzt haben, gibt es in der CDU eine starke innerparteiliche Opposition. Diese wird derzeit vor allem durch die Umfrageergebnisse und den Druck zur Geschlossenheit vor der Bundestagswahl stillgehalten. Das Dilemma für Merz & Co.: Sie haben ohne eine Koalition mit einer »normalisierten« rechtspopulistischen Partei derzeit keine absehbare Bündnisoption für eine »bürgerliche Renaissance« in Reinform. Also müssen SPD und Bündnis 90/Die Grünen so geschwächt werden, dass sie von der Union in einer Regierungskoalition dominiert, erpresst und durch mediale Kampagnen vor sich hergetrieben werden können.

Die Erfolgsaussichten sind unklar. Die derzeitigen guten Umfragewerte der Union sind in erster Linie der Unbeliebtheit der Ampelregierung zuzuschreiben. Nur knapp die Hälfte der Unionsanhänger*innen und unter 25 Prozent

aller Befragten halten laut Deutschlandtrend (Stand: September 2024) Merz für den richtigen Kanzlerkandidaten. Die Grünen stehen aktuell zwar, wie beabsichtigt, geschwächt da, bieten sich zugleich aber eindeutiger als bürgerliche Alternative an, während damit die Widersprüche zur Klimabewegung und zum Sozialliberalismus immer größer werden. Aber dennoch ist die Neuausrichtung der Union als Teil von Suchbewegungen im autoritär-konservativen Lager sehr ernst zu nehmen. Das offensive Spielen der Union auf der Kulturkampf-Klavatur stärkt den Resonanzboden für die AfD. Autoritär-neoliberaler Populismus kann in dieser Konstellation als eine Strategie verstanden werden, das politische Kräfteverhältnis dauerhaft zu verschieben, die Union zur dominanten politischen Kraft zu machen und zugleich neu auszurichten – und so eine neoliberale Offensive durchzusetzen. Eine wie auch immer geartete sozial-ökologischen Transformation, auch in Form eines im neoliberalen Rahmen verbleibenden »Green New Deal light«, der von größeren Teilen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angestrebt wird, soll präventiv de-legitimiert werden.

GEFAHR DER FASCHISIERUNG

Einen Endpunkt kennt diese Strategie nicht – und es ist höchst zweifelhaft, wo in einer zukünftigen womöglich noch tieferen wirtschaftlichen und politischen Krise die »roten Linien« verlaufen würden. Denn rund um Merz gruppiert sich ja nur ein Teil der neoliberalen Rechten, andere weiter rechtsstehende Akteure und Strömungen organisieren sich in der AfD, der Werteunion oder in der Hayek-Gesellschaft, die auf eine neoliberale Schocktherapie wie die des gegenwärtigen argentinischen Präsidenten Javier Milei setzt und darin »die einzige Hoffnung für die Freiheit und eine globale liberale Wende« sieht. Eine Koalition auf Augenhöhe von Union und AfD, wie sie unter anderem der *Jungen Freiheit* oder anderen Teilen des rechten Vorfelds vorschwebt, würde die Union zerreißen. Die weitere Dynamik wäre schwer absehbar. Deutschland am Kipppunkt. Nur wohin kippt das Land?

Der »grüne Kapitalismus« war und ist das einzige erkennbare Fortschrittsversprechen von Teilen des Machtblocks in der multiplen organischen Krise. Wenn es blockiert und nachhaltig delegitimiert wird, bedeutet das eine fundamentale Verschiebung der Kräfteverhältnisse. Entwickelt sich auch in Deutschland – wie in den USA, in Ungarn, in Italien, Österreich, auf andere Weise auch in Frankreich – eine »Konvergenz« von radikalisiertem Konservatismus und neofaschistischen Kräften? Noch sind wir nicht dort angelangt. Relevante Teile des Machtblocks in Deutschland wollen in eine andere Richtung. So fordert der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) für Deutschland, so wie Mario Draghi auf EU-Ebene, massive staatliche Investitionen in eine »konsequente

Transformation« zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Beide Strategien laufen jedoch auf eine neue neoliberale Offensive hinaus, die die soziale und politische Krisendynamik verschärfen würde.

Zweifelsohne wird es gerade im Vorfeld der nächsten Bundestagswahlen zu verstärkten Auseinandersetzungen im bürgerlichen Lager kommen, wie man sich zum Aufstieg und den Machtansprüchen der AfD verhalten soll. Während sich zahlreiche Unternehmen im Vorfeld der diesjährigen Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg gegen die AfD und für »die Brandmauer« positionierten, erklären Unionspolitiker*innen die Letztere für gescheitert und zur Ursache für den Aufschwung der Rechten. Ich schlage vor, unterschiedliche Kräftetendenzen im Machtblock hinsichtlich des Umgangs mit der AfD zu unterscheiden:

Bürgerlich-liberaler Antifaschismus, deren Vertreter*innen die AfD als größte Gefahr für eine Modernisierung des deutschen Exportmodells und grundlegend für die Zukunft der liberalen demokratischen Ordnung sehen. Sie lehnen auch ein taktisches Verhältnis zu rechtspopulistischen Parteien ab. Der CDU-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen Hendrik Wüst formuliert es so: »Für uns gilt: Patriotismus statt Populismus. Respekt statt Rassismus. Und Herz statt Hetze.« Zusätzlich wird die AfD seit Beginn des Jahres verstärkt mit zwei Argumenten gestellt: Sie schade dem Wirtschaftsstandort und agiere im Dienst konkurrierender Großmächte (das reicht bis hin zum Spionagevorwurf). Bis dato erschöpft sich die Strategie aber weitgehend darin, im Zweifelsfall ein Bündnis aller Parteien (einschließlich Die Linke und/oder BSW) anzustreben. Bisher ist man kaum bereit, soziale Zugeständnisse zu machen, die über den Mindestlohn und vielleicht den Erhalt des Status quo des postneoliberalen Sozialstaats hinausgehen. Grundsätzlich wird am Rahmen des neoliberalen Wettbewerbsstaates festgehalten und so der soziale Nährboden für die Rechtsentwicklung weiter vergrößert.

Neoliberale rechtskonservative Kräfte wollen primär eine neue neoliberale Offensive, die durch eine rechtskonservative Ausrichtung der Union möglich werden soll. Dafür setzen sie auf eine Strategie des »rechten neoliberalen *transformismo*« gegenüber der AfD. Ziel ist es, die AfD zu disziplinieren und in einen neu ausgerichteten neoliberalen Block zu integrieren. Sie haben ein taktisches Verhältnis zu schwarz-blauen Koalitionen auf Länderebene, die derzeit noch nicht durchsetzbar und schädlich erscheinen. Sie wollen die AfD begrenzen und, wenn möglich, in einen transatlantisch orientierten neoliberalen und einen völkischen Flügel spalten, was wiederum Koalitionsoptionen eröffnen würde. Zu einer strategischen Konvergenz könnte es kommen, wenn neoliberale Offensiven nicht mehr über andere Regierungskoalitionen oder technokratische Notstandsregierungen durchsetzbar wären.

Neoliberale antidemokratische rechtskonservative Kräfte (wie die Hayek-Gesellschaft, die Werteunion, *Junge Freiheit* u. a.) verfolgen eine schwarz-blau-gelbe Annäherung als Ziel. Sie sind offen für antidemokratische Brüche, sofern sie für die Durchsetzung neoliberaler Offensiven als »notwendig« erachtet werden, wollen aber kein neofaschistisches Gesellschaftsmodell, sondern betrachten eher ein starkes Präsidialregime (für eine Transformation innerhalb des formell liberal-demokratischen Rahmens) als geeigneten Weg.

Protofaschistische Kräfte: Teile der Familienunternehmen, rechtsextreme Vermögende und Bildungsbürger*innen, die den völkisch-nationalistischen Flügel der AfD unterstützen. Sie stehen für völkischen Wiedererweckungsnationalismus, gegen liberale »Dekadenz«, fordern die Einführung einer Diktatur und eines Führerstaats, mobilisieren Gewalt- und Vernichtungsfantasien gegen »Feinde«.

Noch ist die Spaltung des Machtblocks in Deutschland nicht so tief wie in den USA, noch gibt es unterschiedliche Optionen, um neue Offensiven durchzusetzen. Neoliberale konservative Kräfte, autoritär-nationalistische und neofaschistische Kräfte sind in einer Neuformierungsphase. Der Übergang zu einer Phase der Konvergenz und zu einer Phase des Kampfes um die Staatsmacht hat noch nicht stattgefunden. Erfolgt massenhaft ein Übergang von autoritär-neoliberalen hin zu faschistischen Formen der Subjektivität, kann von fortgeschrittenen Tendenzen der Faschisierung gesprochen werden (vgl. auch Candeias in diesem Heft). Laut »Mitte-Studie« sieht knapp die Hälfte der Befragten (48,9 %) die unbedingte Durchsetzung nationaler Interessen als eine politische Priorität. Das Globalisierungsprojekt ist in einer eindeutigen Krise. Spitzen sich die Krisen zu, sind Radikalisierungen zu radikaleren sozialdarwinistischen und nationalistischen Weltansichten leicht vorstellbar. Noch sind die ideologischen Verschiebungen im Fluss und nur eine (erstarkende) Minderheit vertritt in Deutschland neofaschistische Einstellungen.³ Offen ist auch, ob die rechtspopulistische Sammlungsstrategie den Weg zur »Normalisierung« als rechter Flügel des Neoliberalismus ebnen oder ob es zu einer massenhaften, wechselseitigen Radikalisierung von Basis und politischer Führung kommen wird. Dies wäre ein weiteres Kennzeichen der Faschisierung.

DÄMMERUNG DER SOZIALEN DEMOKRATIE?

Nach einer erfolgreichen Formierungsphase der AfD und der völkisch neofaschistischen Rechten gibt es mittlerweile eine relative Kohärenz der rechtsnationalistischen Kräfte – trotz aller inhaltlichen Differenzen und hässlichen Machtkämpfe im Inneren. Auf der Grundlage eines klaren polarisierenden Diskurses mit Botschaften wie »Obergrenzen für Migration«, »Deutsche zuerst« beim

Zugang zu Sozialleistungen, entschlossener Kampf gegen Islamisierung, Ablehnung von »mehr Regulierung für Klimaschutz« hat die AfD einen Resonanzboden erschlossen, der über ihr bundesweites Wahlpotenzial (derzeit ca. 20 %) hinausweist (vgl. Detje u. a. in diesem Heft). Weiter noch: Über eine entstehende Hegemonie in Ostdeutschland kann sie in Zukunft versuchen, eine Zustimmung zu Koalitionen auf Landesebene zu »erzwingen«. Die Normalisierung der AfD schreitet also trotz einigen Rückschlägen (Causa Krah, Spionagevorwürfe, Melonisierungs-Debatten; vgl. Birk in diesem Heft) voran, sie schöpft ihr Potenzial derzeit weitgehend aus. Dabei wird der rechte Diskurs jedoch nicht aufgeweicht, sondern gewinnt vielmehr an Kohärenz: Rassismus, Standortnationalismus, Widerstand gegen Klimatransformation, Queerfeindlichkeit werden zu einer Feindschaftserklärung an die »politische Klasse« verdichtet und bereits ansatzweise mit völkischen Diskursen eines »sozialen Patriotismus« verbunden. Aber die gesellschaftliche Mobilisierungskraft für einen »Regime Change« (Martin Sellner) ist noch schwach entwickelt. Die neofaschistischen Kräfte befinden sich noch in einer Formierungsphase – das ist Teil von Prozessen der Faschisierung (vgl. kritisch Friedrich 2024).

Die Post-Merkel-Union ist wiederum zerrissen in (mindestens) drei Teile, und es ist offen, ob es ihr gelingen wird, diese im nächsten Jahrzehnt weiter zusammenzuhalten (vgl. dazu auch Biebricher in diesem Heft). Von der Stabilität der Union als »Staatspartei« des Machtblocks hängt auch die politische Krisendynamik ab. Die völkisch-nationalistische, neofaschistische Mehrheitslinie in der AfD will keine untergeordnete Regierungskoalition, sondern ein Zerschneiden der Union und stellt sich dafür als Kraft im Wartestand auf. Kommt es zu einer tiefen Krise des deutschen Exportmodells und zu einer neuen offensiven neoliberal-konservativen Regierung, könnten sich die Widersprüche in der Union stark zuspitzen. Faschisierung kann dann zu autoritären Brüchen führen, wenn das liberale Zentrum wie die Union als Staatspartei delegitimiert ist.

Vieles spricht derzeit aus meiner Sicht dafür, von einer Konjunktur hierzulande von dynamischen Prozessen der Faschisierung auszugehen (vgl. Beiträge in Becker/Candeias 2024): ideologisch-subjektiv und als Formierung neofaschistischer Akteure, die bereits politische Kräfteverhältnisse beeinflussen und in einigen Kleinstädten Ostdeutschlands zum Teil mit Einschüchterungen und Terror die Alltagskultur dominieren und die Deutungsmacht innehaben. Diese ist jedoch insgesamt noch eine untergeordnete Tendenz aufseiten der Rechten, zudem ist es der neofaschistischen Rechten bislang nur begrenzt gelungen, Allianzen mit Teilen des Kapitals einzugehen. Die Kräfteverhältnisse sind nicht stabil, die Situation ist offen, kann in unterschiedliche Richtungen kippen.

Wenn sich die derzeitige autoritär-populistische Konjunktur verstetigt, könnte sie die Overtüre für eine komplexe Krisendynamik sein, für eine Dämmerung der »sozialen Demokratie« und eine autoritäre Transformation des liberal-demokratischen neoliberalen Staates und der Gesellschaft. Die Auswirkungen eines potenziellen Wahlsiegs von Trump im November 2024 sind kaum vorhersehbar, aber er könnte als Katalysator für ein transnationales Laboratorium rechtsautoritärer antidemokratischer Staatsprojekte wirken.

Noch ist es so: Mehrheiten in Deutschland wollen keinen Faschismus, die meisten wollen keine Zerstörung des Sozialstaates und keine Zukunft mit Krieg und Katastrophen. Aber sie sind politisch fragmentiert und nicht organisiert. Die gesellschaftlichen Kämpfe entscheiden. Die Linke muss sich neu orientieren und wirksame Strategien eines sozialen Antifaschismus entwickeln – im Wissen, dass autoritäre Entwicklungen und der Verrat an einer menschenwürdigen Zukunft nicht nur von der extremen Rechten ausgehen. Antifaschismus braucht den Horizont der Befreiung aller Menschen.

LITERATUR

- Assheuer, Thomas, 2023: Sie kennen nur Gegner, aber keine Ziele mehr, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.9.2023
- Becker, Lia, 2023: Blockierte Transformation und rechte Offensive. Was folgt aus dem Scheitern der »Fortschrittskoalition«?, in: Zeitschrift LuXemburg, Dezember 2023, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/blockierte-transformation-und-rechte-offensive/>
- Candeias, Mario, 2024: Monster verstehen. Zur Wechselwirkung von Faschisierung und blockierter Transformation, in: Becker, Lia/ders. (Hg.), Vom Horror zur Hoffnung. Strategien gegen blockierte Transformation und Faschisierung, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Luxemburg beiträge 24, Berlin, 7–43
- Ege, Moritz/Gallas, Alexander, 2024: Anti-linke Konjunktur: Gegen die »links-grüne« Bedrohung, in: neues deutschland, 30.8.2024
- Friedrich, Sebastian, 2024: Kritik der Rechtsruck-These. Wie der Aufstieg der Rechten eher nicht zu fassen ist, in: Becker/Candeias (Hg.), a.a.O., 53–68
- Ders./Schniederjann, Nils, 2024: Unsichere Zukunft, autoritäre Antwort. Wie die AfD bei der Jugend punktet, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/2024, www.blaetter.de/ausgabe/2024/september/unsichere-zukunft-autoritaere-antwort
- Schröder, Kristina/Rödter, Andreas, 2021: Für eine bürgerliche Renaissance, in: Neue Zürcher Zeitung, 30.10.2021
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico (Hg.), 2023: Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn

1 Benedikt Kaiser in einem Re-Post eines Sharepics vom 18.6.2024. Darin werden für Thüringens AfD drei Aufgaben benannt: 1. Linkspartei pulverisieren, 2. selbst 30 % erreichen; die CDU in eine fragile Linkskoalition mit SPD und Wolf-BSW zwingen, 3. CDU-Widersprüche bespielen; auf Implosion hinarbeiten; bei der nächsten Wahl CDU pulverisieren.

2 Vgl. dazu die Langfassung dieses Beitrags auf Luxemburg Online, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/deutschland-am-kippunkt-becker/>

3 Eine Mehrheit der AfD-Wähler*innen ist latent rechtsextrem eingestellt. Ein gefestigter rechtsextremer Kern umfasst laut der »Mitte-Studie« knapp unter 10 Prozent der Bevölkerung, ein erweiterter autoritär-nationalistischer Resonanzraum umfasst aber eher knapp 30 Prozent (vgl. Zick u. a. 2023).

HALT AUF HALBER STRECKE DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE BILANZ DER AMPELREGIERUNG

LEONIE PETERSEN

Deutschland droht seine klimapolitischen Ziele bis 2030 zu verfehlen. Auch weil es die Koalition versäumt hat, die großen Konzerne stärker in die Pflicht zu nehmen.

Nachdem eine klimapolitische Wende in der Regierungszeit der Union jahrelang verschleppt worden war, keimte nach der Bundestagswahl 2021 Hoffnung auf, dass die selbst ernannte Fortschrittskoalition neben progressiver Gesellschaftspolitik endlich auch die nötige sozial-ökologische Wende entschieden angehen würde. Und tatsächlich hat die Bundesregierung einige wichtige Projekte auf den Weg gebracht: die Abkehr von der Kohlenutzung, den Ausbau der erneuerbaren Energien, mit dem Heizungsgesetz Ansätze einer Wärmewende.

Auf der anderen Seite droht Deutschland seine Klimaziele bis 2030 zu verfehlen (Expertenrat für Klimafragen 2024). Bei der Stromproduktion beispielsweise ist der Anteil der Erneuerbaren zwar weiter angestiegen. Im ersten Halbjahr 2024 machte er laut Statisti-

schem Bundesamt (2024) erstmals mehr als 61,5 Prozent des gesamten Energiemixes aus. Gleichzeitig bleibt Kohle der zweitwichtigste Energieträger im Strommix. Durch den Ausbau von LNG-Terminals werden fossile Energieträger weiter gefördert. Und das obwohl die Erdgaspreise seit Ende 2022 gesunken sind und laut Expert*innen eine stabile Gasversorgung zu keinem Zeitpunkt gefährdet war (DIW 2024). Insbesondere der Verkehrs- und Gebäudesektor hinken deutlich hinterher (vgl. Climate Action Tracker, August 2024). So gibt die Bundesregierung noch immer rund 15,5 Milliarden Euro für die klimaschädlichen Dieselsteuer- und Dienstwagenprivilegien aus, anstatt sie etwa zur Finanzierung eines konstant bleibenden Preises für das 49-Euro-Ticket und die Sanierung des Schienennetzes durch feste Haushaltsmittel zu nutzen.



Für eine echte Energie- und Verkehrswende müssen Bundesregierung und Industrie konsequent auf erneuerbare Energien setzen und sie weiter ausbauen. Mit Fördermaßnahmen für die Dekarbonisierung großer Unternehmen sowie des Mittelstands bringt die Regierung die ökologische Transformation der Wirtschaft voran. Neben finanzieller Förderung braucht es jedoch klare Rahmenbedingungen von der Politik. Die Unternehmen selbst müssen verpflichtet werden, konkrete Transformationspläne vorzulegen, wie der Umbau gelingen soll, ohne dass am Ende die Beschäftigten darunter leiden.

Die Ampelkoalition unter Kanzler Scholz hat es jedoch wie schon die Vorgängerregierung versäumt, die großen Konzerne stärker in die Pflicht zu nehmen. Für die Dekarbonisierung der Wirtschaft braucht es massive Investitionen in die klimaneutrale Transformation. Viele der Unternehmen, insbesondere im Transportsektor, könnten die erforderlichen Investitionen aus ihren eigenen Gewinnen decken – ohne staatliche Subventionen oder Steuererleichterungen (vgl. Oxfam Deutschland/Finanzwende 2021). Dennoch werden selbst die finanzstärksten deutschen Konzerne

LEONIE PETERSEN ist Referentin für sozial-ökologische Transformation bei Oxfam.

von der Bundesregierung massiv subventioniert, die Gesamtsumme der Subventionen ist über die vergangenen Jahre sogar deutlich angestiegen. Zu den größten Empfängern gehören der Energiekonzern E.ON, gefolgt von Volkswagen und Energieversorger RWE. E.ON und RWE erhielten zwischen 2016 und 2023 mehr Subventionen als sie Steuern zahlten (FvS 2024).

Gleichzeitig steigen die Gewinnausschüttungen der großen Konzerne an ihre Aktionär*innen weiter an. In Deutschland lagen die Ausschüttungen der DAX-Konzerne 2024 mit 53,8 Milliarden Euro auf Rekordniveau (EY 2024). Und während Dividenden hierzulande zwischen 2020 und 2023 um 27 Prozent stiegen, sanken die Reallöhne um 12 Prozent (Oxfam Deutschland 2024).

DAS »SOZIAL« IN SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION FEHLT

Beim Heizungsgesetz zeigte sich, was passiert, wenn bei klimapolitischen Maßnahmen die

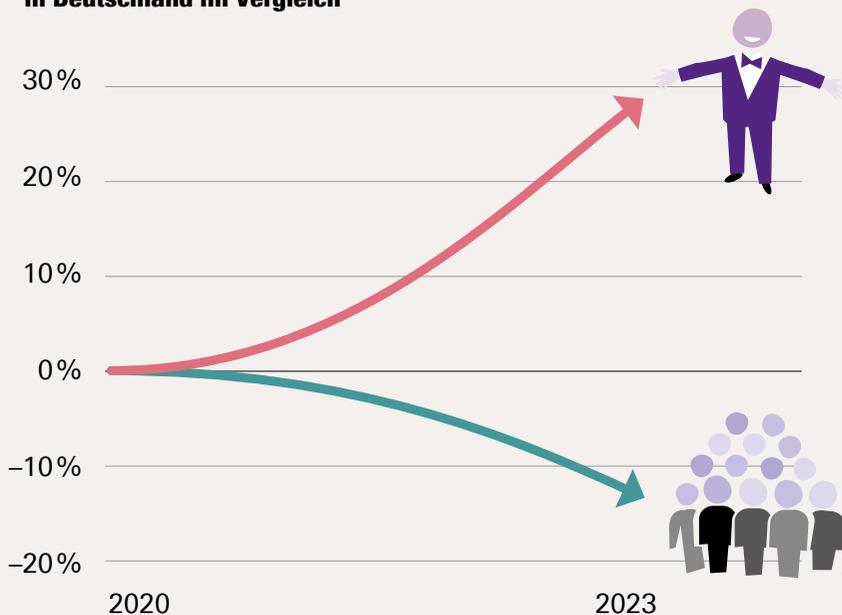
sozialen Auswirkungen zu wenig bedacht werden. Als der Gesetzesentwurf von Wirtschaftsminister Habeck vorzeitig an die Öffentlichkeit kam, wurden keine Ideen kommuniziert, wie die Haushalte beim Einbau einer Wärmepumpe finanziell unterstützt werden sollten. Um in der breiten Bevölkerung Akzeptanz für wichtige Klimaschutzmaßnahmen zu schaffen, müsste aber sozialer Ausgleich von Anfang an mitgedacht werden. Auch das Klimageld, das die Koalition als Instrument des sozialen Ausgleichs im Koalitionsvertrag vereinbart hatte, wird in dieser Legislatur nicht mehr umgesetzt. Das ist fatal.

Auf internationaler Ebene hat die Bundesregierung gemeinsam mit den übrigen wirtschaftlich privilegierten Ländern zugesagt, jährlich rund 100 Milliarden US-Dollar an einkommensschwache Länder zu zahlen, um den Klimaschutz und die Anpassung an die klimatischen Veränderungen zu fördern. Tatsächlich wurden 2022 zwar auf dem Papier 116 Milliarden US-Dollar erreicht, der Großteil dieser Gelder kam allerdings in Form von Krediten, die oft nicht einmal zinsvergünstigt bereitgestellt werden. Die tatsächlich erbrachte Leistung der wirtschaftlich privilegierten Länder betrug 2022 vermutlich nur zwischen 28

und 35 Milliarden, also effektiv bis zu 88 Milliarden US-Dollar weniger als berichtet (Kowalzig 2024).

Jetzt droht weiterer Ärger: Die restriktive Haushaltspolitik der Ampelregierung wird zu weiteren Kürzungen im Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung führen und damit auch zu Kürzungen bei der Klimafinanzierung. Auch auf globaler Ebene wird so der ohnehin unzureichende Beitrag Deutschlands zu einer sozial gerechten Klimapolitik noch unsicherer. Das Ausmaß sozialer Ungleichheit im Zusammenwirken mit

Entwicklung Dividenden und Reallöhne in Deutschland im Vergleich



Während Dividenden in Deutschland im Zeitraum 2020–23 um 27% gestiegen sind, sanken die Reallöhne um 12%. Wenn man die Inflation herausrechnet, sind die Dividenden sogar fast 12-mal stärker gewachsen als die Löhne.

Quelle: © Oxfam

der Klimakrise und die daraus resultierenden konkreten Probleme auf nationaler und globaler Ebene sind sehr unterschiedlich. Was sich gleicht: Diejenigen, die für die Krise am wenigsten können, sind viel massiver von ihr betroffen als diejenigen, die dafür am meisten Verantwortung tragen.

DIE VERANTWORTUNG FÜR DIE KLIMAKRISE TRAGEN DIE REICHEN

Hauptverantwortlich für die derzeitige Situation sind die wirtschaftlich privilegierten Länder des Globalen Nordens wie Deutschland, die fossilen Konzerne, die weiter an ihren zerstörerischen Geschäftsmodellen festhalten, und superreiche Einzelpersonen, die durch ihren Konsum und klimaschädliche Investitionen die Klimakrise weiter vorantreiben. Betrachtet man die Treibhausgasemissionen nach Ländern, sind die reichen Industrieländer für rund die Hälfte aller Treibhausgase seit 1850 verantwortlich (Oxfam 2023). Die Emissionen lassen sich auf sehr wenige, dafür aber sehr große Akteure zurückführen: Nur 78 private oder staatliche Unternehmen der fossilen Energieindustrie sind für über 70 Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen seit Beginn der Industrialisierung verantwortlich (Oxfam Deutschland 2024). Weltweit investieren fossile Energiekonzerne weiterhin in Kohle, Erdöl und Erdgas und machen damit Rekordgewinne. Global gesehen ist eine nennenswerte Reduktion der Öl- und Gasproduktion nicht absehbar. Obwohl sich die Staaten auf der Weltklimakonferenz 2023 auf eine Abkehr von fossilen Energien geeinigt hatten, vermeldeten die Öl- und Gaskonzerne im ersten Halbjahr 2024 erneut hohe Gewinne. Diese Milliarden investieren sie nicht in die Energiewende,

sondern schütten sie zu einem großen Teil an ihre Aktionär*innen aus (Focus Online, 9.8.2024). Auch auf globaler Ebene müssen deshalb klare politische Rahmenbedingungen für eine Abkehr von fossilen Energien geschaffen werden.

Auch auf individueller Ebene bestehen große Unterschiede: Je reicher die Menschen, desto mehr Emissionen haben sie durch häufigere Flugreisen, größere Wohnungen und insgesamt höheren Konsum zu verantworten. Die reichsten zehn Prozent der Weltbevölkerung verursachten 2019 rund die Hälfte aller weltweiten CO₂-Emissionen. Zu diesen reichsten zehn Prozent gehören rund 53 Prozent der Deutschen. Aber auch innerhalb Deutschlands unterscheiden sich die Verantwortlichkeiten für die Klimakrise deutlich: Das reichste Prozent war 2019 für durchschnittlich 83,3 Tonnen CO₂-Emissionen pro Kopf und Jahr verantwortlich (Oxfam 2023).

Dass die reichen Länder, die fossilen Konzerne und superreiche Einzelpersonen die Hauptverantwortung für die Klimakrise tragen, ist kein Zufall. Die weltweite Ausbeutung der natürlichen Ressourcen und der Arbeitnehmer*innen sowie die kurzfristigen Renditeerwartungen erzwingen hohe Gewinne. Und die lassen sich nur auf Kosten von langfristigen Investitionen in die ökologische Transformation der Unternehmen, der Löhne der Arbeitnehmer*innen sowie der Einhaltung von Menschenrechten entlang der Lieferketten erzielen. Die einseitige Orientierung der Konzerne an Gewinnen und die Abhängigkeit von ständigem Wirtschaftswachstum bleiben auch weiterhin Hauptursachen für Klimakatastrophe, Umweltzerstörung und extreme soziale Ungleichheit.

UNGLEICHHEIT UND KLIMAKRISE BEFEUERN SICH GEGENSEITIG

Extreme ökonomische Ungleichheit und Klimakrise verschärfen sich gegenseitig. Die Folgen der rasant voranschreitenden Klimakrise sind global enorm ungleich verteilt. In vielen Ländern, vor allem im Globalen Süden, leben Menschen mit geringerem Einkommen oft in Gebieten, die anfälliger sind für Überschwemmungen, Starkregen, Hitzestress und Stürme und in Gebäuden, die mitunter nicht einmal ein Mindestmaß an Sicherheit, etwa gegen Überschwemmungen, bieten (UNFCCC 2022). Dazu kommt, dass viele Menschen mit geringem Einkommen keine Ersparnisse und keinen Zugang zu sozialen Sicherungssystemen haben, um die Folgen einer Notlage abfedern zu können (Oxfam 2013). Die Klimakrise verschärft schon jetzt die Ungleichheit zwischen den reichsten und den wirtschaftlich marginalisierten Ländern deutlich, nach einer Studie von 2019 um etwa 25 Prozent (Beuret 2019).

Während der Reichtum der Milliardär*innen seit 2020 um gut ein Drittel angewachsen ist, sind 60 Prozent der Menschheit ärmer geworden. Weltweit besitzen Männer 105 Billionen US-Dollar mehr Vermögen als Frauen – der Vermögensunterschied entspricht mehr als der vierfachen Größe der US-Wirtschaft (Oxfam 2024). Diese zunehmende soziale Ungleichheit stellt Gesellschaften vor immer größere Zerreißproben. Sie untergräbt die Demokratie, verstärkt geschlechtsspezifische und rassistische Diskriminierung und befeuert die Klimakrise. Und während sich hohe Einkommen und Vermögen zunehmend in wenigen privaten Händen konzentrieren, kürzen viele

Regierungen die Gelder für die öffentliche soziale Infrastruktur. Unter anderem wegen steigender Schulden planten 2022 laut Berechnungen von Oxfam drei Viertel der Regierungen in den darauffolgenden Jahren Ausgabenkürzungen, die sich insgesamt auf 7,8 Billionen US-Dollar belaufen. Armut und soziale Ungleichheit werden dadurch weiter zunehmen (ebd.).

UMVERTEILUNG ALS ERSTER SCHRITT

Ökologische Transformation und soziale Fragen gehören zusammen, Klimaschutz geht nur mit Umverteilung. Wenn Maßnahmen für eine ökologische Transformation für die einkommensschwache Bevölkerung nicht abgedeckt werden und die öffentliche Infrastruktur immer weiter kaputtgespart wird, dann wird die Frustration in der Bevölkerung immer mehr zunehmen. Und wenn gleichzeitig die Gewinne großer Unternehmen steigen, werden die Akzeptanz für die Transformation und das Vertrauen in die Politik weiter schwinden.

Die sogenannte Fortschrittskoalition hat durchaus einige wichtige Schritte angestoßen. Ohne die restriktive Haushaltspolitik des Finanzministers Lindner und die unkonstruktive Zusammenarbeit innerhalb der Koalition und mit dem nötigen politischen Willen wäre aber deutlich mehr in Sachen sozial-ökologische Wende möglich gewesen. Um der gegenseitigen Verschärfung von ökonomischer Ungleichheit und Klimakrise tatsächlich entgegenzuwirken, muss die kommende Bundesregierung eine sozial gerechte Transformation durchsetzen, die Konzerne und superreiche Einzelpersonen endlich stärker in die Verantwortung nimmt und

Deutschlands Schuldigkeit für die Klimakrise gerecht wird.

Allerdings sieht es danach nicht aus. Was schon die Ampel nicht schafft, scheint noch unwahrscheinlicher in Zeiten des konservativen Backlashs und des Rechtsrucks. Während in den 2010er-Jahren immerhin eine grünkapitalistische Wende möglich schien, sind wir in einer Zeit angekommen, in der es offenbar darum geht, den Status quo so gut wie möglich zu verteidigen. Das ist aber eine verheerende Sackgasse: Wollen wir die globale Zukunft sozial und ökologisch gerecht gestalten, brauchen wir ein gerechteres Wirtschaftssystem, in dem das Gemeinwohl mehr zählt als Profitmaximierung um jeden Preis. Wir müssen weg vom Paradigma möglichst hohen Wachstums, das zur Ausbeutung der natürlichen Ressourcen führt und die Klimakrise weiter eskaliert.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung heißt Umverteilung. Denn das Geld ist da. Insbesondere gigantischer, bei vergleichsweise wenigen Menschen konzentrierter Reichtum muss stärker zur Finanzierung des Gemeinwesens und der sozial-ökologischen Transformation genutzt werden. Eine progressive Vermögenssteuer ab einem Besitz von knapp 5 Millionen Euro beispielsweise könnte laut Oxfam-Berechnung allein in Deutschland 85,2 Milliarden Euro einbringen. Zudem braucht es eine Wende in der Haushaltspolitik, also eine Abkehr von der Schuldenbremse bei gleichzeitiger Abschaffung unnötiger klimaschädlicher Subventionen für die Wirtschaft. Die frei gewordenen Mittel könnten in Infrastruktur, öffentliche Daseinsvorsorge und sozial-ökologische Maßnahmen sowie in ausreichende Klimafinanzierung fließen.

LITERATUR

- Beuret, Nicholas, 2019: Global inequality is 25 % higher than it would have been in a climate-stable world, World Economic Forum, 3.5.2019, www.weforum.org/agenda/2019/05/global-inequality-is-25-higher-than-it-would-have-been-in-a-climate-stable-world/
- DIW, 2024: Gasversorgung in Deutschland stabil: Ausbau von LNG-Infrastruktur nicht notwendig, www.diw.de/de/diw_01.c.893582.de/publikationen/diw_aktuell/2024_0092/gasversorgung_in_deutschland_stabil_ausbau_von_lng-infrastruktur_nicht_notwendig.html
- Expertenrat für Klimafragen, 2024: Gutachten zur Prüfung der Treibhausgas-Projektionsdaten 2024. Sondergutachten gemäß § 12 Abs. 4 Bundes-Klimaschutzgesetz
- EY, 2024: DAX-Konzerne: Rekorddividende trotz sinkender Gewinne. Pressemitteilung vom 15.4.2024, www.ey.com/de_de/news/2024/04/ey-analyse-dax-dividenden-2024
- Focus Online, 9.8.2024: Ganz unverblümt beerdigen die Öl- und Gasriesen jetzt ihre Klimaziele, www.focus.de/earth/analyse/ganz-unverbluemt-beerdigen-die-oel-und-gasriesen-jetzt-ihre-klimaziele_id_260207956.html
- FvS – Flossbach von Storch Research Institute, 2024: DAX-Konzerne erhalten Milliarden an Subventionen, Köln, www.flossbachvonstorch-researchinstitute.com/fileadmin/user_upload/RI/Studien/files/2024/240729-dax-konzerne-erhalten-milliarden-an-subventionen.pdf
- Kowalzig, Jan, 2024: Klimafinanzierung 2022: Tatsächliche Unterstützung weniger als ein Drittel der gemeldeten 116 Mrd. \$, Oxfam, 13.7.2024, www.deutschklimafinanzierung.de/blog/2024/07/klimafinanzierung-2022-tatsaechliche-unterstuetzung-weniger-als-ein-drittel-der-gemeldeten-116-mrd/
- Oxfam, 2013: No accident. Resilience and the inequality of risk. 172 Oxfam Briefing Paper, 21.5.2013, <https://oxfamlibrary.openrepository.com/bitstream/handle/10546/292353/bp172-no-accident-resilience-inequality-of-risk-210513-en.pdf>
- Dies., 2023: Klima der Ungleichheit. Wie extremer Reichtum weltweit die Klimakrise, Armut und Ungleichheit verschärft, Berlin, www.oxfam.de/system/files/documents/20231120-oxfam-klima-ungleichheit.pdf
- Dies., 2024: Inequality Inc. How corporate power divides our world and the need for a new era of action, Oxford, www.oxfam.de/system/files/documents/bp-inequality-inc-150124-eng.pdf
- Oxfam Deutschland, 2024: Unternehmen Ungleichheit. Wie die Macht der Großkonzerne die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vertieft, Berlin
- Dies./Finanzwende (Hg.), 2021: Gewinne auf Kosten der Allgemeinheit, www.oxfam.de/system/files/documents/dax30_report_de_final.pdf
- Statistisches Bundesamt, 2024: Stromerzeugung im 1. Halbjahr 2024: Mehr als 60 % aus erneuerbaren Energien. Pressemitteilung Nr. 334 vom 4.9.2024, www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/09/PD24_334_43312.html
- UNFCCC – United Nations Framework Convention on Climate Change (Hg.), 2022: A billion of the world's most climate-vulnerable people live in informal settlements – here's what they face, 28.3.2022, <https://climatechampions.unfccc.int/a-billion-of-the-worlds-most-climate-vulnerable-people-live-in-informal-settlements-heres-what-they-face/>



AN DER GRE

EINE FOTOREPORTAGE ÜBER DIE LAUSITZ IM WAHLKAMPF VON INGMAR BJÖRN NOLTING

Görlitz, wenige Wochen vor den Landtagswahlen in Sachsen. Sommerliche Temperaturen lassen die Leute in den Cafés und auf den Plätzen der sanierten Altstadt sitzen. Doch die Idylle ist trügerisch, der Unmut in der Bevölkerung groß und der Rechtsruck unübersehbar. Das zeigt sich nicht nur auf wöchentlichen Montagsdemos, auf denen neben älteren Friedensaktivist*innen auch junge Rechtsradikale zu sehen sind. Görlitz gilt als eine der Hochburgen der AfD im Osten. Doch es gibt auch Gegenwehr.

Der Fotograf Ingmar Björn Nolting bereiste die Stadt an der Grenze zu Polen und dokumentierte den Wahlkampf im Landkreis. Er traf einen ehemaligen Bergarbeiter, der jetzt Führungen auf dem stillgelegten Gelände gibt, einen 75-jährigen Landarzt, der immer noch arbeitet, eine 28-jährige Linken-Politikerin, die mit Einhornkostüm Wahlkampf machte, einen 35-jährigen Biobauern, der aus dem Westen zurückgekehrt ist, und einen IT-Spezialisten, der aus Marokko nach Görlitz kam und es hier nicht länger aushält.



INZEE



Montagsdemo in Görlitz,
August 2024



Montagsdemo
in Görlitz

Rechte Demonstranten
mit Reichsflaggen an
der B96 beim sonntäg-
lichen »stillen Protest«,
einem Sammelpunkt für
Wutbürger*innen aus
dem Verschwörungs-
und Reichsbürgermilieu.
Ebersbach-Neugersdorf,
August 2024



Klaus-Peter Jerga arbeitete früher in einem inzwischen stillgelegten Kohletagebau in der Nähe von Görlitz. Nun gibt er dort für Besucher*innen des Industriemuseums Führungen.

Am Bärwalder See, im Hintergrund das Kohlekraftwerk Boxberg, das 2029 geschlossen werden soll.





Wahlkampfveranstaltung der AfD in Tetta, Landkreis Görlitz, August 2024



Anass Halime wurde in Marokko geboren und zog vor sechs Jahren nach Görlitz. Nach anhaltenden Schikanen beschloss er, die Stadt wieder zu verlassen und sich im Westen niederzulassen.



Fokus-Festival in Görlitz,
August 2024. Es stand
in diesem Jahr unter
dem Motto »grenzenlos.
divers.inklusiv«.



Johanna-Marie Stiller im Einhornkostüm bei einer Wahlkampfveranstaltung der Linken in Weißwasser, August 2024

Eine Frau platziert ein Protesttransparent vor einer Wahlkampfveranstaltung der AfD in Tetta, August 2024.

TIEFENVERSPANNUNGEN UND MORALISCHE PANIKEN

VOM AUSEINANDERFALLEN GESELLSCHAFTLICHER UND GEFÜHLTER PROBLEMLAGEN

MARIO CANDEIAS



Die Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit wird gegenwärtig für viele Menschen nahezu unaushaltbar verdichtet zu einem Gefühl des auch emotionalen Kontrollverlusts. Es droht eine große gesellschaftliche Regression.

Es gibt ein wachsendes Potenzial der Faszinierung als Ergebnis und Treiber einer blockierten Transformation, das weit über die radikale Rechte hinausreicht. Zugleich erleben wir, wie die gesellschaftliche Linke an Bedeutung verliert und in die Defensive gerät, ebenso eine wachsende Ratlosigkeit des progressiv-liberalen Lagers. Zusammen ergibt sich daraus die Bewegung einer regressiven Krisenbewältigung, in der große gesellschaftliche Probleme, sogar Menschheitsfragen, ungelöst bleiben, während die daraus erwachsenden gesellschaftlichen Spannungen auf affektiv aufgeladene Triggerpunkte (Mau u. a. 2024) verschoben werden. Ich möchte hier einige Gedanken aus einem früheren Text (Candeias 2024) weiterführen, mich dabei aber auf sozialpsychologische Aspekte beschränken.

Es geht um die Schwierigkeit vieler Menschen, die Entwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse und der gegenwärtigen Situation noch nachzuvollziehen und zu verstehen, sich zu orientieren. Die permanenten Überforderungen und Zumutungen zuerst der Jahrzehnte des Neoliberalismus, dann der Krisen des Interregnums und derzeit der hart umkämpften Transformation führen in großen Teilen der Bevölkerung zu Erschöpfung und zum Rückzug ins Private. Die Folge ist ein eigentümliches Auseinanderfallen von gesellschaftlichen und »gefühlten« individuellen Problemlagen. Die daraus erwachsende Verunsicherung kann sich zu moralischen Paniken verdichten, die vor allem von Rechten geschürt und zur reaktionären Mobilisierung genutzt werden (Demirović 2018, 29), sodass die Bewusstwerdung notwendigen Handelns



zur Bewältigung der Krisen und Transformationen aktiv blockiert wird, also eine »Verweigerung des in einer Krisensituation geforderten Lern- und Adjustierungsprozesses« (Jaeggi 2023, 217) stattfindet.

FATALISMUS ALS TREIBSTOFF DER FASCHISIERUNG

Faschisierung beschrieb ich jüngst als einen Prozess, in dem die Bourgeoisie unfähig erscheint, zu regieren und die (im kapitalistischen Sinne) notwendige Transformation zu organisieren, während der größte Teil der lohnabhängigen Klasse demobilisiert ist. Faschisierung war bei Ernst Bloch (1935, 116f) Ausdruck »ungleichzeitiger Widersprüche«, die »objektiv« als Fortwirken älterer Produktions- und Lebensweisen, »subjektiv« als »gestaute Wut« auftreten, heute sozusagen gegen die Infragestellung des »normalen« Funktionierens der Welt. Die »Dinge passen nicht mehr zusammen« (Strobl 2021, 7), so als wäre die Welt im doppelten Sinne ver-rückt (ge)worden. »Toleranzreserven« schwinden (Goes 2024), bei Weitem nicht nur aufseiten der radikalen Rechten. Viele Entwicklungen entziehen sich dabei der Eindeutigkeit, erschüttern Gewissheiten.

MARIO CANDEIAS ist Referent für sozialistische Transformationsforschung, linke Strategien & Parteien und Redakteur dieser Zeitschrift. Er war von 2013 bis 2023 Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Wenn wie derzeit die Wucht der multiplen Krisen zunimmt und die Angst vor ihnen und einer immer düsterer erscheinenden Zukunft wächst (vgl. hierzu Candeias 2023), macht sich in Gesellschaften eine fatalistische Stimmung breit. Der Fatalismus wird dabei zur negativen Kraft, zum Treibstoff der Faschisierung, einerseits durch Erschöpfung und Demobilisierung der solidarischen Teile der Bevölkerung, andererseits durch die reaktionäre Selbstermächtigung und Entsolidarisierung anderer Gruppen. Es bilden sich gewissermaßen zwei Formen dissoziierter oder autoritärer Persönlichkeiten als wichtige »Sozialcharaktere« (Fromm) heraus, als überindividuelle, von der Gesellschaft massenhaft und regelmäßig erzeugte strukturelle Handlungsmuster vor dem Hintergrund mangelnder Verarbeitungsmechanismen für erlebte Zumutungen.

ERSCHÖPFUNG UND TRANSFORMATIONSMÜDIGKEIT

Besonders Anhänger*innen der Linken (fast 60 %) fühlen sich laut einer Studie der Beratungsagentur Auctority (Guthier u. a. 2024) erschöpft. Das berühmte alltägliche Hamsterad, der steigende Leistungsdruck im Job, die geforderte Flexibilität, die Sorge, Reproduktionsarbeit mit Erwerbstätigkeit unter einen Hut zu bekommen, gesundheitlich mithalten zu können, das verstärkte Gefühl, gegen den Abstieg auf der gesellschaftlichen »Rolltreppe« (Nachtwey) anrennen zu müssen, sowie die abnehmende Planbarkeit der Zukunft – all dies ist bekannt. Auch die Diagnose der »erschöpften Gesellschaft« (Grünwald 2013) ist nicht neu, sie galt bislang vor allem für die Segmente der Arbeiter*innenklasse mit niedrigem Einkommen.

Hinzu kommt heute bei der gesellschaftlichen Linken eine Erschöpfung aufgrund der allgemeinen politischen Situation und des Eindrucks, dass trotz oft hohem Einsatz nur wenig vorangeht, im Gegenteil progressive Errungenschaften der Arbeiter*innen- und anderer Emanzipationsbewegungen (bspw. der Frauen- oder LGBTIQ*-Bewegung) sogar zurückgedrängt oder wieder zunichtegemacht werden. Die Erfahrung, die Enkelin muss erneut die Kämpfe ausfechten, die ihre Großmutter bereits gewonnen hatte, ist frustrierend. Währenddessen türmen sich die Sorgen um die vielen ungelösten Krisen auf, verstärken sich fatalistische Gefühle. Aufseiten der radikalen Rechten sind kaum weniger Menschen (52,5 %, Guthier u. a., 2024) erschöpft. Die Hintergründe der politisch bedingten Erschöpfung unterscheiden sich allerdings deutlich. Während Wähler*innen der Linkspartei vor

allem »fehlende Solidarität und fehlenden Zusammenhalt« nennen (90,9 %), steht bei AfD-Wähler*innen »fehlendes Vertrauen in das System« an erster Stelle (83,4 %, ebd.).

Oft geht es um subjektiv erfahrene Ungerechtigkeiten und enttäuschte Teilhaberversprechen (an gesellschaftlichem Reichtum, kultureller Wertschätzung, sozialen und beruflichen Positionen etc.), denen individuell nicht oder nur sehr schwer begegnet werden kann, was Ohnmachtsgefühle verstärkt. Hinzu tritt die Schwächung traditioneller Ideologieelemente und Werte wie (Industrie-)Arbeit, Familie, Religion, Nation, Naturverhältnisse etc. im Zuge der Durchsetzung einer neuen transnationalen informationstechnologischen Produktions- und Lebensweise. Veränderungen und Pluralisierung von Lebensstilen rufen eine Krise der männlichen Subjektivität hervor (auch eine Krise der weiblichen bei eher traditionell geprägten Frauen), Globalisierung und Einwanderung werden von vielen zunehmend als »Bedrohungen von außen« empfunden, andere beklagen Prozesse der Entdemokratisierung und der organisierten Verantwortungslosigkeit (hierzu ausführlich Candeias 2018, 37ff). Die Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit wurde im Interregnum und in der gegenwärtigen Transformation für einen Teil der Menschen nahezu unaushaltbar verdichtet zu einem Gefühl des (auch emotionalen) Kontrollverlusts. Die Subjekte sind transformationsmüde.

SCHWÄCHUNG DER TRADITIONELLEN HEGEMONIEAPPARATE UND AKTUELLE TRIGGERPUNKTE

Viele können die Welt, so wie sie ist, nicht mehr lesen. Die herrschende Meinung ist

fragwürdig geworden, wird selbst nicht mehr klar formuliert. In Krisen der Hegemonie verlieren auch die Apparate und Institutionen der Kommunikation und des Wissens ihre scheinbar natürliche Autorität. Derzeit zieht vor allem der öffentlich-rechtliche Rundfunk den manchmal berechtigten, aber häufig übersteigerten Zorn auf sich, aber auch Teile der Wissenschaft, etwa mit Blick auf die Gender- und Klimaforschung oder ihre Rolle während der Corona-Pandemie. Ihre Autorität wird infrage gestellt, ihnen wird nicht mehr »geglaubt«, ihre symbolische Macht nicht länger stillschweigend akzeptiert – vielmehr wird offen widersprochen. Da Argumente in einer solchen Situation immer häufiger ins Leere laufen, wird der Diskurs immer moralischer. Die (meinungs-)bildende und erzieherische Aufgabe dieser Hegemonieapparate wird dann teilweise gekontert mit der (gerade bei meinungsstarken Prominenten) abstrusen Aussage, man könne »nicht einmal mehr seine Meinung sagen«, nur weil sich andere Positionen etwa zu Diversität im Rahmen des »progressiven Neoliberalismus« (Fraser 2017) inzwischen etwas mehr Gehör verschaffen konnten.

Die Ungleichzeitigkeit der Widersprüche, die mit normalen Mitteln nicht »in den Griff zu bekommen« sind, bewirkt ein Auseinanderfallen von grundlegenden gesellschaftlichen Problemen und öffentlichen Triggerpunkten. Bei Letzteren handelt es sich um vermeintliche Banalitäten wie Gendersternchen, Gesundheitstipps (etwa die Empfehlung, nur noch ein Ei pro Woche zu essen) oder die Einrichtung von Busspuren bzw. bizarre Geschichten über Geflüchtete, die nur zu uns kommen würden, um sich

den Zahnersatz hier bezahlen zu lassen, während »Deutsche keinen Arzttermin mehr bekämen«. Das Verbot des Genderns an Schulen und öffentlichen Einrichtungen (in Bayern, aber auch in Sachsen unter einer CDU-SPD-Grünen-Regierung) zeigt allerdings: Es ist nicht nur der rechte Rand, der sich triggern lässt bzw. mit Ressentiments Politik betreibt. Es handelt sich um den durchaus erfolgreichen Versuch von herrschender Seite, den wirklich entscheidenden Fragen der Zeit auszuweichen bzw. die Aufmerksamkeit davon wegzulenken.

Diese Triggerpunkte dienen sozialpsychologisch als »Verdichtungszone« (Brückner 1982, 12) für die Entladung der Tiefenspannungen unverarbeiteter, als überkomplex erlebter gesellschaftlicher Widersprachskonstellationen, mit der die Welt wieder entzifferbar und klarer werden soll. Dabei »überwiegt die affektive gegenüber der kognitiven Komponente von Einstellungen« (Mau u. a. 2023, 247). Die Trigger sind Effekt der »Kompensation und/oder Verdrängung einer unlösbaren Spannung zwischen erkannten Problemen und der gesellschaftlich verstellten Möglichkeit, angemessen auf sie zu reagieren« (Jaeggi 2023, 223). Faschisierung tritt also auf als Phänomen des misslingenden Übergangs: von der multiplen Krise im und des Kapitalismus hin zu einer kohärenteren Form gesellschaftlicher Entwicklung. Dabei ist es gelungen, die Elitenkritik auf die Kritik an der vermeintlich »linksgrünen« Bundesregierung (beginnend mit dem Heizungsgesetz) zu konzentrieren sowie ein Gefühl der Unregierbarkeit und des »kranken Mannes Deutschland« zu erzeugen. Mit in Haftung genommen werden alle zivilgesellschaftlich engagierten »Gutmenschen«,

soziale Bewegungen wie Fridays for Future oder Die letzte Generation, aber eben auch die Partei Die Linke als vermeintlich linksliberale, akademisch-urbane, »weltfremde« »Blase«, die den Kontakt zur »normalen« Bevölkerung verloren habe (vgl. Ege/Gallas 2024, 20).

Die Subalternen werden durch diese auch medial verstärkten Paniken und von »politischen Polarisierungsunternehmern« (Mau u. a. 2023, 278) »ermutigt, jene vom Denken, vom Begreifen zunehmend abgespalteten Gefühle in Ressentiments, rassistische Praktiken, Kälte und Entsolidarisierung zu übersetzen – und dafür belohnt mit Aufmerksamkeit« (Demirović 2018, 32). So stehen »psychischer Apparat« und »ideologische Apparate in Wechselwirkung« (Horkheimer 1932, 59f). Vor allem Männer bilden einen »Körperpanzer« (Reich 1933; Theweleit 1977/78) aus, der die Selbststabilisierung durch Härte gegen sich und andere sucht, aus der sich die reaktionäre Selbstermächtigung speist. Die (geistige) Erschöpfung und der Fatalismus werden gewendet in eine aggressive Haltung gegen andere, die der Spannungsabfuhr dient. Aggression gegen Individuen und Gruppen, die nicht der herrschenden Norm entsprechen, fungiert als Kompensation für die selbst erfahrenen Zwänge, für Unterordnung und Gewalt, die die Einzelnen selbst erleiden.

Natürlich könnten die unter den Triggern verborgenen Unsicherheiten und Kränkungen unter anderen gesellschaftlichen Bedingungen auch in solidarischer und egalitärer Weise bearbeitet werden. Je weniger die Menschen jedoch an materielle Verbesserungen (durch die Politik) glauben, je mehr die großen sozialen Fragen (Löhne, Wohnen, Gesundheit

etc.) in den Hintergrund treten oder kaum mehr bearbeitet werden, desto stärker treten die kleinen und feinen Unterschiede hervor. Dabei hat eine Verschiebung der Empörung stattgefunden: 2011 und in den Folgejahren standen noch die »Indignados« (die Empörten) mit ihren weltweiten Platzbesetzungen für einen linken Aufbruch, in Deutschland gelangte – nachdem die Empörung über die Einführung der Hartz-IV-Gesetze nur noch eine schwindende Erinnerung war – die soziale Frage mit der Energiepreiskrise und der Inflation zumindest für einen begrenzten Zeitraum zurück in die öffentliche Debatte. Die Empörung wanderte weg von sozialen oder auch ökologischen Fragen zu einer rechtsoffenen, von (sozialen) Medien gestützten Aufregungsökonomie. Die Wohnungskrise, der Pflegenotstand oder der Lehrermangel ebenso wie die nur noch begrenzbare Klimakatastrophe, Femizide oder die weiterhin ungleiche Entlohnung der Geschlechter, all diese gesellschaftlichen Skandale sind deswegen derzeit eben keine Triggerpunkte.

Wenn die beschriebenen Unsicherheiten und Moralpaniken auch bei Menschen aus der Arbeiter*innenklasse ideologisch nach rechts führen, dann agieren sie nicht »gegen« ihre eigenen Interessen, sondern für andere ihrer Interessen, gerade weil die linke Orientierung auf die soziale Frage über Jahrzehnte wenig an der wachsenden Ungleichheit zu verändern schien. Die individuellen und sozialen Interessen dieser Einzelnen werden im Zuge ihrer (aktiven) Subjektivierung im Rahmen nationalistischer, autoritärer und radikal rechter Diskurse und Denkformen umgebaut: Was ihnen nützt oder schadet, beurteilen sie dann vom neu gewonnenen rechtsautoritären



Während eines Fußballspiels in Hainewalde, Landkreis Görlitz, August 2024. Aus unserer Foto-reportage »An der Grenze«, © Ingmar Björn Nolting/laif

Standpunkt aus – vielleicht die wirksamste Form der »ideologischen Transformationsarbeit« (PIT 1980) der radikalen Rechten im Prozess der Faschisierung, die Ausbildung einer Weltauffassung, die die herrschende Sicht herausfordert. Das heißt leider auch, die Betroffenen sind dann nicht für linke Politik zu gewinnen, indem an ihre »wirklichen« sozialen Interessen appelliert wird (und dem Kulturkampf ausgewichen wird).

DIE GROSSE REGRESSION

Die Erschöpfung auf der einen und die von rechten Kräften vorangetriebene Faschisierung auf der anderen Seite münden in die Gefahr einer großen Regression. Letztere zeichnet sich nicht einfach durch die Sehnsucht aus, zu einer »guten alten Zeit« zurückzukehren. Sie ist ein Effekt, bei dem sich das Denken und Handeln vor dem Neuen »verstockt« (Adorno 1949, 16) und nicht nur eine angemessene Krisenbearbeitung verhindert, sondern Gegenkräfte mobilisiert, »die die Ressourcen zur Lösung vernichten« (Jaeggi 2023, 218). Individuelle und gesellschaftliche Regression können als eine unbewusste Reaktion auf die Zumutungen der Transformation und die multiplen Krisen, die die eigene Lebensweise und Identität sowie die eigenen Formen des Denkens und Fühlens bedrohen, verstanden werden, die sich dagegen innerlich versperrt. Gewissermaßen eine »Erfahrungsblockade« (ebd., 212). Diese kommt einer »Realitätsvermeidung« gleich, die die Krisen- und Problembewältigung »verhindert« (ebd., 217). Denn es geht um ein »Zurück zu etwas oder ein Festhalten an etwas, wohin man (auf diese Weise) gar nicht zurückkehren kann und das sich nicht bewahren lässt« (ebd., 242).

»Der Abschied von Liebgewonnenem, von althergebrachten und praktischen Formen des Fühlens, Denkens und Handelns, verlangt eine Krise. Doch die spontane Parteinahme lässt Fühlen und Wollen auf der Seite des Alten, oft retrospektiv Verklärten stehen. Gesellschaftlich progressive Entwicklung braucht jedoch den Bruch mit den alten Formen als Voraussetzung des Neuen.« (Haug 2003, 63) Die Faschisierung ist Ausdruck dessen, ebendiesen Bruch, sei es in Form einer ökologischen und gesellschaftlichen Modernisierung, noch mehr in Form einer egalitären und sozialistischen Alternative, zu verhindern. Dies gelingt auch deswegen, weil die Kosten der Transformation einseitig den lohnabhängigen Klassen und hier vor allem den unteren Teilen auferlegt werden. Sie erleben die Veränderungen als negativ. Ergo wollen viele ihre alte Position in den Verhältnissen nicht verlassen, »um handlungsfähig zu bleiben und auch die schon gewährten Privilegien zu erhalten« (ebd., 65), die freilich von allen Seiten bedroht erscheinen. Die einen (jene, die es können und wollen) verhärten sich, um standzuhalten, andere verzweifeln und ziehen sich zurück.

Radikal rechte Politik kann als ein durchaus bewusster Prozess gesellschaftlicher Regression betrachtet werden, der ebenjene Verstocktheit und Blockade dazu einsetzt, »die Momente der Realität, die offenkundig nicht aushaltbar sind, die nicht konfrontiert werden können, zu kompensieren« (Jaeggi 2023, 222) und in ein reaktionäres, zerstörerisches Projekt zu überführen. Dies ist eine Entwicklung, die die liberalen Demokratien nicht »von außen« trifft, deren Grundlagen vielmehr in ihren »immanenten Defiziten« liegen (ebd.,

226), die die herrschenden Klassen und Gruppen selbst nicht in einer Weise angegangen sind, dass sie wirkliche Führung im Sinne der Berücksichtigung der Interessen der untergeordneten gesellschaftlichen Gruppen für einen aktiven Konsens organisiert hätten. Die Klassenbasis des aktiven Konsenses in der neoliberalen Periode war schon auf eine immer schmalere Basis zusammengeschrumpft, die Träger*innen des grün-kapitalistischen und liberalen Modernisierungsprojekts, allen voran die Ampelregierung, haben versäumt, einen breiten Klassenkompromiss zu suchen. So erweiterte dieses angehende Hegemonieprojekt selbst die Grundlagen für sein eigenes Gegenprojekt: die Faschisierung und den Hass, die der halbierten liberalen Demokratie selbst entspringen. Dafür bedarf es mehr als der Rückkehr zu demokratischen Verfahren. Es braucht dafür ein erweitertes Projekt einer sozial-ökologischen, solidarischen und wirtschaftsdemokratischen Transformation, wenigstens eine Andeutung in diese Richtung, die Zukunft wieder vorstellbar werden lässt, die der Bedrängnis und Angst vor Veränderung Raum gibt und ihnen eine glaubwürdige Hoffnung entgegensetzt, einen Weg skizziert, um gemeinsam handlungsfähig zu werden und den »Wärmestrom« (Bloch) der Solidarität zu erfahren. Mit Horkheimer geht es darum, wie der begründete Pessimismus produktiv gemacht werden kann, damit er nicht in Fatalismus umschlägt.

LITERATUR

Adorno, Theodor W., 1949: Philosophie in der neuen Musik, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 12, Frankfurt a. M.
 Bloch, Ernst, 1935: Erbschaft dieser Zeit, in: ders., *Gesamtausgabe*, Bd. 4, Frankfurt a. M.
 Brückner, Peter, 1982: *Psychologie und Geschichte*, Berlin

Candeias, Mario, 2008: Verallgemeinerung einer Kultur der Unsicherheit. Prekarisierung, Psyche und erweiterte Handlungsfähigkeit, in: *Verhaltenstherapie und psychosoziale Praxis (Zeitschrift der DGVT)* 2/2008, 249–268
 Ders., 2018: Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen, in: ders. (Hg.), *Rechtspopulismus, radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, *Materialien* 24, Berlin, 33–60, www.rosalux.de/publikation/id/39174/rechtspopulismus-radikale-rechte-faschisierung
 Ders., 2023: Wir leben in keiner offenen Situation mehr. Thesen zum Ende des Interregnums und warum es gerade jetzt einen Neustart der Linken braucht, in: *Zeitschrift LuXemburg*, August 2023, <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/wir-leben-in-keiner-offenen-situation-mehr/>
 Ders., 2024: Monster verstehen. Wechselwirkung von Faschisierung und blockierter Transformation, in: ders./Becker, Lia (Hg.), *Vom Horror zur Hoffnung. Strategien gegen blockierte Transformation und Faschisierung*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, *luxemburg beiträge* 24, Berlin
 Demirović, Alex, 2018: Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie, in: *PROKLA* 190, 27–42
 Ege, Moritz/Gallas, Alexander, 2024: Anti-linke Konjunktur: Gegen die »links-grüne« Bedrohung, in: *nd Die Woche*, 31.8.2024, 20–21
 Fraser, Nancy, 2017: Für eine neue Linke oder: Das Ende des progressiven Neoliberalismus, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Februar 2017, www.blaetter.de/ausgabe/2017/februar/fuer-eine-neue-linke-oder-das-ende-des-progressiven-neoliberalismus
 Goes, Thomas, 2024: Grüner Sozialismus? Über das politische Bewusstsein von Arbeiter*innen in Zeiten des Umbruchs, Bielefeld
 Grünewald, Stephan, 2013: *Die erschöpfte Gesellschaft*, Frankfurt a. M./New York
 Guthier, Christina/Reimund, Walter/Scheuermann, Andreas, 2024: *Erschöpfung 2023. Eine Untersuchung zu Wahrnehmung, Ursachen und Einstellungen*, Freiburg i. B., www.auctorty.net/wp-content/uploads/2023/12/AUCTORITY-Studie-Erscho%CC%88pfung_2023.pdf
 Haug, Frigga, 2003: Krise I, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 7/II, hrsg. v. W. F. Haug, Hamburg/Berlin, 2121–2139
 Horkheimer, Max, 1932: *Geschichte und Psychologie*, in: ders., *Gesammelte Schriften*, Bd. 3, Frankfurt a. M.
 Jaeggi, Rahel, 2023: *Fortschritt und Regression*, Berlin
 Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser, Linus, 2023: *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Berlin
 PIT – Projekt Ideologietheorie, 1980: *Faschismus und Ideologie*, hrsg. v. K. Weber, Hamburg
 Reich, Wilhelm, 1933: *Die Massenpsychologie des Faschismus*, Köln/Berlin
 Strobl, Natascha, 2021: *Radikalisierte Konservatismus*, Berlin
 Theweleit, Klaus, 1977/78: *Männerphantasien*, Frankfurt a. M./Basel

KONSERVATISMUS AM KIPPPUNKT

NATASCHA STROBL



Der Konservatismus verabschiedet sich zusehends von seiner historischen Rolle als Systemstabilisator.

Die Grenzen zwischen Neuen Rechten und radikalisierten Konservativen verschwimmen dabei immer mehr.

Was ist eigentlich passiert? Warum haben wir es plötzlich mit konservativen Parteien zu tun, die sich inhaltlich und rhetorisch nicht mehr von der extremen Rechten unterscheiden lassen? Die Republikaner in den Vereinigten Staaten, die Tories unter Boris Johnson in Großbritannien oder auch die ÖVP unter Sebastian Kurz in Österreich waren ja eigentlich klassisch konservative Parteien. Doch es wird mittlerweile jeder Anspruch auf Konsens und Staatsräson über Bord geworfen und gegen eine Lust an Polarisierung eingetauscht. Diese Dynamik hat einem politischen Zwischenspektrum zum Aufschwung verholfen: dem radikalisierten Konservatismus. Auch der deutsche Konservatismus versucht sich an der gleichen Strategie, die andere Länder bereits an gefährliche Kippunkte gebracht hat.

RADIKALISierter KONSERVATISMUS ALS EIN KRISENPHÄNOMEN

Radikalisierte Konservatismus ist kein eigenständiges ideologisches Spektrum, sondern eine Dynamik innerhalb des Konservatismus, die auf verschiedene krisenhafte Entwicklungen und Umbrüche zurückzuführen ist. Das große Versprechen der Nachkriegszeit, es wird von Generation zu Generation immer besser und es gibt mehr Wohlstand für alle, ist längst nicht mehr einlösbar. Stattdessen stagnieren die Lebensstandards. Jüngere Generationen erleben sogar, dass sie sich für ihr Einkommen nicht einmal annähernd das Gleiche leisten können wie ihre Elterngeneration. Wer nicht erbt, für den bleibt das Häuschen im Grünen und ein geregeltes Leben mit einem gesicherten Einkommen und zwei Urlauben pro Jahr oft nur ein Traum. Gleichzeitig leben wir in



einer Zeit der multiplen und kulminierenden Krisen: Die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 ist nicht überwunden. Die Nachwirkungen sind auf vielen Ebenen noch heute spürbar. Dazu zählt vor allem der immense Vertrauensverlust in die Institutionen der repräsentativen Demokratie. Zu oft delegieren gewählte staatliche Repräsentant*innen die Aufgabe der Krisenbearbeitung im Sinne der »Eigenverantwortung« an das Individuum ab. Neben der Pandemie und Finanzkrise muss nun auch die Klimakrise – deren verheerende Folgen wie Hochwasserkatastrophen, extreme Waldbrände und Ernteausfälle auch den globalen Norden nicht länger verschonen – am Esstisch gelöst werden. Dabei wirken die politischen Parteien, die diesem System einstmalig Stabilität verliehen haben, in fast jeder Hinsicht ratlos. Die Krise der Sozialdemokratie ist (zu Recht) lang und breit erörtert worden. Aber auch ihr konservativer Gegenpart versucht sich an der Bearbeitung der drohenden eigenen Irrelevanz. Radikalisierte Konservatismus ist also ein Krisenphänomen.

Der radikalisierte Konservatismus ist eine Dynamik innerhalb konservativer Parteien, die eben nicht mehr darauf aus

NATASCHA STROBL ist Politikwissenschaftlerin und Expertin für Rechtsextremismus und die Neue Rechte. Bei Suhrkamp erschien von ihr 2021 das Buch »Radikalisierte Konservatismus«.

ist, stabilisierend auf das aktuelle System zu wirken. Dabei spielt überhaupt keine Rolle, ob seine Vertreter*innen wie Kurz, Trump oder Johnson bis in die Wolle gefärbte ideologische Überzeugungstäter sind oder nicht. Sie haben alle damit begonnen, sich das Instrumentarium der extremen Rechten nutzbar zu machen, und hatten Erfolg damit. Das passiert auf strategischer, ideologischer, aber auch handwerklicher Ebene. Dabei vertritt der radikalisierte Konservatismus einen absoluten Machtanspruch, den er nicht mehr bereit ist zu teilen. In den meisten westlichen Demokratien hatten sich nach 1945 zwei systemstabilisierende Parteien herausgebildet: eine konservative und eine (sozial-)demokratische. Die konservative Partei kündigt nun den lange bestehenden Nachkriegskonsens (liberale Demokratie im Verbund mit Kapitalismus, einheimendem Sozialstaat und immer tiefergehender globaler Integration) auf und überlässt damit

der (sozial-)demokratischen Partei die alleinige Rolle einer systemerhaltenden (konservativen) und auf Ausgleich setzenden Partei.

Der radikalisierte Konservatismus vollführt einen Trick, den die extreme Rechte erfunden hat: Er präsentiert sich aus dem System heraus als Systemalternative. Sebastian Kurz spielte als Bundeskanzler noch gleichzeitig den Part des machtvollen Staatsmanns und des verfolgten Renegaten, der gegen das System ankämpft. Auch Donald Trump sah sich als Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika vom tiefen Staat verfolgt. Der radikalisierte Konservatismus stellt nun nicht nur den Nachkriegskonsens grundlegend infrage, er hat auch erkannt, dass das System an allen Ecken und Enden bröckelt. Wir erleben eine Zeit des Interregnums, da es noch keine stabile Alternative zur bestehenden Hegemonie gibt. In dieser Krisenzeit ist das Möglichkeitsfenster für Neues so offen wie nie. Gleichzeitig wird das Bedienen und der Ausgleich der Interessen verschiedener Kapitalfraktionen im alten System immer prekärer. Diese sehen nun eine Möglichkeit, sich langfristig Vorteile zu verschaffen, indem sie auf die Radikalisierung konservativer Parteien setzen und diese auch tatkräftig unterstützen, etwa in Form von Spenden. Politischer Machterhalt und der Machterhalt von bestimmten und neuen Kapitalfraktionen (auch in Konkurrenz zu alten) gehen also Hand in Hand. Das beste Beispiel hierfür ist Peter Thiel, der Milliardär und PayPal-Mitbegründer. Er trat schon früh als Vertrauter von Donald Trump auf, finanzierte zahlreiche Wahlkämpfe von MAGA-Kandidat*innen¹ und ist mittlerweile auch Chef von Sebastian Kurz. Unmittelbar nach seiner Kanzlerschaft übernahm Kurz

einen Posten als »Global Strategist« bei Thiel Capital in den USA.

EIN ARSENAL AN STRATEGIEN

Um ihre Politik und ihren Machtanspruch durchzusetzen, verwenden radikalisierte Konservative verschiedene Strategien. Dazu gehört erstens das kalkulierte Übertreten von Regeln. Das können formale Regeln sein, etwa Gesetze. Das zeigte sich bei Trump wie bei Kurz, die beide vor Gericht verurteilt wurden. Genauso schwer wiegt aber der Bruch von informellen Regeln als Dauerprovokation. Dieser ist weniger leicht zu fassen. Es geht dabei um Fragen der Moral, des Vorbildcharakters von Politiker*innen und der Etikette. Das führt dazu, dass die Gegner*innen in eine Rolle der Verteidiger*innen der gesellschaftlichen Werte und des Anstands und damit in eine staatstragende, konservative Rolle verfallen. Dabei geht es um die Frage, was ein Politiker darf und was er nicht darf und auf welche Umgangsformen man sich verlassen darf.

Zweitens wird Polarisierung zur Hauptstrategie. Diese erfolgt entlang von »Kulturkampflinien«. Das bedeutet, dass vor allem Feminismus und Antirassismus unter Dauerbeschuss stehen. Man kann aber fast alles zum Gegenstand des Kulturkampfes machen. Das haben die Unionsparteien und die AfD mit dem Thema Einbau von Wärmepumpen bewiesen. Während bei diesem in anderen Ländern weitgehend technische bzw. Förderungsfragen im Vordergrund standen, wurden Wärmepumpen in Deutschland zum Symbol für Unfreiheit, ähnlich wie Fleischessen und das Festhalten an Verbrennerautos. Rational sind diese Kulturkämpfe nicht zu fassen. Es handelt sich dabei um eine Aufrei-

bungsstrategie, die eine Dauerbeschäftigung für die politischen Gegner*innen und Medien bedeutet.

Drittens sammeln sich diese Parteien um eine Führungsperson. Diese wird fast religiös verehrt und bekommt innerparteilich formal und informell absolute Macht zugestanden. Zentrale Abstimmungen und Entscheidungen erfolgen immer weniger im Rahmen bestehender demokratischer Strukturen, vielmehr findet eine Machtverlagerung hin zu einem demokratisch nicht legitimierten Netzwerk von Berater*innen und Vertrauten statt. Das passiert aber nicht nur aus nihilistischem Machtkalkül, sondern es wird damit eine politische Agenda verfolgt. Bei Kurz und Trump war diese Strategie evident. In Deutschland ist dieser Punkt der am wenigsten ausgeprägt, weil Friedrich Merz als neuer Vorsitzender und Kanzlerkandidat der Union kaum als Identifikationsfigur für so eine Strategie taugt. Sowohl Trump als auch Kurz haben einen spezifischen persönlichen Charme, der bei vielen Wähler*innen auf große Resonanz stieß. Bei den Unionsparteien bzw. bei Friedrich Merz fehlt dieser Faktor.

Viertens setzt der radikalisierte Konservatismus auf die Aushöhlung aller demokratischen Strukturen. Das ist der Kern seiner politischen Agenda. Das zeigt sich in einem schnellen Umbau des Sozialstaats, aber auch in Attacken auf die unabhängige Justiz und auf kritische Medien. Ungarn ist das große Vorbild aller radikalisierten konservativen Parteien. Dort existieren zwar der Staat und die Demokratie formal noch, praktisch liegt das Machtmonopol aber bei Orbán. Es ist ein potemkinscher Staat, der nur noch Fassade für ein autokratisches System ist.

Fünftens wird der Emotions- und Erregungspegel immer auf Anschlag gehalten. Radikalisiert konservative Parteien befinden sich im permanenten Wahlkampf. Es geht immer darum, die nächsten 24 Stunden medial zu gewinnen. So werden Aufreger und Schlagzeilen am Fließband produziert, ganz gleich, ob sie Substanz haben oder nicht. Der radikalisierte Konservatismus in Regierungsfunktion kümmert sich dementsprechend nicht mehr um komplizierte Angelegenheiten, die man nicht »verkaufen« kann. Österreich hat gezeigt, dass der ganze große Staatsapparat nur noch dazu genutzt wird, Schlagzeilen für den Boulevard zu produzieren. Selbst während eines Jahrtausendhochwassers war der Pressesprecher des Bundeskanzlers hauptsächlich damit beschäftigt, sich über Wiener Kindergärten zu echauffieren. Angeblich, so war in den Medien berichtet worden, hatte sich ein muslimischer Vater geweigert, einer Erzieherin in einem Kindergarten die Hand zu geben. Die Fähigkeit bzw. der Wille, zwischen existenziell relevanten und irrelevanten Ereignissen zu unterscheiden, geht komplett verloren.

So entsteht sechstens eine Parallelwelt. Die inszenierte und behauptete Realität hat immer weniger mit einer faktischen Realität gemeinsam. Wohin das führt, hat sich in Washington, D.C., und Brasília gezeigt: Bewaffnete Mobs wollen Regierungsgebäude stürmen und fühlen sich dabei im Recht, weil sie wirklich glauben, dass ein ominöser »tiefer Staat« die Demokratie zu ihren Ungunsten manipuliert.

DEMOKRATIE IN GEFAHR – AUCH IN DEUTSCHLAND?

Den Folgen lässt sich im Großen wie im Kleinen nachspüren. Sowohl in Österreich

als auch in den USA hinterließen die Angriffe auf Justiz und Rechtsstaat nachhaltige Narben. Deutschland war hingegen im Vergleich zu allen anderen lange Zeit ein weitgehend immunes Land, wenn es um antidemokratische parlamentarische Tendenzen geht. Das änderte sich mit der Gründung der AfD, einer sehr jungen und modernen rechtsextremen Partei. Sie kam erst Jahrzehnte nach den alteingesessenen rechtsextremen Parteien in Europa auf und konnte bis dato keine Regierungsverantwortung übernehmen. Damit ist Deutschland weit hinter den Entwicklungen anderer Staaten, insbesondere der Nachbarländer wie Belgien, Italien oder Österreich, zurück. Das bedeutet auch, dass die Gesellschaft hier noch ein zeitliches Fenster hat, um zu lernen und die eigene Demokratie gegen ihre Zerschlagung und Unterwanderung abzusichern.

Die Sonderentwicklung Deutschlands zeigt sich auch in seiner konservativen Partei. Der Merkel-Kurs stand in krassem Gegensatz etwa zu den Entwicklungen der Republikaner in den USA, der Fidesz in Ungarn oder der PiS in Polen. In der Oppositionsrolle schienen die Unionsparteien lange auf Identitätssuche. Markus Söder und die CSU suchten demonstrativ und früh die Nähe zu Sebastian Kurz und der ÖVP. Man übernahm deren Strategien und hoffte wohl, aus Söder eine Kurz'sche Lichtgestalt zu fabrizieren. Diese Strategie scheiterte mit dem Rücktritt von Kurz, den Hausdurchsuchungen in seinem Umfeld und seiner Partei sowie der darauffolgenden Anklage und Kurz' Anheuern bei Peter Thiel. Nach einer zögerlichen Phase, in der Merz auf Bundesebene mal staatstragend, mal kulturkämpfend agierte, schlug aber auch die CDU

den Weg anderer konservativer Parteien ein. Allerdings fehlt ihr das leuchtende Vorbild, da man sich (im Gegensatz zu Trump und Kurz) nicht offen zu Orbán bekennen will. Dagegen scheint es weniger Berührungspunkte gegenüber Giorgia Meloni und ihrer Partei, den Fratelli d'Italia, zu geben. Meloni könnte sich zu einer Galionsfigur des radikalisierten Konservatismus entwickeln. Im Gegensatz zu Orbán war ihre Partei allerdings nie konservativ, sondern immer (post-)faschistisch. Meloni, die sich bislang als Pro-Europäerin und Pro-Amerikanerin präsentiert hat, und Le Pen stehen im europäischen parlamentarischen Rechtsextremismus derzeit für entgegengesetzte Strategien und Bündnisoptionen. Die CDU scheint sich nun mehr an Meloni anzulehnen und Orbán der klassischen extremen Rechten zu überlassen.

Innenpolitisch setzt die CDU nun ganz offen auf Kulturkampf, auf einen Bruch mit Konventionen und auf Polarisierung. Das zeigt sich auch im Verhältnis zur AfD. Die deutsche Sonderstellung im europäischen Vergleich erlaubte bis jetzt eine Brandmauer gegen die parlamentarische extreme Rechte. Dieses Konzept existiert(e) in anderen Ländern in dieser Form nicht. In Deutschland droht sie nun auf Betreiben der Konservativen einzustürzen. Dem Drang von Teilen der deutschen Konservativen, doch mit der AfD enger zusammenzuarbeiten, liegen zwei Annahmen zugrunde: zum einen, dass eine Einbindung zu Deradikalisierung führt, zum anderen, dass man machttaktische Optionen braucht, um die anderen demokratischen Parteien in ihren Ansprüchen zu drücken (siehe hierzu Becker in diesem Heft). Dass die CDU ihre prinzipielle Ablehnung der extremen Rechten aufgibt,

wäre ein sicherer Indikator für ihre Radikalisierung. Alle radikalisiert-konservativen Parteien suchten ostentativ die Annäherung an die außerparlamentarische wie interparlamentarische extreme Rechte und sahen sich als dessen gebildete Pendants.

Ein zweiter Faktor, der die mögliche Tragweite einer Radikalisierung der Unionsparteien bestimmen wird, ist ihr Verhältnis zum außerparlamentarischen Rechtsextremismus. Dass es keine Schnittmenge mit dem gewaltbereiten und straßenorientierten Rechtsextremismus gibt, ist dabei völlig klar. Anders sieht es allerdings mit dessen publizistischem Vorfeld aus. Gerade in Deutschland hat sich in den letzten zehn Jahren ein Dickicht an Kulturkampfmedien entwickelt (vgl. hierzu den Beitrag von Birk in diesem Heft). Teils kommen sie aus dem klassischen Extremismus, teils handelt es sich um radikalisierte bürgerliche Medien. Im Ton sind diese Publikationen nicht voneinander unterscheidbar. Ihr Geschäft sind die ständigen Tabubrüche und das Produzieren von Aufregern. Die Leser*innen werden in einem Dauerausnahmestand gehalten. Es werden Mobs befeuert, die sich auf einzelne Personen des öffentlichen Lebens stürzen. Ein Beispiel dafür ist die Hetzjagd auf die österreichische Journalistin Alexandra Förderl-Schmid, die vom Kulturkampfmedium *Nius* initiiert wurde.² Diese Medien werden dafür aber weder zur Verantwortung gezogen noch gemieden, sondern mit langen Interviews und Content belohnt. So wird eine Stimmung in der Bevölkerung geschaffen, die auch die Radikalisierung einer konservativen Partei belohnt. Der Prozess ist in Deutschland also längst in Gang gesetzt.

SOLIDARITÄT STATT SPALTUNG

Was kann man gegen diese Übermacht an Parteiapparaten und Vorfeldstrukturen sowie eine sich verändernde Medienlandschaft tun? Wichtig ist es, das Spiel nicht mitzuspielen. Selbst in der (berechtigten) Aufregung reproduzieren sich die Narrative. Besser wäre es, eine grundsätzlich andere Sprache zu sprechen und die Linien zwischen »wir« und »denen« neu zu ziehen. Außerdem gilt es zu verstehen, dass weder der radikalisierte Konservatismus noch der klassische Rechtsextremismus Policies anbieten oder verhandeln, sondern vor allem Emotionen verkaufen. Emotionen werden immer stärker sein als rationale Lösungen für gesellschaftliche Teilprobleme. Das wiederum bedeutet, dass sich demokratische Parteien nicht zu schade dafür sein dürfen, auch mit Emotionen zu hantieren. Das ist eine Gratwanderung und darf selbstverständlich nicht negativ überwältigend passieren. Aber es ist wichtig, dass Menschen Vertrauen in eine gemeinsame Zukunft fassen. Das geht nur auf Basis von Solidarität und Gemeinschaft. Diese evozieren Hoffnung, dass die Zukunft besser wird als die Gegenwart. Hoffnung wiederum ist das Antidot zu Hass, Angst und Verrohung.

1 MAGA steht hier für den Slogan »Make America Great Again«, der nicht erst von Donald Trump, sondern bereits 1980 von Ronald Reagan im Wahlkampf genutzt wurde, Anm. d. Red.

2 Das Internetportal *Nius* wurde hauptsächlich vom ehemaligen Bild-Chefredakteur Julian Reichelt aufgebaut. Es hat schwere und nachweislich unhaltbare Plagiatsvorwürfe gegen die führende Mitarbeiterin der *Süddeutschen Zeitung* erhoben (vgl. <https://taz.de/Chefredaktion-der-Sueddeutschen-Zeitung/!6o26o65/>).

GESPRÄCH

MIT THOMAS BIEBRICHER

»Wir sehen in vielen EU-Ländern mittlerweile Kooperationen zwischen rechter Mitte und rechtem Rand; die Brandmauer ist also bereits weitgehend passé.«

»IN DIESE FALLE DARF DIE UNION NICHT TAPPEN«

DIE KRISE DES KONSERVATISMUS UND DIE STRATEGIE DER CDU/CSU GEGENÜBER DER AFD

Konservative Kräfte und Parteien sind weltweit im Umbruch. Worin besteht diese Krise?

In Europa, aber auch darüber hinaus, manifestiert sich die Krise des Konservatismus auf dreierlei Weise. Es gibt viele gemäßigt Konservative, vor allem christdemokratische Parteien, die sich schon seit einigen Jahren im elektoralen Sinkflug befinden und teils zu Nischenexistenzen zusammengeschrumpft sind. Etwa die frühere Volkspartei Les Républicains in Frankreich. Andere konservative Parteien radikalieren sich, wie die PiS in Polen oder die Tories in Großbritannien, was ich ebenfalls als Krisensymptom der rechten Mitte interpretiere. Und zuletzt lässt sich die Krise daran festmachen, dass immer mehr konservative Parteien nur mithilfe von radikal

rechten Kräften an die Macht kommen können – und auch dazu bereit sind. Sei es in Schweden, wo eine Mitte-rechts-Koalition von den Schwedendemokraten toleriert wird, oder seit Kurzem die Niederlande, wo sich Mitte-rechts-Parteien in eine Koalition mit Geert Wilders' PVV begeben haben.

Die Gründe für diese Krisenerscheinungen sind vielfältig, aber ein gewichtiger Faktor besteht zweifellos in den Krisen der letzten anderthalb Jahrzehnte, die auch auf eine neoliberale Agenda der sozioökonomischen Disruption zurückzuführen sind. Konservative haben diese Agenda mitgetragen und waren gleichzeitig in vielen Fällen nicht in der Lage, der Verunsicherung, den Verlustängsten und -erfahrungen etwas entgegenzusetzen. Vor dem Hintergrund der Schwäche der Linken haben daher vor allem radikal rechte Parteien davon profitiert. Doch bei aller durchaus angebrachten Rede von einer Krise ist auch festzuhalten: Die Europäische Volkspartei als Heimat christdemokratischer und konservativer Parteien im EU-Parlament gehörte zu den unbestrittenen Siegern der Wahlen im Juni. Hier läuten also noch keineswegs die Totenglocken.

Welche Strömungen im Konservatismus bilden sich international heraus und in welche Richtung entwickeln sie sich? Wo verlaufen zentrale Konfliktlinien?

Natürlich kann man den Konservatismus in den verschiedenen Kontexten nicht über einen Kamm scheren. Die Unterschiede zwischen einer südeuropäischen Christdemokratin und einem britischen Tory haben sich zwar über die Jahrzehnte abgeschliffen, ganz verschwunden sind sie aber nicht.

Etwas vereinfacht gesagt, scheint mir die christdemokratische Tradition etwas weniger anfällig für autoritäre Versuchungen zu sein, vielleicht auch deshalb, weil sie nach ihrer Gründungsphase in der Nachkriegszeit noch viele Jahre durchaus offen war für derartige Optionen, um sich dann Schritt für Schritt in Richtung eines ›Liberalkonservatismus‹ zu entwickeln. Prominente Gegenbeispiele zu dieser These gibt es allerdings durchaus, allen voran die christdemokratische ÖVP, aber auch der Partido Popular in Spanien. Letzterer hat sich zuletzt offen für eine Zusammenarbeit mit der radikal rechten Vox gezeigt, und bekanntlich koalierte die ÖVP mehrfach mit der FPÖ.

Die ÖVP dokumentiert zudem augenfällig, wie schwer sich Konservative in vielen Kontexten tun, klare inhaltliche und strategische Positionen zu beziehen. Konservativ-grüne Projekte gelten zwar im Moment vor allem in Deutschland nicht als en vogue, aber in Ländern mit einigermaßen stabiler grüner Präsenz bleiben sie grundsätzlich eine Option, wenn man sich von konservativer Seite nicht auf eine Zusammenarbeit mit Rechtsaußen einlassen will oder kann. Für Konservative ist diese Konstellation ein Drahtseilakt. Lässt man sich auf das Grünen-Bashing ein, wie es etwa die Union im Sound beinahe ununterscheidbar von der AfD betrieben hat, dann zerstört man möglicherweise die

THOMAS BIEBRICHER ist Professor für Politikwissenschaften an der Goethe-Universität Frankfurt a.M. Von ihm erschien 2023 das Buch »Mitte/rechts. Die internationale Krise des Konservatismus«.

Grundlage für derartige Bündnisse. Umgekehrt wird zu große Konzilianz vonseiten der Konservativen gegenüber einer grünen Agenda sofort von der AfD ausgeschlachtet.

Gibt es hierzulande eine Radikalisierung des Konservatismus? Wie verlaufen die innerparteilichen Auseinandersetzungen um die zukünftige Ausrichtung?

In der Tat gehört es zur Merz-Agenda, das Erbe der Merkel-CDU ein Stück weit hinter sich zu lassen, auch wenn es da oft um Rhetorik geht und in vielen Politikbereichen auch durchaus Kontinuitäten zu verzeichnen sind. Das gilt übrigens auch für das neue Grundsatzprogramm. Klare Verschärfungen gibt es natürlich im Bereich der Migrationspolitik, wo mit der Auslagerung von Asylverfahren in Drittstaaten und der Unterbringung dort, auch wenn Asyl gewährt wird, ganz neuer Boden betreten wird. Vor fünf Jahren wäre das noch tabu gewesen. Hier lässt man sich meiner Ansicht nach von der AfD, aber auch von der Springer-Presse und rechts-populistischen Portalen wie Nius treiben. Interessant dabei ist: Eine bürgerlich-konservative Partei wird in teils offenen Konflikt mit denen getrieben, die lange Zeit als ihre natürlichen Partner galten. Denn nicht nur die Kirchen sind merklich auf Distanz gegangen, auch vom Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hört man keinen Applaus für eine immer restriktivere Migrationspolitik, denn dort weiß man, wie unabdingbar ausländische Arbeitskräfte für eine alternde Gesellschaft sind, in der längst nicht nur die Fachkräfte fehlen. Auch in der CDU wird der Merz-Kurs keineswegs von allen geteilt. Es gibt in

der Fraktion, aber vor allem auf Ebene der Landesverbände eine ganze Reihe von Merz-Skeptiker*innen. Tonangebend sind sie innerhalb der Partei aber nicht.

Wie steht es um die »Brandmauer«, also die konsequente Abgrenzung gegen und Nicht-Zusammenarbeit mit der AfD? Wie groß ist die Gefahr, dass die Union sie alsbald einreißen wird?

Ein Blick auf das europäische Panorama zeigt, dass die Brandmauer-Diskussion hinsichtlich der Rolle von konservativen Parteien kaum noch irgendwo außerhalb Deutschlands geführt wird, dafür aber nun erstmals im Hinblick auf das EU-Parlament. Wir sehen in vielen Ländern mittlerweile Kooperationen zwischen rechter Mitte und rechtem Rand; die Brandmauer ist also bereits weitgehend passé. Auch in Frankreich, wo es eine Mittel-links-Brandmauer gab, haben sich Konservative unter der Führung des Parteichefs Éric Ciotti dem Rassemblement National (RN) angeschlossen. Dass hierzulande überhaupt noch so intensiv darüber gestritten wird, ist, im größeren Zusammenhang betrachtet, geradezu ein Unikum. Meiner Ansicht nach ist eine Zusammenarbeit von CDU und AfD auf Bundesebene auf Jahre hin unvorstellbar. Jedenfalls würde das die Partei spalten, so wie es nun den Republikanern in Frankreich ergangen ist, und ich sehe nicht, dass es in der Bundes-CDU Kräfte gibt, die daran ein Interesse haben. In der CSU mag das womöglich anders aussehen. Was allerdings bei den anstehenden Regierungsbildungen nach den Landtagswahlen passiert, lässt sich nur schwer vorhersagen. Sich von der AfD tolerieren zu lassen, würde ruinöse Prozesse

in Bewegung setzen, weil die Bundesspitze das bei aller Autonomie der Landesverbände nicht geschehen lassen könnte, ohne Merz' Kandidatur und die ganze Partei schwer zu beschädigen. Man denke an den Fallout der Kemmerich-Wahl 2020, die letztlich Kramp-Karrenbauer den Job als Vorsitzende kostete.

Bei allem, was man an guten Gründen für eine Brandmauer und gegen eine Zusammenarbeit mit rechtsautoritären Parteien vorbringen kann, ist auch festzuhalten, dass Allpartei-enallianzen gegen die AfD oder den RN in Frankreich einen Offenbarungseid für liberale Demokratien darstellen. Mit dem Nebeneffekt, genau das Narrativ zu bestätigen, das jene Rechtsaußenparteien seit Jahren vor sich hertragen: die ausgegrenzten Opfer eines Kartells von Systemparteien zu sein.

Die Union war immer Volkspartei und zugleich organisierende Partei des bürgerlichen Blocks. Die Strategie der Neuen Rechten zielt darauf ab, die Union zu spalten und letztlich zu zerbrechen. Unter welchen Bedingungen könnte das gelingen?

Der Schlüssel zur Spaltung der Union liegt in ›unmoralischen Angeboten‹ der Kooperation mit der AfD. Wie das funktioniert, lässt sich am französischen Beispiel der UDF, einer liberalen Parteienföderation, aufzeigen. Ende der 1990er-Jahre war es Bruno Mégret, die damalige Nummer Zwei des Front National (FN), der im Zuge von Kommunal- und Regionalwahlen immer wieder schwer auszuschlagende Angebote in Richtung der rechtsliberalen Mitte formulierte: Die Unterstützung des Front National für konservative bzw. liberale Kandidat*innen etwa bei der Wahl

des Regionalpräsidenten machte er von Bedingungen abhängig, die eigentlich gar keine Bedingungen waren, da sich die Positionen so oder ähnlich auch in den Programmen der Liberalen/Konservativen fanden. Tatsächlich konnten oder wollten einige Kandidat*innen der Mitte-rechts-Parteien (vor allem der UDF) diesen Angeboten nicht widerstehen und ließen sich vom FN mitwählen. Nicht zuletzt darüber und über die grundsätzliche Frage des Umgangs mit dem FN spaltete sich die UDF und wurde zur Nischenpartei.

Meiner Ansicht nach war es ein Fehler der Höcke-AfD, ganz offen auszusprechen, dass es letztendlich nicht um das Regieren mit der Union gehe, sondern um deren Zerstörung. Da sind bei den Konservativen Einige aufgewacht und man hat sich klargemacht, dass der Versuch der Spaltung der Union Teil der AfD-Agenda ist und es sich da nicht im Wesentlichen um heimatlos gewordene Konservative handelt. Man wird sich hier zumindest auf Bundesebene und auch in den meisten Landesverbänden nicht naiv in Kooperationen hineinziehen lassen, die das Potenzial haben, die Partei zu zerreißen. Die größte Spaltungsgefahr geht definitiv von einer Zusammenarbeit von CDU und AfD auf Landesebene aus. Und das weiß auch die AfD, die sich nach den Landtagswahlen lammfromm präsentieren und – natürlich aus rein staatspolitischer Verantwortung – verkünden wird, dass man für eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit gerne zur Verfügung steht. Das ist die Falle, in die die CDU nicht tappen darf, wenn sie Interesse an ihrem Fortbestehen als Volkspartei hat.

Das Gespräch führte Lia Becker.

DIE MUSIK SPIELT IM WESTEN ÜBER DIE ZUKUNFT VON BSW UND LINKSPARTEI IST NOCH NICHT ENTSCHIEDEN

MICHAEL JÄGER

Sahra Wagenknechts Politik bringt die Arbeiter*innen gegen progressive Mittelschichten in Stellung statt gegen das Kapital. So trägt das BSW zur Blockade der sozial-ökologischen Wende bei. Auf der linken Seite klafft eine Lücke.

»Die Sehnsucht, die sich mit dem BSW [Bündnis Sahra Wagenknecht] verbindet, dürfte vor allem der ›Frieden‹ sein«, schreibt die *FAZ* (26.9.2024) wohl mit Recht. Doch erinnern wir uns: Als die Grünen um 1980 herum entstanden, wäre es auch nicht falsch gewesen, dies von ihnen zu sagen. Kaum wären sie ohne den Protest gegen die auch damals anstehende Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Westdeutschland in den Bundestag gelangt. Dennoch waren sie vor allem eine ökologische Partei und sind es bis heute geblieben, während sich ihre Haltung zum Frieden fast ins Gegenteil verkehrt hat. Analog stellt sich die Frage, ob Frieden, wie auch Migration, vielleicht nur die Rolle der Wegbereitung für ein BSW spielt, dessen Hauptbedeutung in seiner Positionierung gegen das Primat ökologischer Rettungspolitik liegt. Sahra Wagenknecht,

die Parteiführerin, hat es erst jüngst wieder in einer Talkshow bekräftigt: Die Linkspartei gehe den Irrweg, »noch radikaler« ökologisch sein zu wollen als die Grünen. Schon lange vorher hatte sie geäußert, die Grünen seien die schädlichste Partei überhaupt.

Was das Parteiensystem angeht, ist schon längere Zeit deutlich, dass es sich umbaut. Vor der Gründung der Grünen war es in Westdeutschland klar vom Gegensatz Stärkung der Unternehmer*innen – wofür die Unionsparteien standen – versus Sozialpolitik im Interesse der Arbeiter*innen – wofür die SPD stand – geprägt. Die neue Partei der Grünen ordnete sich hier zunächst ein; nach dem Scheitern ihrer Koalition mit der SPD auf Bundesebene besann sie sich aber darauf, dass ihr Thema, die Ökologie, quer zum Gegensatz Union versus SPD stand und machte sich, indem sie



mal mit der einen, mal mit der anderen Seite koalierte, von beiden unabhängig.

Wir haben seitdem ein altes Parteiensystem, das von einem neuen überlagert wird: Es ist zwar bis heute so, dass abwechselnd die Union oder die SPD die Bundesregierung führt, aber beide und auch die Linkspartei sind seit Jahren zwischen den Polen ökologische versus unökologische Politik hin- und hergerissen. Gemessen an den Abspaltungen, die es gegeben hat, scheint das Neue schon heute mächtiger zu sein als das Alte: Die Union wurde durch die AfD-Gründung, Die Linke durch die BSW-Gründung dezimiert. Und so auch die SPD, auch ohne Abspaltung. Das BSW stellt sich als neue Variante rechts-sozialdemokratischer Politik (vgl. auch Braband/Candeias 2024) unter veränderten, autoritär-populistischen Bedingungen dar.

Gerade weil diese Bedingungen das sind, was sich der Wahrnehmung am meisten aufdrängt, könnte es willkürlich erscheinen, den unökologischen Zug des BSW für wichtiger zu halten als seine Friedens- oder Migrationspolitik. Dafür spricht aber schon allein der zeitliche Kontext der Entstehung der neuen Partei. Dabei geht es nicht um ihre Vorge-

MICHAEL JÄGER ist Politologe, Publizist und Redakteur beim *Freitag*.

schichte, sondern um den objektiven Kontext der direkten Gründungsphase, die Zeit also, in der potenzielle Wähler*innen auf sie aufmerksam wurden und sich ein Bild von ihr machten. Die Gründung des BSW fiel in die Zeit, in der die Bundesregierung der »Ampel« an ihre Grenzen kam und ihr Niedergang begann. Dieser war unübersehbar der ökologischen Dimension ihrer Politik geschuldet.

2022, in ihrem ersten Jahr, waren die Beschlüsse der »Ampel« auf allgemeine Zustimmung gestoßen: das Sondervermögen für die Bundeswehr, die Erhöhung des Mindestlohns, das Neun-Euro-Ticket. Dieses war bereits ein Vorstoß zur sozial-ökologischen Transformation. Auch der größere Druck, mehr Windräder zu bauen, wurde im Ganzen beifällig aufgenommen. Der Ausstieg aus der Atomkraft trug einem jahrzehntelangen Mehrheitswillen der Bevölkerung Rechnung, obwohl er zuletzt auch wieder umstritten war. Im Jahr 2023 sollte jedoch,

mit dem Vorhaben des Heizungsgesetzes, eine steilere Stufe des ökologischen Umbaus genommen werden. Hier setzte folgerichtig die Gegenbewegung ein.

Aufgrund staatlicher Förderung waren 2022 fünfmal mehr Wärmepumpen bestellt worden als 2021. Und noch am 4. März 2023 konnte man in der *FAZ* lesen, zwar sei noch immer Gas »die meistverkaufte Heizungsart in Deutschland. Aber wo ein politischer Wille ist, da kommt man um die

»Das BSW will Politik für Arbeiter*innen machen, ohne ihnen zu vermitteln, was einmal Klassenbewusstsein hieß; vielmehr bestärkt man politisch gezielt ihr Bewusstsein, wie es ist.«

Wärmepumpe kaum mehr herum.« Doch am 5. Juli stoppt das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der Unionsfraktion im Bundestag die Abstimmung des Heizungsgesetzes. Am 20. Juli beschließt das BSW seine Satzung. Am 8. September geht das Gesetz in abgeschwächter Form durch den Bundestag. Am 26. September wird das BSW ins Vereinsregister eingetragen. Am 23. Oktober stellt es sich der Bundespressekonferenz vor. Das Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. November bricht der ökologischen Politik der Bundesregierung generell das Genick. Nachdem sie am 13. Dezember die Streichung der Subvention von Agrardiesel beschließt, kommt es zu heftigen Protesten der Landwirt*innen; im Januar 2024 sind Berliner Straßen von Treckerkolonnen verstopft. Am 8. Januar gründet sich das Bündnis Sahra Wagenknecht als Partei, am 12. ruft die *FAZ* das »Ende der grünen Hegemonie« aus, am 27. hat das BSW seinen ersten Parteitag.

DIE SCHATTENSEITEN DER WAGENKNECHT-PARTEI

Nach dem Selbstverständnis seiner Gründerin ist das BSW eine deutsche Arbeiter*innenpartei, die mit mittelständischen Unternehmer*innen zusammenarbeiten will. Damit sind einige Probleme schon angedeutet. Die Perspektive ist ökonomistisch – die langjährige Befassung westdeutscher Marxist*innen mit dem Ökonomismus-Phänomen hat Sahra Wagenknecht nie zur Kenntnis genommen. Polemik gegen Phänomene des Lifestyles, wenn es nicht der eigene ist, ist davon die Kehrseite. Des Weiteren will man Politik für Arbeiter*innen machen, ohne ihnen zu vermitteln, was einmal Klassenbewusstsein hieß; vielmehr bestärkt man politisch gezielt ihr Bewusstsein, wie es ist. Dazu gehört dann nicht zuletzt, dass man die kapitalistische Gleichgültigkeit gegenüber der Art der Arbeit – ob ökologisch oder antiökologisch – nicht angreift, wenn sie nur Lohn bringt.

Das dahinterstehende generelle Problem hat Oliver Nachtwey in »Die Trigger-Partei« (*FAZ*, 1.9.2024) auf den Punkt gebracht: Das BSW orientiert die Arbeiter*innenklasse nicht auf einen Kampf gegen das Kapital, sondern gegen die vermeintlich privilegierten akademischen und urbanen Mittelschichten, deren progressive Teile etwa von den Grünen repräsentiert werden und die eigentlich, bei aller politischen Kritik, die diese Schicht genauso verdient wie die Arbeiter*innenklasse, als Verbündete umworben werden müssten.

Auch eine nationale Abwehrhaltung vieler deutscher Arbeiter*innen gegen Migrant*innen wird gezielt befördert.¹ Sicher ist das BSW keine migrationsfeindliche Partei wie die auf »Remigration« orientierende AfD; dagegen spricht schon der Umstand, dass sich

unter ihren bisher wenigen Mitgliedern so viele Personen mit Migrationshintergrund finden. Es ist aber auch bekannt, dass man sich im nicht mehr ganz kleinen Bevölkerungsanteil solcher Personen darum sorgt, durch noch mehr Zuzug könne die eigene mühsam erworbene Position in Deutschland gefährdet werden. Eine gewisse nationale Orientierung der Arbeiter*innen-Politik des BSW ist also unverkennbar. Sie wird aber wohl nicht über das hinausgehen, was an Oskar Lafontaine schon zu dessen SPD-Zeiten von linker Seite kritisiert wurde. Das ändert freilich nichts daran, dass eine *sozialistische* Partei eine solche Orientierung entschieden ablehnen wird – wie es Wagenknecht selbst früher getan hat.

ANHEIZER*INNEN DES AUTORITÄREN KLIMAS

Es gibt aber noch ein anderes und vielleicht größeres Problem: Weniger aus eigenem Antrieb als durch öffentliche, gesellschaftliche Zuschreibung läuft das BSW Gefahr, nicht nur selbst eine *autoritäre* Partei zu werden, sondern das politische Klima in Deutschland überhaupt ins Autoritäre zu verschieben. Dafür spricht weniger die Namensgebung der neuen Partei, die noch als geschickter politischer Schachzug durchgehen kann. Entscheidend ist vielmehr, dass sich im schnellen Aufstieg dieser Partei ein latentes autoritäres Potenzial zeigt, das auch ohne BSW in dieser Gesellschaft gelegen hat, sich von ihm nun aber magisch angezogen fühlt. Wie kann es sein, dass die Partei von *allen anderen Parteien* Anhänger*innen anzieht, ohne dass bisher ernsthaft bekannt wurde, wofür sie denn eigentlich steht? Sie ist stark geworden auf pure Hoffnung hin, die sich mit der Person Sahra Wagenknecht verbindet. Man kann es ihr selbst nicht vorwerfen, doch ruft

sie offenbar einen Willen zum Führer hervor, oder nun zur Führerin.

Im Nachhinein zeigt sich, dass die großen Medien der Bundesrepublik seit Langem schon, wohl seit 1990, am Hervortreten von Führerfiguren arbeiten. Der erste Schritt war, dass sie Joschka Fischer zum »heimlichen« Vorsitzenden der Grünen machten, als er es noch nicht war. Ebenso entfalteten sie Druck,

»Das BSW läuft Gefahr, nicht nur selbst eine autoritäre Partei zu werden, sondern das politische Klima in Deutschland überhaupt ins Autoritäre zu verschieben.«

Gerhard Schröder statt Lafontaine 1998 zum Kanzlerkandidaten der SPD zu küren. Und auch Wagenknecht verdankt ihre Karriere den Medien, zunächst den Talkshows, dann einer gigantischen Resonanz auf die ersten Schritte ihrer Parteigründung, von der andere politische Kräfte nur träumen können.

Wie wir schon feststellten, dass die Ökonomismus-Debatte an ihr vorbeigegangen ist, hat es auch nicht den Anschein, als habe sie die Untersuchungen zum »autoritären Charakter« beachtet, die im Institut für Sozialforschung in dessen New Yorker Exilzeit angestellt worden sind. Nicht Gramsci, nicht Horkheimer/Adorno – ohne Berührung mit dem westlichen Marxismus war es kein Wunder, dass sie, in einer westlichen Gesellschaft lebend, nicht Marxistin bleiben konnte. Darin liegt aber, dass über die länger-, ja schon mittelfristige Stärke ihrer Partei noch nicht entschieden ist. Denn ob man es bedauert oder nicht: Die Musik spielt im Westen, und wer sie nicht verstehen will, hat die schlechten Karten. Das BSW hat jetzt seinen Wähler-

folg, doch die Wähler*innen werden fragen und urteilen, was es ihnen zu bieten hat. Eine Strategie zur Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse ist nicht ersichtlich.

DER DEMOKRATISCHE SOZIALISMUS IST AKTUELL

Nachdem die SPD mit Gerhard Schröders Kanzlerschaft aufgehört hatte, eine klassisch sozialdemokratische Partei zu sein, sah sich die PDS als deren Erbin an und die aus ihr mit hervorgegangene Linkspartei setzte diesen Kurs fort. Auch deshalb wurde und wird ihre von Wagenknecht »radikal« genannte ökologische Politik in der Öffentlichkeit wahrgenommen, als bestünde sie nur darin, grüne Positionen zu übernehmen, quantitativ zu überbieten und um die Forderung hinreichender sozialpolitischer Abfederung zu ergänzen. Wie die SPD sich von den Unionsparteien wirtschaftspolitisch führen lässt, um nur das sozialpolitische »Ja, aber auch« noch dranzuhängen, so ließe sich die Linkspartei von den Grünen führen. Vom Richtungsstreit in der Partei drang nur die Abwehr sozial-ökologischer Politik durch den Wagenknecht-Flügel nach draußen, nicht aber dass auf der Gegenseite neben bloßer sozialpolitischer Korrektur grüner Politik auch sozial-ökologische Klassenpolitik und ein davon geleiteter Green New Deal vertreten wurde. Diese letztere Position hat seit 2020 Parteitagsmehrheiten. Im öffentlichen Bewusstsein jedoch ist Die Linke, anders als die Grünen, noch heute eine Partei des alten Parteiensystems, das sich um die sozialpolitische Frage dreht.

DEN ÖKOLOGISCHEN POL VON LINKS BESETZEN

Die Grünen sind aber unfähig, eine ökologische Wende anzuführen, die den Namen

verdient. Das hängt damit zusammen, dass sie die kapitallogische Wurzel der ökologischen Krise nicht begreifen wollen. Doch auch Die Linke begreift sie nicht zureichend. Sie prangert »die Konzerne« an und tut das mit Recht, scheint aber zu verdrängen, dass die Bevölkerung, als konsumierende, auf der Seite dieser Konzerne steht. Was ist denn die ökologische Krise? Dass das Kapital den unendlichen Mehrwert sucht² und dabei unter der Bedingung des dramatisch gewordenen Falls der Profitrate ungeheure Warenmengen verkaufen muss; Warenmengen, die in der Produktion wie oft auch Konsumtion mit dem ökologischen Gleichgewicht des Planeten Erde nicht mehr vereinbar sind. Der Kauf immer neuer Smartphones, einer Ware, die es neben dem Internet zu Hause gar nicht zu geben brauchte, die aber ungeheure ökologische Schäden verursacht, ist das beste Beispiel für diese Komplizenschaft der Konsument*innen. »Radikale« ökologische Politik wäre der Versuch und die Anstrengung, die Komplizenschaft zu brechen, damit die Konsument*innen die Freiheit gewinnen, sich gegen das Kapital wenden zu können. Würde die Linkspartei zu einer solchen Politik übergehen, wäre nach dem BSW auch sie im neuen Parteiensystem angekommen, sie würde gegen den un- oder antiökologischen Pol Wagenknechts und der AfD den ökologischen nicht nur mitbesetzen, sondern, statt der Grünen, die die ökologische Frage nur technisch angehen, auch anführen und eigentlich verkörpern.

Sie hätte sich dessen zu besinnen, dass sie *sozialistische* Partei sein will, wirklich »Partei des Demokratischen Sozialismus«. Und wirklich *demokratisch*, statt dass ein sozialistischer Staat imaginiert wird, der es

richten soll. Denn gegen jene Komplizenschaft kann ein Staat, sei er auch sozialistisch, allein nichts bewirken. Die Menschen, die heute dem Kapital folgen, sind zu gewinnen, und überhaupt muss jeder ökologische Schritt mit ihrer Zustimmung geschehen. Was jüngst in der *LuXemburg* 1/2024 zum Thema demokratische sozialistische Planung durchdacht wurde, war ein hoffnungsvolles Zeichen. Für das politische Tages- und Alltagsgeschäft wäre noch zweierlei zu bedenken. Zum einen sind Planungsmodelle natürlich nicht das, was hier und jetzt die Massen ergreifen könnte. Vielmehr sollte öffentlich darüber gesprochen werden, dass die ökologische Krise nicht nur eine Last ist, die kapitallogisch nicht bewältigt werden kann, sondern dass der Kapitalismus die ökologische Krise unmittelbar *ist*; das sind nicht zwei Phänomene, die zusammentreffen, sondern es ist ein Einziges. Die ökologische Krise ist die Sichtbarkeit des Falls der Profitrate.

Darin liegt das andere: Dieser Ansatz wäre, weil wirklich radikal, auch politisch erfolgversprechend. Denn was bedeutet der Umstand, dass junge Leute neuerdings nicht mehr den Grünen, sondern der AfD zuneigen? Doch dass sie, um das Wort nochmals aufzugreifen, »radikal« sein wollen. Eine radikale Haltung auf der linken Seite des neuen Parteiensystems gibt es noch nicht, weil die Grünen es nicht sind und Die Linke ins neue System noch nicht wirklich eintritt. Ist das einmal geschehen und zeigt sie sich radikal, besteht die Aussicht, dass die jungen Leute zurückgeholt werden können. Das BSW ist nicht radikal, und schon deshalb ist fraglich, ob es der AfD viele Wähler*innen wird abziehen können. Aber Die Linke könnte es sein. Ich stelle mir eine Linkspartei vor, die, von solcher Position aus, mit dem BSW

gewissermaßen nachsichtig umginge, es vor größeren Fehlern möglichst bewahrte und seinerseits früher oder später zurückholte.

Dass aber die Rolle des BSW vor allem die ist, den unökologischen Pol des ökologischen *cleavage* im neuen Parteiensystem mit zu besetzen,³ hat sich nun auch daraus ergeben, dass die wirklich wesentlichen Impulse der neuen Partei die sein müssen, die von der ökonomischen Basis hervorgerufen werden. Das ist eben die kapitalistische Produktionsweise im Stadium des tiefen Falls der Profitrate, die uns vor die Alternative stellt: Kapitalismus oder Rettung der Erde.

LITERATUR

- Braband, Carsten/Candeias, Mario, 2024: Nach der Trennung. Eine Anti-Establishment-Partei? Zur Verortung des »Bündnis Sahra Wagenknecht« im Parteiensystem, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, www.rosalux.de/publikation/id/51665/nach-der-trennung
- Koester, Elsa/Jäger, Michael, 2020: Die alte Ordnung zerbricht, in: *der Freitag*, 19.2.2020, www.freitag.de/autoren/der-freitag/die-alte-ordnung-zerbricht
- Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein (Hg.), 1967: *Party systems and voter alignments: Cross-national perspectives*, New York/London
- Mau, Steffen/Lux, Thomas/Westheuser Linus, 2023: *Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft*, Berlin
- Nachtwey, Oliver, 2024: Die Trigger-Partei, in: *FAZ*, 1.9.2024

1 Nachtwey stützt sich auf die Studie »Triggerpunkte« von Steffen Mau u. a. (2023). Ihr zufolge »sind es vor allem die Produktionsarbeiter, die sich als besonders konservativ zeigen. Sie sind skeptisch gegenüber Migranten und gegenüber Trans-Personen, sie finden Diskussionen über Sexismus und Rassismus übertrieben und stehen Klimaschutzmaßnahmen kritisch gegenüber. [...] Wagenknecht hat dies erkannt und aus dem konservativen Lager ihr politisches Siegel geprägt: den Linkskonservatismus.«

2 »Das Kapital als solches«, schreibt Marx in den »Grundrissen«, »setzt nur einen bestimmten Mehrwert, weil es den unendlichen nicht at once setzen kann; aber es ist die beständige Bewegung, mehr davon zu schaffen« (MEW 42, 253).

3 Die Cleavage-Theorie (von engl. *cleavage*: Kluft, Spaltung) geht davon aus, dass sich zwei Parteiensysteme überlagern; vgl. Lipset/Rokkan 1967.

SORGEN EINES MIT DEM HUND WACKELNDEN SCHWANZES DAS RECHTE VORFELD UND SEINE PARTEI

ADAM BIRK

Zwar ist es Organisationen wie Compact und IfS gelungen, der AfD neue Zielgruppen zu erschließen und ihr somit zum Aufstieg zu verhelfen. Doch bleibt der Einfluss dieses Vorfeldes begrenzt. Antifaschistische Politik kann an den Bruchlinien der rechten Konstellation ansetzen.

Am 16. Juli 2024 verbot das Bundesinnenministerium Compact – Verlag, Nachrichtenmedium, Onlinehandel und Querfrontangebot – mit einem Rückgriff auf das Vereinsrecht. Das Verbot währte etwa einen Monat lang, bis es gerichtlich vorerst außer Kraft gesetzt wurde. Es sollte ein Schlag gegen den »Rechtsextremismus« sein. Doch wen traf man hier und welche Bedeutung hat Compact tatsächlich für die radikale Rechte in der Bundesrepublik?

METAPOLITIK DER NEUEN RECHTEN

Nach dem Zweiten Weltkrieg verschwanden die Erfolgsaussichten von faschistischen Massenparteien, mittels Staatsübernahme eine Diktatur zu errichten. Die radikale Rechte war aber nicht verschwunden, sondern musste neue Wege suchen, um den Kampf gegen die Aufklärung und ihre politischen Implikationen zu führen.

In den 1960er- und 1970er-Jahren erfolgten erste bedeutende konzeptionelle Neuorientierungen. Bezugspunkte waren die sogenannte Konservative Revolution der Weimarer Republik sowie die Gefängnishefte Antonio Gramscis, zudem kam es zumindest nach außen hin zu einer Abkehr vom bis dato vertretenen Rassismus. Maßgebliche Vordenker waren Alain de Benoist und Henning Eichberg. Benoist entwarf mit der »Metapolitik« einen neuen Zugang zum Politischen, der das Ringen um Hegemonie vor die Übernahme der Staatsmacht stellt, während Eichberg das Konzept des Ethnopluralismus einführte. An die Stelle von Rasse traten Kultur bzw. vermeintlich unveränderliche kulturelle Identitäten als elementare menschliche Eigenschaften. In diesem Sinn wurde (zumeist nur in der Theorie) mit der Idee der unterschiedlichen Wertigkeit von Menschen – gemessen an ihrem



Phänotyp – gebrochen und die Notwendigkeit ethnischer Segregation mit dem Schutz unterschiedlicher Kulturen begründet.

»Metapolitik« bestimmte die folgenden Jahrzehnte der Neuen Rechten. Diese bestand vor allem aus intellektuellen Zirkeln, deren Mitglieder sich zwischen Konservatismus und Neofaschismus verorteten. Lediglich Ernst Jünger bot ihnen Reichweite. Mit der Gründung eigener Verlage und Medien änderte sich dies allmählich – so etwa mit der Wochenzeitung *Junge Freiheit*, die eine Brücke hinein in konservative Kreise bilden sollte. So entstand über die Jahrzehnte ein Netzwerk, das aber über keinen Mechanismus für den direkten Zugriff auf die Staatsmacht verfügte. Vielmehr diskutierte man neue Möglichkeiten, Politik zu betreiben, wobei die im Jahr 2000 erfolgte Gründung des Instituts für Staatspolitik (IfS) durch Götz Kubitschek und andere als Thinktank der Neuen Rechten dieser deutlichen Auftrieb verlieh.¹

ARBEITSTEILUNG ZWISCHEN AfD UND IHREM VORFELD

Die Verhältnisse änderten sich nochmals mit der Gründung der AfD. Plötzlich gab es in der Bundesrepublik eine Partei, die sich

ADAM BIRK ist seit vielen Jahren antifaschistisch aktiv und unterstützt Kolleg*innen in Ostdeutschland im Kampf gegen rechte Strukturen in ihren Betrieben.

überregional erfolgreich rechts von der Union positionierte, ohne offen neofaschistisch zu sein. Allerdings stieß sie anfänglich auf Skepsis im Kubitschek-Lager, was die bis heute andauernden Differenzen zwischen IfS und *Junge Freiheit* begründet. Spätestens seit 2014 fungierte das IfS jedoch als strategischer Partner der extremen Rechten in der AfD, was die Radikalisierung der Partei forcierte. Trotz anfänglicher Abgrenzungsversuche der Parteiführung gegenüber neuen Querfrontangeboten von rechts wie PEGIDA und den »Montagsmahnwachen für den Frieden« fanden sich in diversen Landesverbänden die erwünschten Brückenbauer*innen. 2015 erfolgte mit der »Erfurter Erklärung« eine offene Kampfansage an die Liberal-Konservativen in der AfD, spätestens seit 2017 besteht eine rechtsradikale Dominanz in der Partei. Man hatte die AfD den Konservativen »entwunden«, wie Kubitschek es Jahre später zusammenfasste.

Nichtsdestotrotz befand man sich in einer gänzlich neuen Situation. Zum »metapolitischen Projekt« von Intellektuellen mit Verlagen, Zirkeln etc. gehörte nun ein parteipolitischer Arm. Gleichzeitig verbreiterte sich die Basis des Hegemonieprojekts mit immer mehr rechten Medien und Protestbewegungen. Das Sprachrohr in den Parlamenten wurde schlagkräftiger, die Zahl der Multiplikator*innen stieg. Deshalb musste ein Konzept her, um mit dieser neuen Pluralität umzugehen und dem eigenen Projekt den Anschein einer gewissen Kohärenz zu verleihen. Dabei bediente man sich bei den Linken und kam auf den Begriff »Mosaik-Rechte« (Kaiser 2017). Während bei der »Mosaik-Linken« nie geklärt werden konnte, welche Farben letztlich dazugehören und in welchem Verhältnis sie zueinander stehen sollten (Aulenbacher 2021, 27), löste die Neue Rechte dieses strategische Problem mit einer klaren Arbeitsteilung zwischen Partei und Vorfeld. Das Vorfeld, definiert als ein in jeder Hinsicht der Partei vorgelagerter Raum (Kaiser 2017), soll für mehr Reichweite, für inhaltliche Kohärenz, Anleitungen für die politische Praxis sowie für die Zufuhr von Personal für die Partei sorgen, während diese selbst das Machtmittel im Kampf um den Staat ist. Neben Theoriebildung haben Vorfeldorganisationen die Funktion, soziale Bewegung aufzubauen und zu steuern sowie mit Medien und Vereinen Schulung und Meinungsbildung zu betreiben. Die Ansprache neuer Protestmilieus kam dem 2010 gegründeten Magazin *Compact* zu. Bereits 2014 wurde dort die Notwendigkeit einer Querfrontbildung betont und versucht, mittels einer Mobilisierung antiamerikanischer Ressentiments die Friedensbewegung

an die erstarkende Neue Rechte zu binden. Ähnlich hofierte die Zeitschrift 2021/22 Querdenker*innen und beanspruchte, deren publizistisches Sprachrohr zu sein. *Compact* gelang es so, rechtsradikale Propaganda und Verschwörungsmymen in jede Bahnhofsbuchhandlung und jeden Zeitungskiosk zu bringen, Werbung für die AfD stets inklusive.

FURCHT VOR EINER MELONISIERUNG DER PARTEI

Mit der zunehmenden Stärke der Neuen Rechten insbesondere im parlamentarischen Raum wächst allerdings deren Befürchtung, bei einer Machtbeteiligung oder gar -übernahme ihr eigenes Programm nicht umsetzen zu können oder zumindest aufweichen zu müssen. Nahrung findet diese Furcht in der Politik der italienischen Regierungschefin Georgia Meloni. Diese sei als Löwin gesprungen und als Bettvorlegerin gelandet, urteilte *Compact-TV* (2022). Sie habe gezeigt, dass Veränderung nicht wählbar sei und es eine Mobilisierung des Volkes brauche, um rechte Regierungen auf Kurs zu halten. Statt die Seenotrettung im Mittelmeer zu unterbinden und geopolitisch Opposition zum Westen zu beziehen, sei »Italien [...] vollumfänglich und mit erhobenem Haupt Teil der europäischen und atlantischen Allianz« geworden, beklagt Martin Sellner in jenem Beitrag von *Compact-TV*. Der rechten Regierungskoalition in Italien wird ein »Drang nach Anerkennung« vorgeworfen, der sie zu einer »Quadratur des Kreises« treibe, man wolle konservativen Parteien beweisen, dass man nicht grundsätzlich aus dem System ausschere (Kaiser 2023). An die Stelle ehemaliger Bewunderung für Meloni ist also längst Enttäuschung getreten. Die AfD solle aus

diesen Erfahrungen Lehren ziehen, um solch einen Pfad von vornherein auszuschließen und keine vergleichbaren Zugeständnisse zu machen. Deshalb sei die Zeit, in der sich die AfD noch in der Opposition befindet, unbedingt zu nutzen, um sich möglichst gut auf die spätere Regierungsverantwortung vorzubereiten.

Jede Positionierung der AfD, die nicht mit denjenigen im Vorfeld übereinstimmt, wird jetzt schon als potenzieller Verrat gewertet. Immer wieder wird die Aufgabe der Zivilgesellschaft betont, sich gegen eine solche »Abtrünnigkeit« zu wappnen. Dabei werden die Demonstrationen gegen Unterkünfte für Geflüchtete lobend hervorgehoben. Diese entsprechen der Forderung Sellners nach »der Schließung der Häfen durch das Volk«. Eine rechte Regierung könne solche Proteste nicht ignorieren und müsse, wenn diese hartnäckig genug seien, gegebenenfalls ihren Kurs korrigieren.

SCHWACHSTELLEN VON ORGANISATIONEN WIE COMPACT

Obwohl das Vorfeld in der Lage ist, die Reichweite der Partei sowie die organische Verankerung der neurechten Politik in der Bevölkerung zu erhöhen und daraus gegenüber der AfD eine Machtposition ableitet, zeigen sich auch dessen Beschränkungen. Ein Beispiel dafür ist die »Blaue-Welle-Tour«, mit der das *Compact*-Magazin im Vorfeld der Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg vor allem in ostdeutschen Städten unterwegs war. Diese Events seien »mehr als eine Parteiveranstaltung. Vielmehr handelt es sich um Volksfeste, die Lust auf die patriotische Wende machen« sollten (Elsässer

2024) – ein neuer metapolitischer Meilenstein. Mittels Schlager und Bier soll das »blaue Wunder« erlebbar werden, im Alltagsbewusstsein der Bevölkerung verankert werden. Sowohl an der Ankündigung, es wurde für Spenden aufgerufen, als auch an der Auswahl der Orte ließ sich erkennen, dass es um eine Wahlkampfunterstützung der AfD ging, allerdings ohne diese programmatisch abzubilden. Stattdessen wurde nur denjenigen eine Bühne geboten, die die Partei von innen und außen von rechts kritisieren.

Da auch die Bundestagsverwaltung eine verdeckte Parteienfinanzierung vermutete, sagten Abgeordnete der AfD ihre Teilnahme ab. Damit büßte man bekannte Redner*innen ein. Lediglich der aufgrund von Ermittlungen wegen des Verdachts auf Geldwäsche und Bestechlichkeit aus dem Wahlkampf verbannte Petr Bystron trat im April 2024 im thüringischen Sonneberg auf. Dort versicherte er, nicht als Mitglied der AfD oder Kandidat für das Europäische Parlament da zu sein, sondern nur als Buchautor. Auch sonst lief wohl nicht alles ganz nach Plan. Während zu Beginn der Tour der Eintritt zu diesen »Volksfesten« noch frei war, bot man für die Veranstaltung im Juli – mit Martin Sellner und dem zu dem Zeitpunkt innerparteilich geschmähten Maximilian Krahe – den Abonent*innen von *Compact* Eintrittskarten für 50 bzw. 25 Euro an. Die Besucherzahlen der »Blaue-Welle«-Veranstaltungen verblieben im dreistelligen Bereich und belegen, dass die tatsächliche Mobilisierungsfähigkeit in einem Missverhältnis zur publizistischen Reichweite steht.

Damit zeigt die »Blaue Welle« symptomatisch, dass das Vorfeld trotz seiner unbestreitbaren Bedeutung für die Partei die eigene

Stärke propagandistisch überhöht. Zwar ist man ein wichtiger Multiplikator neurechter Propaganda und erschließt neue Zielgruppen, doch von einem direkten Zugriff auf die Parteipolitik kann keine Rede sein. Dies gilt ebenso für die Interventionen aus dem Umfeld des ehemaligen IfS. Diese mussten zuletzt mit dem Wegdrängen von Maximilian Krahn durch den Bundesvorstand erleben, dass ihr Einfluss in der Partei nicht so stark ist, wie sie dies bei dessen Wahl noch vermutet hatten. Zumal selbst Björn Höcke als Brückenkopf der Neuen Rechten in der Partei in der Causa schwieg. Nachdem Krahn aus der Delegation der AfD für das Europäische Parlament ausgeschlossen worden war, starteten Compact und andere eine Petition zu dessen Unterstützung und betonten wie Krahn die Notwendigkeit einer »deutschen Position«. Die Aktion sollte der Partei den Kurs diktiert, da man sich ihr in Strategie und Taktik überlegen wähnt und als Medium der mit ihrer Führung unzufriedenen Parteimitglieder versteht. Außerdem betonte man, dass die Unterschriften vor allem aus Ostdeutschland gekommen seien – Krahn für den Erfolg der Partei dort also ausschlaggebend sei. Nach wenigen Tagen stagnierte die Kampagne. Zwar wurden die am Ende eingesammelten 17 000 Unterschriften als Erfolg gewertet; aber man hatte mehr als das Doppelte erwartet. Zudem fiel es der AfD-Führung aufgrund des bemerkenswerten Erfolgs der Partei bei der Europawahl (mehr als 6 Millionen Wähler*innen) leicht, die Petition zu ignorieren.

Insgesamt erfüllen die Warnungen vor einer Melonisierung der AfD und das Herausstellen der Bedeutung einer zivilgesellschaftlichen Kontrolle und Begleitung von rechten Regierungen zwei Funktionen: Erstens sind

sie als Appelle zu verstehen. Es wird auf die eigene Expertise und die Notwendigkeit der Umsetzung der eigenen Positionen verwiesen, ohne sich der eigenen Brückenköpfe in der Partei sicher zu sein. Diese können offenbar mehr verlieren als die Zustimmung im Vorfeld – zumal diese Konflikte den meisten Wähler*innen der Partei gänzlich unbekannt bleiben. Zweitens dient der Versuch, einer Melonisierung vorzubeugen, der Grenzziehung zwischen Meta- und Parteipolitik, da er den möglichen Bruch mit der Partei impliziert. Man weigert sich, mit der Partei zu gehen, vielmehr erwartet man von ihr, den eigenen Vorstellungen zu folgen, bzw. sträubt man sich, für deren Irrungen verantwortlich gemacht zu werden. Zugleich können die Warnungen vor einer Melonisierung der AfD auch als Eingeständnis der eigenen Schwäche verstanden werden. Compact & Co. sind nicht bedeutend genug, um sämtliche ihrer Positionen zu verallgemeinern und das Tempo der Radikalisierung der Partei zu bestimmen. Dies zeigten auch die jüngsten Landtagswahlen. Zwar holten dort besonders rechte Landesverbände der AfD Ergebnisse, die Demokrat*innen jeglicher Couleur Sorgen bereiten, und dennoch kam Kritik aus dem Vorfeld. Insbesondere in Sachsen sei die AfD nicht entschlossen genug aufgetreten und habe stattdessen auf eine Koalition mit der CDU geschickt, anstatt sie anzugreifen (Lagebesprechung 2024). Die behauptete »Rücksichtnahme« der sächsischen AfD auf die CDU steht aus dieser Sicht für die noch fehlende Bereitschaft in der Partei, den im Vorfeld herbeigesehnten Bruch mit dem System zu vollziehen. In diesem Sinne ist »Melonisierung« auch ein Ausdruck der Angst des rechten Vorfelds, zu scheitern: Meloni hat-

te bis zu ihrem »Verrat« eine große Strahlkraft innerhalb der Neuen Rechten in ganz Europa. Das, was in Italien geschehen ist, könnte sich andernorts wiederholen.

ANSATZPUNKTE FÜR

DIE ANTIFASCHISTISCHE ARBEIT

Gegenwärtig kann antifaschistische Arbeit in ihrer Vielfalt den Aktionsradius der AfD kaum einschränken. Im Gegenteil: In Teilen der ländlichen Räume Ostdeutschlands hat die Partei bereits ihre dominierende Position ausgebaut. Aufgrund ihrer Absicherung als Partei und der lokalen Kraftzentren empfiehlt es sich daher, auf ihr Vorfeld zu zielen. Dafür gibt es drei Gründe. Erstens genießen die zugehörigen Vereine und Unternehmen nicht den gleichen Schutz wie die Partei. Das vorläufige Verbot von Compact hat gezeigt, dass auch eine Kapitalgesellschaft keinen Schutz bietet. Die Abwicklung des IfS im Frühjahr 2024 zur Repressionsprävention zugunsten zweier neuer Firmen bietet also nicht den erhofften Schutz. Auch das Verhindern von Hausprojekten der Identitären Bewegung zeigt, dass man die Neue Rechte effektiv treffen kann. Wichtig ist die Analyse, wann und wo sich die rechten Strukturen vorwagen, um ihnen dies zu verwehren. So lässt sich die Stimmung bei »Volksfesten« ebenso gut stören wie bei klassischen Naziaufmärschen.

Zweitens nimmt man der Neuen Rechten teilweise ihre Reichweite, wenn man ihren Multiplikator*innen die Plattformen nimmt. Anstatt auf Social Media die Reichweite der Rechten übertrumpfen zu wollen, sollte man sie lieber von den Kanälen fernhalten. Letztlich ist auch ihre Informationsinfrastruktur anfällig, und zwar umso mehr, je kleiner der

entsprechende Kanal ist. Dies gilt auch für die analoge Welt. Denn drittens hat das Verbot von Compact gezeigt, dass die rechten Netzwerke noch nicht stark genug sind, um ihre Strukturen zu schützen. So könnte man bei einem Verbot der AfD sicherlich hier und dort zornige Proteste erwarten – die Demonstrationen gegen das vorläufige Verbot von Compact waren aber alles andere als eindrucksvoll. Ein Rauschen gab es lediglich in den Kreisen, die sich bereits vorher in einer Diktatur wähnten, in der »die Antifa« mal die Schlägertruppen des Innenministeriums sind oder sie gar selbst das Innenministerium kontrolliert. Stattdessen hat das AfD-Vorfeld vor allem erlebt, wie angreifbar man ist. Daran kann man anknüpfen.

LITERATUR

- Aulenbacher, Brigitte, 2021: Die »Mosaik-Linke« in der Transformation des Kapitalismus, in: dies./Deppe, Frank/Dörre, Klaus/Ehlscheid, Christoph/Pickshaus, Klaus (Hg.): Mosaiklinie Zukunftspfade. Gewerkschaft, Politik, Wissenschaft, Münster, 21–29
- Compact-TV, 2022: Warum Meloni ihre Wahlversprechen bricht, www.compact-online.de/warum-meloni-ihre-wahlversprechen-bricht/
- Elsässer, Jürgen, 2024: Die »Blaue Welle« kommt auch in Ihre Stadt, in: Compact, 10.1.2024, www.compact-online.de/die-blaue-welle-kommt-auch-in-ihre-stadt/
- Kaiser, Benedikt, 2017: Mosaik-Rechte und Jugendbewegung, in: Sezession, 21.4.2017, <https://sezession.de/57218/mosaik-rechte-und-jugendbewegung>
- Ders., 2023: Die Illusion der rechten Mitte, in: Sezession, 6.9.2023, <https://sezession.de/68012/die-rechte-mitte>
- Kubitschek, Götz, 2024: Krah und Kärnten – Räume und Sprache (2), in: Sezession, 10.5.2024, <https://sezession.de/69162/krah-und-kaernten-raeume-und-sprache-2>
- Lagebesprechung, 2024: Der Ostwahlkampf unter der Lupe – Benedikt Kaiser und Philip Stein im Gespräch, <https://podcast.einprozent.de/der-ostwahlkampf-unter-der-lupe-benedikt-kaiser-und-philip-stein-im-gespraech-797/>

1 Im Frühjahr 2024 löste sein Trägerverein das IfS formal auf, vermutlich um einem Verbot durch das Bundesinnenministerium zuvorzukommen. Gleichzeitig wurden zwei neue Unternehmen unter Führung der vorherigen Vorsitzenden des Vereins gegründet, um die Tätigkeiten des IfS unter anderen Namen weiterzuführen.

DIE AfD – EINE »ARBEITERPARTEI« OHNE BETRIEBLICHE BASIS?

RICHARD DETJE, DIETER SAUER,
URSULA STÖGER & HILDE WAGNER



Bislang ist die AfD noch nicht als organisierende Kraft in den Betrieben aufgefallen. Allerdings agieren dort immer mehr rechtsextreme Aktivist*innen klandestin.

Das vorzeitige Aus für die Ampel-Koalition kam überraschungsfrei. Ihren politischen Kredit hatte sie seit Langem verspielt. Auch weil die Mehrheitsparteien aus dem Aufstieg der radikalen Rechten kaum gelernt haben. Die rechte Zeitenwende hat längst begonnen, wie die Wahlergebnisse der AfD in Thüringen, Sachsen und Brandenburg im September zeigten. Dies lässt tief blicken.

Erstens: Erinnerungen an den faschistischen Zivilisationsbruch scheinen bei mittlerweile größeren Teilen der Bevölkerung so weit verblasst zu sein, dass sie einer antihumanen Entgrenzung im Denken und Handeln nicht mehr entgegenstehen. Nahezu allen, die der AfD ihre Stimme gaben, war es laut Infratest dimap (1.9.2024) »egal«, dass diese Partei »in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht«.

Zweitens: Die Topthemen der radikalen Rechten – Zuwanderung und Kriminalität – sind Motor dessen, was Zygmunt Baumann als »Versicherheitlichung der Politik« (Baumann 2016, 33) bezeichnet: Soziale Probleme des Lebensalltags werden nicht gelöst, sondern in solche der »inneren Ordnung« umgedeutet, die mit mehr polizeilicher, geheimdienstlicher und militärischer Präsenz (wieder)hergestellt werden soll.

Drittens: Aufs Engste damit verknüpft ist das, was Baumann »Adiaphorisierung« nennt: Migrant*innen werden zu Menschen zweiter oder dritter Ordnung erklärt, für die Schutz, Würde und Toleranz keine universelle Gültigkeit mehr haben. Menschen- und Grundrechte – wie das auf Asyl – werden durch Verfahrensrechte einer administrativen Zurückweisung an den nationalen Außengrenzen ausgehebelt.



Viertens: Entscheidend für die Stimmabgabe zugunsten der AfD sind auch wohlfahrtsstaatliche Handlungsfelder. Was zuerst im skandinavischen Rechtspopulismus und -extremismus prominent in Erscheinung trat, hat ausgestrahlt: Neben dem Sicherheits- wird auch der Wohlfahrtsstaat im Sinne einer autoritären Ordnung neu ausgerichtet und in die Schlachtordnung »wir gegen die anderen« eingeordnet.

Fünftens: Das »Wir« des rechtsradikalen Kollektivs und damit dessen innerer Zusammenhalt erschließt sich nicht aus sich heraus, sondern über Ausgrenzung der wie auch immer definierten »Anderen«. Hier schließt sich der Bogen: Von Migration über wirtschaftliche Überforderung bis zu kultureller »Enteignung« wird eine Verursachungskette konstruiert. Der entscheidende Punkt: Die radikale Rechte kommuniziert Themen, die sich zu einer »Erzählung« im Sinne einer neuen Wirklichkeitsdeutung zusammenfügen lassen.

MEHRHEITSPARTEI UNTER ARBEITER*INNEN

In den Nachwahlbefragungen von Infratest dimap gaben bei den jüngsten Landtagswahlen zwischen 45 und 49 Prozent derjenigen,

RICHARD DETJE ist Sozialwissenschaftler und Mitglied des Vorstands der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

DIETER SAUER ist Sozialforscher am Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München.

URSULA STÖGER ist Soziologin und Gewerkschafterin.

HILDE WAGNER ist Arbeitssoziologin und ehemalige Ressortleiterin beim Vorstand der IG Metall. Gemeinsam forschen sie seit mehreren Jahren zu Rechtspopulismus in der Arbeitswelt.

die AfD gewählt haben, ihren beruflichen Status als »Arbeiter« an. Dass Arbeiter*innen im Vergleich zu allen anderen Teilen der Bevölkerung in Ost wie West in höherem Maße AfD wählen, ist seit Langem bekannt. Doch kaum jemand hatte erwartet, dass sie damit im politischen Ranking *die* führende Arbeiterpartei werden würde. Dies öffnet ihr ein wichtiges Tor zur Arbeitswelt. Das gilt auch, wenn man ihre deutlich geringere Verankerung unter Angestellten in Rechnung stellt (33 Prozent). Befragungen von AfD-Erstwähler*innen deuten darauf hin, dass die Wählbarkeit der radikalen Rechten unter Beschäftigten mit mittleren Bildungsabschlüssen ebenso wie unter Frauen leicht zugenommen hat (Hö-

vermann 2023). Steffen Mau (2024, 102) hat für spezifische lokale Kontexte in den ostdeutschen Bundesländern bereits eine Tendenz zur »schleichenden Volksparteiisierung der AfD« ausgemacht. Für Teile der Arbeitswelt lässt sich das ebenfalls nachweisen.

ARBEITSWELTLICHER NÄHRBODEN

Was sind die Gründe dafür, dass die AfD in der Arbeiterschaft so gut ankommt? Wir sind dieser Frage 2017 nachgegangen, nachdem eine starke Fluchtbewegung zu einer Polarisierung der gesellschaftlich-politischen Auseinandersetzungen geführt hatte. Einige unserer damaligen Befunde lauteten (Sauer u. a. 2018):

In den Arbeitsstätten hatte eine »Klima- veränderung« stattgefunden. Rechtspopulistische Gesinnung wurde in Teilen der Belegschaften enttabuisiert nach dem Motto »Man wird ja wohl noch mal sagen dürfen«. Vor allem in ausgewählten Social Media verbreitet sich eine ressentimentgeladene, teilweise hassdurchtränkte Kommunikation.

Die Arbeitswelt bezeichneten wir als einen »Nährboden« der sich radikalierenden Rechten. Gründe dafür waren nach der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008ff. sowie der Beschleunigung sozial-ökologischer Transformationsprozesse eine wieder erwachte Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, ein Regime der Unsicherheit aufgrund permanenter Reorganisation und Rationalisierung, fortschreitender Prekarisierung sowie weiter steigendem Leistungsdruck. Wir sahen hierin eine »Zuspitzung« arbeitsweltlicher Problemlagen.

Daraus ergaben sich subjektive Zuspitzungen: Abstiegs- und Zukunftsängste vor dem Hintergrund von Kontrollverlusten in der Gestaltung der eigenen Erwerbsbiografie.

Seither sehen wir den Befund der »Klima- veränderung« durch erste Ergebnisse einer neuen explorativen Studie nicht nur bestätigt; sie hat – soweit wir das anhand unserer qualitativen Befragungen beurteilen können – an Intensität und Breite gewonnen. Dabei geht es weiterhin um Enttabuisierung, aber in erheblichem Maße auch um die Übernahme von Deutungsmustern und Orientierungen, die man der radikalen Rechten zuschreiben kann oder die Affinitäten zu ihr aufweisen. Das gilt auch unter Gewerkschaftsmitgliedern, wie unsere Gruppendiskussionen zeigen: Die Diffusion rechter Orientierungen in den Mainstream von politischen Parteien und Medien – wie bei der Verschärfung von Asylregelungen oder in der Debatte über das Bürgergeld – hat die Grenze des »Vertretbaren« verschoben und rechte Meinungen salonfähig gemacht. Die »graue Zone« des Übergangs von einer demokratisch-toleranten Alltagsauffassung hin zu »gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit« ist in der Arbeitswelt zuletzt spürbarer und signifikanter geworden.

Die Problemlagen werden durch neuere Untersuchungen bestätigt. Im WSI-Erwerbspersonenpanel »lassen sich für Wählende der AfD [...] überdurchschnittlich häufig als mangelhaft empfundene Arbeitsbedingungen aufzeigen. Alle befragten Aspekte guter Arbeitsbedingungen werden von Wählenden der AfD signifikant seltener angegeben als von Wählenden anderer Parteien. [...] Sie bezeichnen ihren Arbeitsplatz fast doppelt so häufig [...] als unsicher (18 vs. zehn Prozent) und empfinden fast doppelt so häufig keinen Stolz auf ihre Arbeit (18 vs. elf Prozent). Sie schätzen im Falle von Arbeitslosigkeit ihre Chancen am Arbeitsmarkt als schlechter ein und berichten

seltener als Wählende anderer Parteien davon, dass ihre Arbeit abwechslungsreich ist, sie bei strategischen Fragen am Arbeitsplatz Mitsprachemöglichkeiten haben oder Unterstützung und Hilfe von Kollegen bekommen können.« (Hövermann 2023, 17) Neben drohendem Statusverlust sind es die fälschlicherweise als »soft« bezeichneten Themen, die an erster Stelle genannt werden: fehlende Anerkennung und Wertschätzung (»Mein Arbeitgeber sieht nicht, was ich für den Betrieb/die Dienststelle leiste«). Es sind subjektiv erfahrene Nichtbeachtung, Geringschätzung, Abwertung, die als arbeitsweltlicher Hintergrund rechte Orientierungen befördern und zu Wahlentscheidungen für die AfD führen können.

POLITISIERUNG NACH RECHTS

Rechte Meinungsbilder haben zugenommen und deren Themenspektrum hat sich erweitert. Als Triggerpunkte werden in Gruppengesprächen mit Beschäftigten aus Industrie- und Dienstleistungsbetrieben unter anderem das »Bürgergeld«, das »Gendersternchen« sowie das »Heizungsgesetz« stellvertretend für eine fehlgeleitete Politik der Ampelregierung genannt. Das Bild der »Warteschlange« (Hochschild 2017; Dörre 2020) hat sich als wichtiger Erklärungsansatz erwiesen: Wer sich unverschuldet zurückgesetzt wähnt, während andere Unterstützung erfahren und dies in eine »Wir gegen die anderen«-Konfliktlage einordnet, ist geneigt, rechtsextremen Narrativen zu folgen. Vermeintlich einflussreiche Minderheiten würden hofiert, Sorgen und Nöte der »Normalbürger*innen« hingegen missachtet. Dass vor allem die Grünen »ihr Fett abbekommen«, hat die zusätzliche Dimension, sich politisch und kulturell bevormundet, in

Freiheitsrechten eingeschränkt zu fühlen (sei es beim Dieselmotor oder der alten Heizung). Insofern ist die radikale Rechte in den Diskursen der Arbeitswelt heute präsenter, als dies noch ein Jahrzehnt zuvor der Fall war. Empörungsspiralen drehen schneller, die Enttabuisierung rechter Ressentiments schreitet voran.

Das bleibt nicht ohne Folgen. Gewerkschaftssekretär*innen werden in manchen Fällen aufgefordert, auf Betriebsversammlungen das Thema »der Rechten« eher auszusparen, sich auf Kernfelder der Tarif- und Betriebspolitik zu beschränken, das politische Mandat der Gewerkschaften ruhen zu lassen. Man rät ihnen, weitere Unruhe im Betrieb zu vermeiden, Provokationen von rechts aus dem Weg zu gehen. Gleichzeitig wächst die Angst vor Mitgliederverlusten, bei Betriebsräten die Angst vor dem Verlust von Wähler*innenstimmen. Das hat nicht selten zum ängstlichen Umgang mit rechten Themen im Betrieb geführt. Auch wenn sich Gewerkschaften als Ganze klar gegen die AfD positionieren, ist auf der betrieblichen Ebene mancherorts ein Wegducken zu beobachten.

GRENZEN RECHTER ORGANISIERUNG

Gleichwohl stellt der Betrieb keine leicht zu bespielende Bühne für die radikale Rechte dar. Es gibt einen markanten Befund: Sie ist in Meinungsbildern präsent, aber nicht als organisierende Kraft. Der Aufstieg der AfD im politischen Feld scheint im betrieblichen Organisationsgefüge nicht recht Tritt gefasst zu haben. Es gibt Versuche, mithilfe von eigenen Betriebsratslisten mit gewerkschaftlichen Interessenvertretungen zu konkurrieren, doch sind sie weit davon entfernt »durchzumarschieren«. An mehreren Orten blieben sie

stecken oder mussten einen »Rückmarsch« antreten. Dort, wo es AfD-nahe Betriebsräte gibt, spielen sie für die Betriebspolitik keine maßgebliche Rolle. Teilweise haben sie – wie bei VW in Zwickau – bei den Betriebsratswahlen 2022 wieder an Einfluss verloren. Unser Befund für 2024: In der Betriebsöffentlichkeit treten rechte Akteur*innen oder Listen wenig offensiv in Erscheinung. Sie verharren meist »unter der Decke«, sind, wo sie als »Kümmerer« auftreten, eher im direkten Kontakt am *shop floor*, in Pausengesprächen und über soziale Medien wirksam; auf Betriebsversammlungen oder in den Gremien der betrieblichen Interessenvertretung nimmt man sie hingegen kaum wahr.

Damit haben sich Befürchtungen in Gewerkschaften, dass ihnen mit dem Erstarken der AfD auch in den Betrieben eine rechte Konkurrenz erwächst, zunächst einmal nicht bestätigt. Doch das soll – etwa vor dem Hintergrund der Krisen in der Automobilindustrie – keine Entwarnung sein, zumal eine weitere Gefahr virulenter geworden ist: die der Infiltration von Interessenvertretungen durch rechte Aktivist*innen, die zunächst einmal verdeckt statt offen agieren. Eine organisierte Rechte kann man offen bekämpfen, mit rechten Aktivist*innen, die zunächst unerkannt im Betrieb oder auch in gewerkschaftlichen Organen wirken, ist viel schwerer umzugehen.

GEGENSTRATEGIEN

Der AfD als »Arbeiterpartei« fehlt die organisatorische Basis in den Betrieben, aber ihr Einfluss auf die Meinungsbildung der Beschäftigten ist gestiegen. Manche der von uns befragten Gewerkschaftssekretär*innen sehen in den gescheiterten Organisationsversuchen der AfD

vor allem Strategielosigkeit. Die »Rechte in der Republik habe keine Antworten auf betriebs- oder tarifpolitische Fragen« (Detje/Sauer 2023). Dennoch sind die Menschen in den Betrieben im Bewusstsein und in den Wahlentscheidungen weiter nach rechts gerückt.

Der AfD könnte das »fürs Erste« reichen. Zum einen, wenn ihre »Eroberungszüge« in Politik und Gesellschaft vorankommen und in die betrieblichen Kommunikationsräume – vom Pausen- oder Kantinengespräch bis in die sozialen Medien – weiter ausstrahlen. Zum anderen, wenn sie gleichsam indirekte Organisationsmacht demonstrieren kann, indem gewerkschaftlicher oder betriebsrätlicher Widerstand gegen rechte Infiltration nachlässt, um »Unruhe« in der Belegschaft gar nicht erst entstehen zu lassen. Was dann als politische »Ruhe« erscheint, wäre möglicherweise nichts anderes als schleicher Terraingewinn des rechtsextremen Lagers.

Bei den Gewerkschaften hat sich in den letzten Jahren einiges getan im Kampf gegen die radikale Rechte: von Kampagnen und speziellen Bildungsangeboten bis hin zu aktiver Mobilisierung gegen rechts. Vieles davon erfolgt unter dem Label »Demokratie stärken«. Konfliktorientierte Anläufe zur Demokratisierung der Betriebe stehen allerdings nicht auf den oberen Plätzen der gewerkschaftlichen Agenda. In unseren Befragungen sind wir jedoch auf regionale Gewerkschaftsgliederungen gestoßen, die mit dieser Strategie Erfolge erzielen. Nicht nur in der Durchsetzung tariflicher Forderungen, sondern auch in der Beteiligung an den Kämpfen, mit breit aufgestellten Tarifkommissionen und zahlreichen Warnstreiks. Diese Strategie ist offensiv, weil sie eine beteiligungs- und konfliktorientierte

Tarif- und Betriebspolitik mit einer offenen und konsequenten Haltung gegenüber dem Rechtsextremismus verbindet. Damit verändern sich Stimmungslagen in den Betrieben. Gefördert werden kann dies maßgeblich durch betriebliche Aktivenkreise und – wo es sie gibt – gewerkschaftliche Vertrauensleute in Verbindung mit einer betriebsnahen Bildungsarbeit, die einen Schwerpunkt darin sieht, diese Aktivengruppen widerstands- und sprechfähig zu machen.

Ihre Mobilisierung schafft Erfahrungen der Selbstwirksamkeit in kollektiven Zusammenhängen. Damit diese als Gegengifte gegen rechten Autoritarismus Wirkung zeigen, müssen sie noch mehr als in anderen politischen Feldern mit Machtressourcen unterlegt sein. Machtgewinn muss in den betrieblichen Kontexten als konkrete Praxis erfahrbar sein, als Ergebnis von Solidarisierungsprozessen (Detje/Sauer 2023). Eine Basis dafür liegt in den kollegialen Beziehungen von Beschäftigten mit unterschiedlicher nationaler Herkunft. Hier tritt der kollegiale Zusammenhalt neben ausländerfeindliche Orientierung. Und dabei erweist sich der »betriebliche Universalismus« – gleiche Rechte und Pflichten für alle, Deutsche oder Nichtdeutsche (Schmidt 2007) – als die dominante Orientierung. Darin unterscheidet sich der betriebliche Arbeitszusammenhang (gerade im »Arbeiterbereich«) von anderen gesellschaftlichen Feldern. Und das macht ihn zu einem Ort, an dem Aufklärung gegenüber den menschenfeindlichen Meinungsbildern der Rechten ansetzen müsste. Betriebsnahe gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist eine alte und heute hochaktuelle Aufgabe. Ihr Ziel ist es, dass die Rechten weder organisatorisch noch in den Köpfen der hier Arbeitenden eine

Basis finden. Dann wären die Betriebe wirklich eine Brandmauer gegen rechts.

»Demokratisierung« ist dann ein Gegengewicht gegen die extreme Rechte, wenn sie nicht in gewerkschaftlichen Sonntagsreden steckenbleibt. »Wirtschaftsdemokratie« war meist reine Utopie, Mitbestimmung à la Volkswagen das Höchstmaß des Erreichbaren. So begnügte sich Interessenvertretung mit einem Klein-Klein, das selbst in kurzen Zeitfenstern reformpolitischer Öffnung nicht bearbeitet wurde. Eine größere Aufgabe steht heute an: ein handlungsunterlegtes Narrativ von demokratischem, selbstermächtigendem Fortschritt zu schaffen.

Wir danken der Rosa-Luxemburg-Stiftung für die Förderung unserer Untersuchungen.

LITERATUR

- Baumann, Zygmunt, 2016: Die Angst vor den anderen. Ein Essay über Migration und Panikmache, Berlin
- Detje, Richard/Sauer, Dieter, 2023: Solidarität in den Krisen der Arbeitswelt. Aktualität kollektiver Widerstandserfahrungen, Hamburg
- Dörre, Klaus, 2020: In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte, Münster
- Hochschild, Arlie Russell, 2017: Fremd in ihrem Land. Eine Reise ins Herz der amerikanischen Rechten, Frankfurt a. M.
- Hövermann, Andreas, 2023: Das Umfragehoch der AfD. Aktuelle Erkenntnisse über die AfD-Wahlbereitschaft aus dem WSI-Erwerbspersonenpanel, WSI-Report 92, Düsseldorf
- Kniess, Johannes u. a., 2022: Konfliktwahrnehmungsmuster der abhängig Beschäftigten in Deutschland, in: Decker, Oliver u. a. (Hg.), Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?, Gießen, 271–304
- Mau, Steffen, 2024: Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt, Berlin
- Sauer, Dieter u. a., 2018: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg
- Schmidt, Werner, 2007: Arbeitsbeziehungen und Sozialintegration in Industriebetrieben mit Beschäftigten deutscher und ausländischer Herkunft, in: Zeitschrift für Arbeit, Organisation und Management 4/2007, 334–356

GESPRÄCH MIT CLARA MATTEI

»Was Austeritätspolitik bewirkt, ist weniger eine Stabilisierung der Wirtschaft, sondern vielmehr eine Zementierung der Klassenbeziehungen.«

AUSTERITÄT ALS WEGBEREITER DES FASCHISMUS

DANIEL STEINMETZ-JENKINS: Beginnen wir mit der Frage, was Sie unter Austerität verstehen.

Es ist fast ein Synonym für die heutige Wirtschaftspolitik. Statt darin ein objektives Steuerungsinstrument der Wirtschaft zu sehen, verstehe ich darunter ein Instrument des Klassenkampfes von oben: Austerität dient dem Erhalt einer bestimmten sozialpolitischen Ordnung. Strukturelle Einschränkungen bei den Sozialausgaben und Löhnen sorgen dafür, dass die Devise »Arbeite hart und spare so viel wie möglich« für die Bevölkerungsmehrheit mehr als nur eine Form der Disziplinierung ist – es ist der einzige Weg zu überleben. Zusammen entziehen fiskalische, monetäre und industriepolitische Austeritätsmaßnahmen den Lohnabhängigen dauerhaft Ressourcen. Das verschärft ihre prekären Lebensverhältnisse und führt zu einer Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, wovon an der Spitze gerade insbesondere die Finanzinvestoren*innen profitieren.

Fiskalische Austeritätspolitik bezieht sich auf die meist parlamentarisch beschlossenen Kürzungen von staatlichen Sozialausgaben (für Gesundheit, Bildung, Wohnen) und auf eine regressivere Steuerpolitik. Das heißt, dass die Verbrauchssteuern, die Arme stärker belasten, erhöht werden, während die Reichen weniger Steuern zahlen müssen. Monetäre Austerität zeigt sich vor allem in Form von Zinserhöhungen, worüber sich die Gläubiger freuen, während die Haushalte, die für ihr tägliches Überleben auf Kredite angewiesen sind, kaum mehr ihre Rechnungen bezahlen können. Mit den höheren Kosten für Kredite steigen auch die staatlichen Ausgaben für öffentliche Bauvorhaben und soziale Dienstleistungen, vor allem trifft es den Arbeitsmarkt. Weniger offene Stellen und eine höhere Arbeitslosigkeit verringern die Verhandlungsmacht der Arbeiter*innen. Mit industriepolitischen Austeritätsmaßnahmen schließlich sind all die Interventionen gemeint, mit denen der Staat direkt in die Arbeitsbeziehungen zugunsten der Unternehmerseite eingreift, sei es durch Privatisierungen, Deregulierungen oder eine Behinderung der Gewerkschaften. Das dominante Verständnis von Austerität bezieht sich auf die monetären Aspekte, aber fast überall haben Angriffe auf die Gewerkschaften individuelle und kollektive Arbeitnehmerrechte geschwächt, statt Sozialhilfe gibt es nun *Workfare*, womit der Niedriglohnsektor ausgeweitet und staatlich subventioniert wird.

Was genau zeichnet den von Ihnen vertretenen klassenpolitischen Ansatz aus?

Es geht nicht so sehr darum, wie viel der Staat ausgibt, sondern wofür er Geld

ausgibt, und insbesondere darum, wie dies die Kluft zwischen den Wenigen, die von diesem System profitieren, und den vielen Verlierer*innen vertieft. Der Politik- und Wirtschaftswissenschaftler Mark Blyth hat bekanntlich nachgewiesen, dass Austeritätsmaßnahmen nicht wirklich den offiziellen Zielsetzungen wie Staatsschuldenabbau oder Ankurbelung des Wirtschaftswachstums dienen. Also stellt sich die Frage: Warum kommen sie trotzdem zum Einsatz?

Eine Erklärung, die sich aus einem Blick zurück in die Geschichte ergibt, lautet: Das Kapital war schon immer auf Schutz angewiesen. Was Austeritätspolitik bewirkt, ist weniger eine Stabilisierung der Wirtschaft, sondern vielmehr eine Zementierung der Klassenbeziehungen. Historisch betrachtet ging es bei der Austeritätspolitik nie um die Eindämmung von Inflation oder staatliche Haushaltsdisziplin. Austerität bietet vielmehr die besten Bedingungen für die Erzielung hoher Profite, während die Mehrheit der Bevölkerung – die politisch Unterrepräsentierten – dazu verdammt ist, jegliche Vorhaben und Ambitionen in Richtung einer Demokratisierung der Wirtschaft aufzugeben.

CLARA MATTEI ist Professorin für Wirtschaftswissenschaften und Direktorin des Center for Heterodox Economics (CHE) an der Universität von Tulsa, Oklahoma, das im Februar 2025 eröffnet wird. Zuvor lehrte sie an der New School for Social Research in New York. Von ihr erschien 2022 das viel diskutierte Buch »The Capital Order: How Economists Invented Austerity and Paved the Way to Fascism«.

Niedriglöhne und ständige Sparmaßnahmen zwingen ihnen ein »hartes Leben« auf.

Eine Ihrer Hauptthesen lautet, dass die besondere Art der Austeritätspolitik, die die Regierungen in Italien und Großbritannien Anfang des 20. Jahrhunderts verfolgten, eine Reaktion auf das »kollektive antikapitalistische Aufbegehren« war, das nach dem Ersten Weltkrieg einsetzte. Was genau meinen Sie damit?

Die sogenannten roten Jahre 1919 und 1920 stellten einen ganz besonderen Moment in der Geschichte des Kapitalismus dar, da die beiden ihn tragenden Säulen – Privatbesitz an Produktionsmitteln und Lohnarbeitsverhältnisse – in dieser Zeit von großen Teilen der Bevölkerung dieser Länder nicht länger akzeptiert wurden. Der Unmut und die Proteste der Menschen waren unter anderem motiviert durch das, was sie während der Mobilmachung im Ersten Weltkrieg erlebt hatten: Die Regierungen in Italien und Großbritannien hatten ihre gesamten Volkswirtschaften, insbesondere die industrielle Produktion und die dort gezahlten Löhne, an die Erfordernisse ihrer Kriegsmaschinerien angepasst. Die »natürliche Ordnung« des Kapitalismus war aufgehoben worden, um diesen staatlichen Bedürfnissen nachzukommen. Nun wollten die Regierungen zu den alten Verhältnissen zurück.

Die Bewegung der Arbeiterräte in Italien erreichte im Sommer 1920 ihren Höhepunkt und stellte einen institutionellen Durchbruch dar. Mit ihrer radikalen horizontalen Organisation und einem strikten Rotationsverfahren für die Entsandten sahen sie eine Repräsentation der breiten Masse der

Arbeiterschaft vor. Diese Strukturen sollten den Kern eines neuen Staates bilden, der nicht länger von der Bevölkerung entfremdet war. Ausgangsgedanke war, dass eine politische Demokratie bedeutungslos ist, wenn sie nicht auf einer Demokratisierung der Wirtschaft beruht. Die Abkehr von hierarchischen Produktionsverhältnissen war Teil einer grundsätzlichen Abkehr von einer hierarchischen Weltanschauung. Die Antwort der Herrschenden auf diese Bewusstmachung der Arbeiterschaft und deren Mobilisierung ließ nicht lange auf sich warten: Im Zentrum ihrer Gegenoffensive stand eine strikte Austeritätspolitik.

Wie erklären Sie sich, dass liberale britische Ökonomen trotz der gewaltvollen und illiberalen Elemente seiner Politik Mussolinis Faschismus bewunderten?

Sowohl das internationale als auch das italienische liberale Establishment (darunter Persönlichkeiten wie Luigi Einaudi, der in den 1920er-Jahren Mussolinis Wirtschaftsprogramm ausdrücklich lobte) spielten eine wesentliche Rolle bei der Konsolidierung der faschistischen Diktatur. Sie unterstützten diese ideologisch und materiell, unter anderem mit öffentlichen und privaten Krediten. Dabei handelte es sich nicht um Einzelfälle, ein Großteil der liberalen Eliten in Italien und England stellte sich hinter Mussolini und dessen Austeritätspolitik. Dazu gehörten führende wirtschaftsliberale Medien wie *The Times* und *The Economist*. Auch Depeschen der britischen Botschaft in Rom und Dokumente der Bank of England belegen eine unverhohlene Erleichterung über Mussolinis Herrschaft in den 1920er-Jahren. Und

warum? Weil er äußerst effektiv darin war, Austeritätsmaßnahmen zulasten der italienischen Arbeiter*innenklasse durchzusetzen, die liberalen ausländischen Investoren zugutekamen.

Für eine besondere Doppelzüngigkeit steht Montagu Norman, damals Gouverneur der Bank of England und eine weitere populäre Ikone des Liberalismus. Norman monierte, Mussolinis Faschismus tendiere dazu, jegliche Opposition zu unterdrücken. »Alles Abweichende« sei »eliminiert« worden und »jede Form von Opposition verschwunden«. Im selben Atemzug mutmaßte er: »Vermutlich ist dies jedoch zumindest vorläufig für Italien eine angemessene Form der Regierung.« Norman kam zu dem Schluss, dass der Faschismus das geeignete gesellschaftliche Mittel für den richtigen wirtschaftlichen Zweck sei: »Der Faschismus hat in den letzten Jahren zweifelsohne für Ordnung inmitten des Chaos gesorgt. Dies war auf jeden Fall notwendig, damit das Pendel nicht zu weit in die entgegengesetzte Richtung ausschlägt. Der Duce war der genau richtige Mann zur richtigen Zeit.«

Diese und ähnliche Äußerungen lassen keinen Zweifel aufkommen: Alle Bedenken hinsichtlich des politischen Machtmissbrauchs der Faschisten traten hinter die Bewunderung für die »Erfolge« ihrer Austeritätspolitik zurück, seien es die Unterbindung von Streiks, die Stabilisierung des Staatshaushalts oder allgemeine Produktivitätssteigerungen. Die britischen Wirtschaftsliberalen sahen ganz klar den Zusammenhang zwischen Austerität und politischer Repression, der für den Faschismus typisch ist. Zugleich ist davon auszugehen, dass sie im Grunde genommen

nichts dagegen einzuwenden gehabt hätten, wäre man mit der britischen Arbeiterschaft ähnlich umgesprungen wie mit der in Italien. In der Tat drangen britische Technokraten auf eine undemokratische Umsetzung der von ihnen favorisierten Wirtschaftspolitik mithilfe der Autorität der unabhängigen nationalen Zentralbanken. Auch wenn sie es auf unterschiedliche Weise taten. Am Ende hatten die italienischen und britischen Austeritätsbefürworter ein ähnliches Ziel: die Schaffung und Absicherung eines Systems, das der gesellschaftlichen Mehrheit alltäglich Opfer zumutet, vor Unruhen und staatlichen Eingriffen.

[Erleben wir heute ein neues Zeitalter des Faschismus? Zu welcher Einschätzung gelangen Sie mit Ihrem klassenpolitischen Ansatz?](#)

Befasst man sich näher mit dem Faschismus eines Benito Mussolini, so erscheinen die Unterschiede zwischen den vermeintlich liberalen Demokratien und rechtsautoritären Regimen, die wir heute für so selbstverständlich halten und die auch etwas Beruhigendes haben, in einem anderen Licht. Tatsächlich sehen wir bei den meisten gegenwärtigen Regierungen eine Austeritätspolitik mit antidemokratischer Stoßrichtung, wenn auch durchaus mit unterschiedlichen Nuancierungen. Dabei darf die zentrale Rolle des Nationalismus bei deren Durchsetzung nicht vergessen werden. Nationalismus – ob nun der von Giorgia Meloni oder anderer extrem rechter Regierungen heute und in der Vergangenheit – dient der Verschleierung der staatlichen Gewalt gegenüber den eigenen Arbeiter*innen (etwa in Form von Kürzungen der Sozialleistungen oder ungerechter

Besteuerung), indem er alle Klassenunterschiede negiert und versucht, alle hinter der Nationalflagge zu vereinen. Nationalismus ist auch eine Strategie, mit der Regierungen von den eigentlichen Gegnern des Volkes ablenken: den wohlhabenden und mächtigen Eliten, die als einzige von unserem derzeitigen Wirtschaftssystem profitieren. Nationalismus schürt Ressentiments gegen »äußere Gegner«, darunter Arbeitsmigrant*innen, die für gewöhnlich noch mehr unter der Austerität in ihren Herkunftsländern zu leiden hatten. Derweil stehen Politiker*innen wie Bolsonaro, Trump, Meloni oder Orbán für eine Ausweitung dieses arbeiterfeindlichen Ansatzes.

Welche Lehren lassen sich aus der Geschichte ziehen?

Zum Beispiel die, dass Inflation kein Problem ist, das man mit rein wirtschaftlichen Maßnahmen bekämpfen kann, sondern dass es eng mit den Machtverhältnissen im Produktionsprozess verknüpft ist. Ein Blick auf die Strategien zum Schutz des Kapitals macht deutlich, dass unser sozioökonomisches System keineswegs als das einzige Zukunftsmodell akzeptiert werden muss. Es ist vielmehr das Ergebnis kollektiven Handelns, das dazu dient, Alternativen zum Kapitalismus zu verunmöglichen. Der Aufbau von kollektiver Gegenmacht kann hier Abhilfe schaffen. Die Analyse und Aufdeckung der hinter dem System stehenden Logik und dessen Zweck sind ein erster Schritt in diese Richtung.

Wenn Austeritätspolitik zur DNA von kapitalistischen Staaten gehört, dann bedeutet das auch: Wir müssen noch deutlich ent-

schlossener dagegen angehen und wahre Alternativen dazu sind nur außerhalb der kapitalistischen Logik denkbar. Gramscis Erkenntnis, dass dafür benötigtes Wissen aus kollektiven Mobilisierungen und Erfahrungen wie der erwähnten Rätebewegung erwächst, ist hier entscheidend. Unsere politische Vorstellungskraft wächst mit jeder Teilnahme an kollektiven Aktionen, die darauf abzielen, die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse zu demokratisieren.

REDAKTION LUXEMBURG: In der aktuellen Konstellation multipler Krisen erleben wir ein Ringen innerhalb der herrschenden Klasse in Bezug auf die Austeritätspolitik: Einige Rechte wie Meloni, aber auch überzeugte Neoliberale, die nicht unbedingt mit faschistischen Kräften sympathisieren, treten für strikte Austerität, neue neoliberale Offensiven und Aufrüstung ein. Der andere Teil der herrschenden Klasse steht für eine flexiblere Form der Austerität, die neben Aufrüstung keynesianische Ansätze wie staatliche Investitionen in grüne Technologien und den Wiederaufbau der Infrastruktur favorisiert. Wie soll die Linke mit dieser Spaltung umgehen, die teils ein Ringen um den Fortbestand der imperialistischen Weltordnung ist? Von Spaltung zu sprechen ist vielleicht doch etwas zu oberflächlich. Politisch relevanter ist doch, dass beide Lager den Austeritätskapitalismus blind unterstützen. Der heutige Keynesianismus hat nur noch wenig mit Umverteilung von oben nach unten zu tun, er bevorzugt vielmehr öffentliche Ausgaben zur Unterstützung privater Investoren*innen. Das trifft auch auf die gemäßigeren Austeritätsbefürworter*innen

zu. Niemand von denen stellt sich doch dem massiven Ausbau des militärisch-industriellen Komplexes oder der Subventionierung großer internationaler Finanzkonzerne entgegen. Die Linke sollte beide Lager als Klassenfeinde verstehen. Diese brutale Wahrheit zeigt sich derzeit nirgendwo deutlicher als beim Blutbad an den Palästinenser*innen, das vom Westen materiell und ideologisch unterstützt wird, indem er sich an Kriegsverbrechen und der völligen Aushebelung des Völkerrechts beteiligt. Angesichts des apokalyptischen Ausmaßes der fortschreitenden Zerstörung steigen die Opferzahlen in Gaza weiter an: überall zerstörte Krankenhäuser, zu Staub verkommene Felder, verseuchte Wasserquellen, überall Müll und Trümmer auf einem hochgradig vergifteten Stückchen Land, wo menschliches Leben unmöglich geworden ist. Etwa 41 000 Bewohner*innen des Gazastreifens sind nach Angaben der dortigen offiziellen Gesundheitsbehörde (Stand: September 2024) bereits getötet worden, 20 000 Waisen leben in den von den Ortschaften übrig gebliebenen Ruinen und eine halbe Million Menschen ist dem Hungertod preisgegeben, weil das israelische Militär humanitäre Hilfe blockiert. Folterungen an Gefangenen aus dem Gazastreifen in israelischer Haft sind in verschiedentlichen Videos verewigt, die IDF-Soldat*innen [Israel Defense Forces, Anm. d. Red.] aufgenommen haben. Unterdessen annektiert Israel im Westjordanland weiterhin palästinensisches Land. Die ethnischen Säuberungen dort und in Gaza gehen ungestraft weiter.

Die von den europäischen Eliten immer noch unterstützten USA stehen stellvertretend für einen globalen Trend des Austeritätskapita-

lismus. Während soziale Ausgrenzung und Armut in den USA exponentiell zunehmen, wie etwa die alarmierende Ausbreitung von Obdachlosigkeit zeigt, werden die maßgeblich von Arbeiterhaushalten gezahlten Steuern nicht etwa für die Stärkung des Sozialstaats verwendet. Im Gegenteil: Die Staatsverschuldung wächst, um Großaktionäre zu bereichern, öffentliche Gelder fließen massenhaft an private Unternehmen, insbesondere im militärisch-industriellen Komplex. Allein in den letzten zehn Monaten bewilligte der Kongress Militärhilfen an Israel in Höhe von 12,5 Milliarden US-Dollar. (Dabei sind mehr als 100 Zuschüsse aus dem Foreign Military Financing Program noch nicht mitgerechnet, weil sich diese der Kontrolle des Kongresses entziehen.) Was Militärhilfen genannt wird, bedeutet staatlich garantierte Aufträge und ein hervorragendes Geschäft für die mehr als 50 multinationalen Unternehmen, die am Massaker im Gazastreifen beteiligt sind: von General Motors über Ghost Robotics bis hin zu Google und anderen KI-Unternehmen, die todesbringende Algorithmen bereitstellen.

Das von der Redaktion der *LuXemburg* gekürzte Interview erschien zuerst am 18. Juli 2023 in der Zeitschrift © *The Nation* unter dem Titel »Common Sense Fiscal Policy or Austerity by Another Name?«.

Es wurde um eine weitere Frage seitens der Redaktion und eine Antwort der Autorin im September dieses Jahres ergänzt.

*Aus dem Englischen übersetzt
von Niki Lambrianidou und Camilla Elle
(Gegensatz Translation Collective)*

PERSPEKTIVWECHSEL JETZT! GESELLSCHAFT DER VIELEN STATT AUTORITÄRE ENTRECHTUNG

REBECCA GOTTHILF

Kampagnen gegen Migrant*innen und Geflüchtete spalten unsere Gesellschaft. Es braucht dringend eine solidarische linke Erzählung, die den Schutz und die Rechte aller Menschen ins Zentrum stellt.

Die Rechte ist im Aufwind. Dies wird nicht nur in den Ergebnissen der letzten Landtagswahlen sichtbar, sondern auch in der Verschärfung des Asylrechts und in rassistischen Kampagnen gegen Geflüchtete sowie Angriffen auf die Finanzierung des Sozialstaats. Diese autoritären »Kippunkte«, die zunehmende Entrechtung von Migrant*innen und die Erosion der sozialen Grundlagen der Demokratie, bilden einen Zusammenhang. Die Rede von einem »Kontrollverlust« in der Migrationspolitik begleitet nicht nur die Abkehr der CDU/CSU von der Ära Merkel, sie bereitet auch den Boden für eine autoritäre Entwicklung, die die Gesellschaft grundlegend verändern soll. Dabei sind es nicht nur die AfD und die unter Friedrich Merz weiter nach rechts rückende Union (vgl. Becker in diesem Heft), die Geflüchtete und People of Color als

politische Projektionsfläche nutzen und diese pauschal unter rassistischen Generalverdacht stellen, sondern auch relevante Teile der bürgerlichen Medien sowie Regierungsparteien. Deren populistische Verbiegungen nach rechts schaden nicht nur den direkt Betroffenen, sondern unserer Gesellschaft als Ganzer. Denn Forderungen nach Kürzungen des Bürgergelds sowie die Hetze gegen Migrant*innen, die als »Sozialschmarotzer« diffamiert werden, und die Diskussionen um die Bezahlkarte für Geflüchtete¹ sind Beispiele dafür, wie die Ablehnung von Migrant*innen zur Rechtfertigung von Sozialabbau genutzt wird. Diese Entwicklung macht deutlich: Es braucht dringend eine andere, eine solidarische Perspektive, die den Fokus auf den Schutz und die Rechte aller Menschen legt. Doch wie kann diese aussehen?



Für einen Perspektivwechsel ist es entscheidend, diese autoritären Politiken sowie die Entrechtung von Migrant*innen, Geflüchteten, migrantisch gelesenen Menschen sowie anderweitig Marginalisierten nicht als isolierte Probleme zu sehen, sondern als Teil einer größeren Entwicklung. Um diese Zusammenhänge sichtbar zu machen, um Widerstand zu organisieren und soziale Bewegungen miteinander verbinden zu können, brauchen wir eine solidarische Erzählung. Dabei können das Selbstverständnis als »Gesellschaft der Vielen«, das rassistische Vorstellungen von einer homogenen Gesellschaft überwindet, und migrantische bzw. diasporische Kämpfe mit hiesigen um faire Arbeit, Zugang zu bezahlbarem Wohnraum, Bildung und Gesundheitsversorgung zusammengedacht werden. Denn wer Migration nicht als Normalität und Bestandteil dieser Gesellschaft begreift, fördert die gesellschaftliche Spaltung, autoritäre Tendenzen und am Ende die Zerstörung der Demokratie. Die Einschränkung sozialer Rechte beginnt häufig bei denen, die ohnehin von der Gesellschaft marginalisiert und entrechtet werden. Wer Migrant*innen Rechte verweigert, sie illegalisiert, schafft also

REBECCA GOTTHILF ist Politikwissenschaftlerin mit den Schwerpunkten Migration, Antirassismus sowie (Queer-)Feminismus. Sie arbeitet als Bildungs Koordinatorin für die Rosa-Luxemburg-Stiftung.

den Boden dafür, dass auch anderen Gruppen Rechte vorenthalten sowie demokratische und wohlfahrtsstaatliche Standards ausgehöhlt werden. Der Umgang mit Migration ist daher nicht nur eine soziale Frage, sondern auch ein Gradmesser für den Zustand unserer Demokratie.

MIGRATION ALS TESTFELD FÜR AUTORITÄRE ENTRECHTUNG

Dabei beobachten wir derzeit unterschiedliche Prozesse der Entrechtung und autoritären Kontrolle: Seit dem 7. Oktober 2023 kommt es zu massiver Polizeigewalt, Repressionen und pauschalisierenden Einschränkungen des Demonstrationsrechts in Verweis auf die vermeintliche Staatsräson, wie etwa gegenüber palästinasolidarischen und anderen marginalisierten Gruppen zu beobachten ist (vgl. Ullrich in diesem Heft), während in Deutschland zeitgleich bereits seit Jahrzehn-

ten eine mangelnde Sicherheit für Jüd*innen vor antisemitischen Anschlägen offensichtlich ist (siehe Anschläge wie in Halle). Wir sollten diese Politiken der Stigmatisierung, der Verbote und Entrechtung, der Gewaltausübung und des fehlenden Schutzes vor Gewalt sowie das Gegeneinander-Ausspielen als eine Art Laboratorium betrachten: Autoritäre Praktiken werden ausprobiert, selektiv eingesetzt und zugleich normalisiert.

Einen weiteren Schub autoritärer Entrechtungs politik konnte als Antwort auf das Gewaltverbrechen in Solingen im August 2024 beobachtet werden. Die Bundesregierung verschärfte die Asylgesetzgebung, das Waffengesetz und Maßnahmen gegen den Islamismus, was einen Zusammenhang zwischen Asyl, Islamismus und Waffen suggeriert und die rechtsextreme Bedrohungslage, in der wir uns befinden, quasi außen vorlässt. So werden Kausalketten konstruiert, die auf rassistischen Narrativen beruhen. Während laut Verfassungsschutz die Anzahl von rechtsextremen Straftaten steigt und sogar im Innenministerium vor der extremen Rechten gewarnt wird, häufen sich die Schlagzeilen um die Verwicklung von Militär und Polizei in rechtsextremen Netzwerken und der Entwendung von Munition und Waffen. Dennoch wird so getan, als ob Haut- und Haarfarbe entscheidende Marker für Extremismus seien.² Doch anstatt für den allgemeinen gesellschaftlichen Zusammenhalt Jugend, Präventions- und Sozialarbeit zu leisten, wird der Zugang zu grundlegenden Rechten wie Arbeit, Bildung und Wohnen als Exklusivrecht verhandelt und für Geflüchtete erschwert. Damit wird ihr Ankommen in dieser Gesellschaft quasi verunmöglicht. Das geht einher

mit einer wachsenden Kriminalisierung und Stigmatisierung, die weit über die betroffenen Gruppen hinaus Wirkung zeigt. Es entsteht ein politisches Klima, das Entrechtung und autoritäre Kontrolle normalisiert. Hier ist ein Zusammenspiel von neoliberalem Zentrum und der extremen Rechten zu beobachten. Letztere hat den Diskurs derart vereinnahmt, dass es angetrieben von der Union bis zum BSW zu einem Überbietungswettbewerb kommt: mit immer extremeren und absurderen Forderungen wie nach der Durchführung von Asylverfahren an den Außengrenzen und in Drittstaaten, was de facto der Abschaffung des Asylrechts gleichkommt. Es wird ein Bedrohungsszenario kreiert und Panikmache betrieben. Dabei sollten die Ursachen für die »Überlastungen« von Kommunen und soziale Verwerfungen in der Unterfinanzierung der Städte und Gemeinden, in der Privatisierung sozialer Infrastrukturen und im allgemeinen Sozialabbau und Investitionsstau gesucht werden. Inflation, Wohnungsnot, die Krise des Gesundheitswesens sowie schlechte Arbeitsbedingungen haben wenig mit Migration, aber viel mit mangelnder und schlechter Sozial- und Wirtschaftspolitik zu tun. Um das zu kaschieren, arbeiten sich die meisten politischen Parteien lieber an einem gemeinsamen Feindbild, an der »unkontrollierten« Einwanderung, ab. Während die Bundesregierung und die EU immer mehr extrem teure Abkommen mit Ländern »gegen den Fachkräftemangel« abschließen (z. B. mit Georgien, Marokko und Indien), werden Menschen, die nach Deutschland migrieren oder flüchten, wie Arbeitsunfähige oder -unwillige behandelt. Statt gesellschaftlicher Teilhabe werden viele in Lagern isoliert, ihnen werden Sprachkurse

verwehrt, bürokratische Hürden gestellt und staatliche Hilfestellung allzu oft verweigert. Während über 100 Milliarden Euro für die Aufrüstung vorgesehen sind, werden Gelder für Sozial- und Bildungsprojekte gekürzt. Statt in Abschiebung, Abschottung und bilaterale Abkommen zu investieren, müsste vielmehr in Strukturen der verbesserten Aufnahme, in das Bildungs- und Arbeitswesen sowie den sozialen Zusammenhalt investiert werden. Von den im Juni 2024 in Kraft getretenen und überfälligen Einbürgerungserleichterungen profitieren leider nur die Wenigsten.

Dabei zeigt die Art und Weise, wie ukrainische Geflüchtete in Deutschland aufgenommen wurden, dass es möglich ist, menschenwürdige Bedingungen zu schaffen, wenn der politische Wille vorhanden ist. Die Option eines schnellen und unbürokratischen Zugangs zu Bildung und Arbeit sollte für alle Schutzsuchenden gelten. Doch sowohl auf europäischer wie auf nationaler Ebene hat man in den letzten Jahren Fluchtbewegungen aus Drittstaaten zunehmend kriminalisiert. Das jüngste Beispiel: die im Juni 2024 verabschiedete Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems – kurz GEAS. Vorgesehen sind »Asylschnellverfahren«, die Einführung von »Pre-Entry-Screenings« sowie eine Ausweitung der internationalen Kooperationen zur Abschottung der EU. Diese Neuerungen bedeuten mehr Abkommen mit autoritären Staaten, die weitere Aushöhlung des Asylrechts, die Ausweitung polizeilicher Befugnisse sowie von Lagern mit haftähnlichen Bedingungen, wie wir sie bereits von Moria auf Lesbos oder anderen »Hot Spot Centern« an den Außengrenzen der EU kennen. Die Verschärfung des Asylgesetzes sowie intensi-

vere Kontrollen an den Außengrenzen gehen mit verstärktem Racial Profiling und dem Einsatz von Künstlicher Intelligenz einher, die nachweislich sexistischen wie rassistischen Logiken unterliegen. Das zunehmend militarisierte Grenzregime ist zugleich ein Laboratorium für die Erprobung von Techniken der autoritären Kontrolle. Diese Formen der Entrechtung wirken sich nicht nur auf die Gesellschaften im Globalen Norden aus, sondern haben auch weitreichende Folgen für die Länder des Globalen Südens, etwa durch illegale Pushbacks oder bilaterale Verträge mit autoritären und menschenrechtsverachtenden Regierungen.

Die derzeitig überall in der EU zu beobachtende Entrechtung von Migrant*innen und Geflüchteten kann als ein zentrales Merkmal autoritärer Politik verstanden werden. Die systematische Einschränkung von Freiheits- sowie sozialen Rechten trifft häufig zuerst solche Bevölkerungsgruppen, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt und zeitgleich zum Gegner und Sündenbock erklärt werden. Maßnahmen zur Entrechtung von Migrant*innen und Geflüchteten sind gezielte politische Interventionen, die auf einen autoritären Gesamtumbau der Gesellschaft verweisen. Es werden immer wieder grundlegende Rechte auf dem Feld der Migration verhandelt und verweigert, wodurch die Unterwanderung demokratischer Werte und autoritärer werdender Politiken erprobt und normalisiert werden. In Deutschland sind sie die Vorboten einer erneuten Kampagne zur Aushöhlung des Sozialstaats. Merz' Union steht in den Startlöchern für eine Neuauflage der Agenda-2010-Politik. Diesmal geht es nicht nur um die Schleifung der Arbeitslosenversicherung,

sondern um eine Verlängerung der Arbeitszeiten, den Umbau des Renten- und Tarifsystems und einen Frontalangriff auf die Rechte von Mieter*innen. Die derzeitigen rassistischen Kampagnen schaffen ein Klima, in dem eine solche Politik wieder mehrheitsfähig werden könnte. SPD, FDP und Grüne sind demgegenüber durchaus aufgeschlossen – entgegenzusetzen haben sie dem insgesamt wenig.

Die Unterstützung, die besonders Entrechtete und deren Kämpfe für Teilhabe erhalten, zeigt an, inwieweit eine Gesellschaft bereit ist, für die von ihr proklamierten Werte wie Freiheit und Solidarität tatsächlich einzustehen. Die Art und Weise, wie wir mit Migrant*innen und Geflüchteten umgehen, ist ein Spiegelbild unseres Verständnisses von Gerechtigkeit. Das systematische Verletzen von grundlegenden Rechten ist nicht nur ein Verstoß gegen internationale Menschenrechtsnormen, sondern untergräbt auch die Grundfesten einer Demokratie. Es ist daher Zeit für einen Perspektivwechsel: Migration ist eine Kraft der Demokratisierung, Gradmesser für eine solidarische »Gesellschaft der Vielen« und eine verbindende Kraft unserer sozialen Kämpfe für eine gerechtere Gesellschaft.

MIGRATION VERBINDET KÄMPFE

Migration ist ein verbindendes Element in den Auseinandersetzungen um soziale Gerechtigkeit. Migrantische Bewegungen sind ein integraler Bestandteil von Kämpfen um bessere Bildung, bessere Wohn- und Arbeitsbedingungen, gegen Diskriminierungen, Polizeiübergrieffe, für mehr Demokratie etc. und machen deutlich: Der Kampf für die Rechte von Migrant*innen ist immer auch einer für die Rechte aller Menschen in

einer Gesellschaft. In Städten, wo etwa der Mangel an bezahlbarem Wohnraum besonders spürbar ist, zeigt sich dies daran, dass die Verdrängung von Wohnungslosen und Menschen mit niedrigem Einkommen in die schlechter ausgestatteten Randbezirke eng verbunden mit der Ausgrenzung von Geflüchteten ist, die dort oftmals in Massenunterkünften eingepfercht werden. Häufig werden »soziale Brennpunkte« aktiv geschaffen, etwa durch schlechte Verkehrsanbindungen, eine in Kauf genommene Verwahrlosung des öffentlichen Raums und Einsparungen bei sozialen Einrichtungen sowie anderen öffentlichen Diensten. Entstehen Probleme und Spannungen, wird die Schuld dann bei den Betroffenen dieser Politiken gesucht und verschiedene Gruppen gegeneinander ausgespielt. Der Kampf für das Recht auf Wohnen ist daher auch ein Kampf gegen soziale Ausgrenzung und gegen Rassismus und zeitgleich einer gegen die Spaltung unserer Gesellschaft.

MIGRATION ALS DEMOKRATISIERENDES ELEMENT

Migrant*innen und Geflüchtete haben immer wieder dazu beigetragen, bestehende undemokratische Strukturen und Ausgrenzungen zu hinterfragen und zu kritisieren. So haben Migrant*innen schon in den 1970er-Jahren zum Teil gegen den Willen der Gewerkschaften ihr Wahlrecht in den Betrieben durchgesetzt und Seite an Seite mit ihren deutschen Kolleg*innen für bessere Löhne gekämpft (vgl. etwa Cafaro u. a. 2023). Heute fordern sie das politische Wahlrecht in dem Land ein, in dem sie seit Jahrzehnten leben und arbeiten. Geflüchtete haben mit der Einforderung ihres Rechts auf Bewegungs-

freiheit, Menschenwürdige Unterbringung und Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen nicht nur für den Erhalt der Bewegungsfreiheit aller gekämpft, sondern machen mit ihren Kämpfen immer wieder auf Menschenrechtsverletzungen und demokratische Verpflichtungen aufmerksam. Dies zeigt, dass Migrant*innen und Geflüchtete nicht nur passive Profiteur*innen demokratischer Errungenschaften sind, sondern diese auch aktiv einfordern und ausweiten. Migrationsbewegungen sind ein demokratisierendes und verbindendes Element, das Gesellschaften in ihren Versprechen ernst nimmt. In der Bundesrepublik sind zahlreiche Beispiele von sozialen Bewegungen und Kämpfen zu finden, in denen Migrant*innen und Geflüchtete mehr soziale Gerechtigkeit in der Gesellschaft erkämpft haben, die sich auf alle gesellschaftlichen Schichten auswirken. Denn Forderungen nach politischer Repräsentation, gerechten Löhnen und Renten, gegen zu hohe Mieten, für Bildung und Arbeit sowie Bewegungsfreiheit für alle sind Forderungen, die auf Leerstellen in einer Demokratie aufmerksam machen.

MIGRATION VERTEIDIGEN

Die zunehmende Entrechtung von Migrant*innen und Geflüchteten ist ein Symptom einer allgemeinen autoritären Entwicklung in unseren Gesellschaften, die es aufzuhalten gilt. Ja, es braucht Migration, um dem Fachkräftemangel zu begegnen und die Herausforderungen einer alternden Gesellschaft zu bewältigen. Ja, es braucht Migrant*innen, damit die Wirtschaft weiter am Laufen gehalten werden kann, denn ohne sie würde sie zum Erliegen kommen. Doch

wir sollten sie nicht allein aus ökonomischen Erwägungen verteidigen. Es braucht eine linke Perspektive und positive Erzählung, die den dystopischen autoritären Entwicklungen etwas entgegensetzt. Migration muss als das verstanden werden, was sie ist: ein demokratisierender, verbindender und elementarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Maximilian Pichl schrieb in einem Artikel: »Im Parlament gibt es aktuell eine riesige Repräsentationslücke für Menschen, die eine menschenrechtsorientierte Flüchtlingspolitik haben wollen.« (Pichl 2024) Dem würde ich hinzufügen: Es gibt eine Repräsentationslücke für Menschen, die die »Gesellschaft der Vielen« als Ausgangspunkt nehmen und wissen, dass es um menschenrechtliche Grundsätze, aber auch um unsere Gesellschaft als Ganzes geht. Wir verteidigen auch unsere »Gesellschaft der Vielen«. Migration spielt dabei eine zentrale Rolle als verbindendes Element in den Kämpfen für eine gerechtere, solidarischere und soziale Gesellschaft.

LITERATUR

- Cafaro, Nuria/Hüttner, Bernd/Tekin, Caner (Hg.), 2023: Gelingende und misslingende Solidarisierungen. Spontane Streiks in Westdeutschland um 1973, luxemburg beiträge 18, hg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/50904/gelingende-und-misslingende-solidarisierungen
- Pichl, Maximilian, 2024: »Wir überschreiten einen Kippunkt«, medico international, 13.9.2024, www.medico.de/blog/wir-ueberschreiten-einen-kippunkt-19665

1 Im Sommer 2024 hat die Bundesregierung die Voraussetzung für die bundesweite Einführung einer Bezahlkarte für Menschen im Asylverfahren oder mit Duldung geschaffen. Ausgenommen sind aus der Ukraine Geflüchtete. Vgl. www.bundesregierung.de/breg-de/themen/arbeit-und-soziales/bezahlkarte-fluechtlinge-2263574

2 Vgl. dazu das Interview mit Rafael Behr, www.tageschau.de/inland/gesellschaft/interview-rafaelbehr-rechtsextrermismus-sek-103.html

GELD

EINE PERFORMANCE
ÜBER UNGLEICHHEIT
UND ÜBERREICHTUM

IST

KLASSE



Der Theatermacher Volker Lösch, die Millionenerbin Marlene Engelhorn und die Schauspielerin Marlene Reiter haben sich zu einem besonderen Projekt zusammengefunden: Gemeinsam performen sie eine theatrale Attacke auf den Überreichtum. Bei »Geld ist Klasse« geht es – wie könnte es anders sein – um zu viel Geld und zu wenig Gerechtigkeit, aber auch um das gute Leben für alle und wie es endlich wirklich werden kann. Dazu haben sie mit dem Autor Lothar Kittstein dokumentarisches Material, persönliche Geschichten und fiktive Spielszenen zu einem hybriden Ganzen verbunden, das vor allem eins machen soll: Lust auf Veränderung.

Das Stück wurde am 20. September am Forum freies Theater in Düsseldorf uraufgeführt und war auch schon am Schauspielhaus Wien sowie Im Theater Rampe in Stuttgart zu erleben. Wir veröffentlichen hier Kapitel 2 und 3; für alle, die mehr lesen wollen, demnächst weitere Teile des Stücks in Folge: www.zeitschrift-luxemburg.de/tag/geld-ist-klasse/

Volker

So, dann fangen wir jetzt an. Reden wir über Geld.

Marlene

Ich zeige euch mal, wie man in meiner Familie, und eigentlich in allen reichen Familien, über Geld redet. Das geht nämlich so: –

Oder es geht auch anders, wir reden in meiner Familie,

und eigentlich in allen reichen Familien, natürlich manchmal auch folgendermaßen über Geld: –

Meistens redet man in meiner Familie aber, und eigentlich in allen reichen Familien, so über Geld: –

Volker

Ok, dann rede ich über Geld. Mit Zahlen und Fakten.

Wir sehen auf dieser Grafik den weltweiten Anstieg der Einkommens-Ungleichheiten.

Der Anteil des obersten Dezils schwankte 1980 noch zwischen 26 % und 34 % –

Marlene

Volker, wir reden nicht über Einkommen.

Es geht nicht ums Verdienen, sondern um Vermögen, das ist was anderes.

Volker

Ok. Dann Vermögen. Hier sieht man, wie in den USA das Vermögen der reichsten 10 Prozent heute fast wieder auf dem Niveau von 1900 angekommen ist.

Weltweit kontrolliert das reichste Zehntel 80 Prozent des Vermögens.

Die ärmsten 50 Prozent der Menschheit besitzen lediglich 1,2 Prozent.

Marlene

Das funktioniert so nicht. Diesen Zahlensalat kann sich kein Mensch merken.

Volker

Dann plastischer!

Die acht reichsten Personen besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit!

Die fünf reichsten Menschen der Welt, alle Männer,

Elon Musk, Jeff Bezos, Bernard Arnault, Larry Ellison und Warren Buffett,

haben ihr Vermögen seit 2020 mehr als verdoppelt.

Gleichzeitig wurden fast fünf Milliarden Menschen, die ärmsten 60 Prozent, noch ärmer.

Marlene

Das ist alles zu abstrakt! Es ist zu weit weg!

Volker

Dann zu uns!

Laut einem Bericht der internationalen Beratungsfirma Boston Consulting Group

haben die 3 300 Superreichen in Deutschland ein Finanzvermögen – also ohne Immobilienwerte – von 1,94 Billionen

Euro! 1 940 Milliarden Euro!

Rund 40 Prozent der deutschen Bevölkerung hat fast gar kein Vermögen.

Marlene

Das muss noch konkreter sein!

Volker

Dieter Schwarz! Der Lidl-Eigentümer.

Geschätztes Vermögen: 43,3 Milliarden Euro.

Wer bei einem durchschnittlichen Jahresgehalt von 50 000 Euro

so viel anhäufen will wie Dieter Schwarz, muss fast eine Million Jahre lang arbeiten.

Oder so: Das reichste 1 Prozent stößt 16 Prozent der globalen Emissionen aus,

in etwa doppelt so viel CO₂ wie die ärmere Hälfte der Menschheit zusammen.

Oder das: Für 11 Minuten im Weltall stieß Amazon-Eigner Jeff Bezos

bei seinem Weltraumflug 75 Tonnen CO₂ aus.

Das ist so viel, wie jeder Mensch aus der ärmsten Milliarde der Menschheit

in seinem ganzen Leben ausstößt! Für 11 beschissene Minuten!



Marlene

Halt das mal fest. Lass uns hier die Vermögen der Deutschen markieren.

1 Millimeter auf dieser Schnur ist 20 Euro wert.

Volker

Okay. 1 Zentimeter ist also 200 Euro, 1 Meter ist 20000 Euro wert. Hier ist der Nullpunkt, ja?

Marlene

Nein, hier muss der Nullpunkt sein.

Denn in diesem Bereich brauchen wir Platz für 5,6 Millionen Deutsche,

die ein Minusvermögen, also Schulden, von durchschnittlich 30000 Euro haben.

Die 5,6 Millionen haben hier 2 Meter Platz. Das muss reichen.

Wir haben also hier den Nullpunkt. Es gibt sogar noch viele Menschen,

die deutlich weiter weg sind, die purzeln da jetzt hinunter,

aber da kann man nichts machen, es wird sonst wirklich zu eng.

Volker

Okay, also da ist der Nullpunkt. Bis wo reicht jetzt die ärmere Hälfte der Bevölkerung?

Marlene

Bis hier. Die endet hier, nach 1,15 Meter.

Bei durchschnittlich 23000 Euro liegen 50 Prozent der deutschen Bevölkerung.

Volker

Und die Reichen? Wo sind die Reichen?

Marlene

Nicht so schnell.

Hier, bei 2,75 Metern, liegt der ostdeutsche Durchschnitt von 55000 Euro Vermögen, dann kommen hier – oh. Die Bühne ist schon zu Ende.

Nach weiteren gut 3 Metern haben wir 120000 Euro

durchschnittliches westdeutsches Vermögen erreicht.

Volker

Und wo sind die reichsten 10 Prozent?

Marlene

Zieh mal. Halt. 14 Meter, im Schnitt 280000 Euro Vermögen.

Volker

Und wo ist das reichste Ein-Prozent? Soll ich weiter ziehen?

Marlene

Ja. Stopp!

Volker

Da ist das reichste Prozent?

Marlene

85 Meter, 1,7 Millionen Nettovermögen. Da fängt es an.

Volker

Ich wollte eigentlich zu den mehr als 200 Milliardär*innen, die es hier gibt!

Marlene

Bist du sicher?

Volker

Ja, klar!

Marlene

Dann zieh weiter.

Volker

Fuck. Wie viel Seil brauchen wir für eine Milliarde Vermögen?

Marlene

50000 Meter.

Volker

Also bis zu Susanne Klatten, der reichsten deutschen Frau, dann –

Marlene

1012500 Meter.

Bis zum reichsten deutschen Mann, Herrn Schwarz, den wir schon erwähnten –

Volker

Lass mich kurz rechnen – 2165000 Meter.

Und bis zu Jeff Bezos von Amazon – der hat 203 Milliarden Dollar Vermögen –

Marlene

9350000 Meter, einmal bis nach Kapstadt, Südafrika.

Volker

Und wie viel Vermögen hat nochmal der Durchschnittswestdeutsche?

Marlene

120 000 Euro. 6 Meter.

Volker

6 Meter für uns – und 9 350 000 brauchen wir von diesem Seil für Jeff Bezos.

Oder anders gerechnet: wenn 1 Meter 100 Euro Vermögen ist,

und wir gehen von hier nach Süden, dann kommen 50 Prozent der Deutschen

nur bis zum Eingang des Düsseldorfer Hauptbahnhofs.

Die Ostdeutschen kommen bis zum Hinterausgang des Bahnhofs,

die Westdeutschen bis zum Oberbilker Markt.

Und Dieter Schwarz mit seinen Milliarden?

Marlene

Schwebt irgendwo im All, etwas hinter dem Mond. Und Elon Musk?

Volker

Ist sechsmal so weit entfernt wie der Mond.

Marlene

Aber wissen Sie, was das Schlimme ist? Auch das ist bekannt!

Diese Entfernungen sind intuitiv allen bekannt!

Diese immensen Unterschiede überraschen Sie gar nicht wirklich. Oder? Gut!

Versuchen wirs anders, werden wir emotional, wenns sachlich scheitert.

Es war einmal ein Kind. Das hieß Marlene Engelhorn. Und das war ich.

Das Kind wuchs in einem riesigen Haus auf, mit einem riesigen Garten,

und drum herum wohnten lauter Familien in riesigen Häusern mit riesigen Gärten,

weil in dem ganzen Bezirk fast nur riesige Häuser mit riesigen Gärten

für Menschen mit riesigen Vermögen standen.

Natürlich gab es für das Kind ein eigenes Zimmer,

und altmodischen Schnickschnack wie einen

Speiseaufzug und einen Wäscheabwurf, aber auch einen Seiteneingang für die Lieferant*innen

und eine Bibliothek hinter verzierten Schiebetüren mit wandhohen Bücherschränken.

Und für das Kind, das ich war, war das alles ganz normal,

und weil es so lebte, dachte es sich: »Alle Menschen leben so«, denn alles andere war unsichtbar!

Natürlich ging das Kind, das ich war, in einen Privatkindergarten,

und natürlich war es ein französischer Kindergarten, die Maternelle,

und natürlich war auch das für dieses Kind ganz normal!

Wie soll denn ein kleines Kind verstehen, dass in diesem wunderbaren,

privat finanzierten französischen Kindergarten

diese exklusiven Normen und Gedanken eingefleischt sind,

diese ekelhaften Herrschaftsgedanken, diese verdammten Elitgedanken,

dass die überhaupt überall in jeder Ritze des Alltags dieses Kindes steckten, das ich war?

Volker

Marlene? Alles gut? Was ist?

Marlene

Die Leute werden denken, das ist meine Story, das ist was Persönliches.

Volker

Ja, natürlich. Das ist es ja auch! Mach mal Arbeitslicht, bitte.

Marlene

Aber das pack ich nicht. Meine gesamte Anstrengung in der Öffentlichkeit

liegt im Widerstand dagegen, diese Geschichte privat zu machen!

Volker

Aber das ist doch gerade der Witz! Man hört dieser Geschichte zu, weil du sie erzählst!

Marlene

Aber so will ich sie nicht erzählen! Ich will nur ein Beispiel sein, für ein Thema, ich gebe nur strukturell was von mir her.

Volker

Das Strukturelle erzählt sich doch über deine Person!

Das ist die Grundidee dieses Abends, das ist der Plan!

Marlene

Aber wieso muss ich dabei sein?

Volker

Die Millionenerbin spricht persönlich über Reichtum.

Arme gibt es ohne Ende auf den Bühnen, Reiche fehlen!

Marlene

Aber reicht es nicht, wenn es mein Text ist? Und du spielst das mit einer Schauspielerin?

Volker

Nein! Wir haben Theater gefunden wegen Marlene Engelhorn.

Wir haben Geld bekommen wegen Marlene Engelhorn.

Die ganzen Leute sind hier wegen Marlene Engelhorn!

Marlene

Das ist aber genau der Personenkult, den ich nicht will!

Volker

Das ist aber genau die Theaterform, die mich interessiert!

Mit Leuten auf der Bühne arbeiten, die persönlich beglaubigen, was sie sagen.

Das ist eine aufregende, eine spannende Theaterform!

Die ich übrigens mit erfunden habe, 2003.

Der Dresdner Bürgerchor ist die Mutter aller Bürgerbühnen! Marlene, du hast zugesagt.



Marlene

Und dann hab mich nicht getraut, etwas zu sagen, abzusagen.

Volker, das fällt mir nicht leicht. Ich fühl mich auch wie der größte Feigling, ich fühle mich wie eine verwöhnte Superreiche.

Volker

Sollen die jetzt alle nach Hause gehen?

Marlene

Du kannst mir nicht erzählen, dass du keine Schauspielerin findest. Volker Lösch.

Volker

Natürlich finde ich eine, wenn ich das will! Aber du machst weiter mit, ja?

Da, wo du es kannst, und wo nur du es machen kannst, bist du weiterhin dabei, ok?

Und es muss eine exzellente Schauspielerin sein. Ich werde keine Kompromisse eingehen!

Marlene

Ja, gut, natürlich nicht.

Volker

Sie muss im Thema sein!

Marlene

Okay.

Volker

Eine Schauspielerin, die mit mir bereits gearbeitet hat. Am besten eine, die Marlene heißt!

Marlene

Sehr witzig, Volker.

Volker

Und die auch aus Wien kommt! Und sie muss den Text können.

Marlene

Wahnsinnig komisch.

Volker

Liebe Leute, liebe Koproduzent*innen, liebe Kunst, liebe Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Bitte begrüßt mit mir eine wunderbare Schauspielerin!

Sie hat in meiner Dresdner Tartuffe-Inszenierung zum Thema Ungleichheit mitgespielt,

und uns wegen einer gründlich durchdachten, inhaltlich begründeten,

lange geplanten konzeptionellen Veränderung kurzfristig zugesagt.

Sie kommt direkt aus Österreich, ganz viel Applaus für Marlene Reiter aus Wien!

MR

Hallo, Marlene!

ME

Hallo, Marlene!

Volker

Bitte, Marlene!

ME

Danke, Marlene!

MR

Bitte, Marlene.



Volker

Bitte, Marlene!

Marlene

Das Kind, das ich war, hatte Mangel an nichts,
für alles war gesorgt.

Und es reiste natürlich auch viel, machte Urlaub
in fernen Ländern,

es war sogar einmal in der Karibik, und es fand
das jedesmal aufregend,

aber hat es jemals über die Möglichkeit zu reisen
nachgedacht? Nein!

Gab es darüber eine Debatte? Nein!

Das war einfach ganz klar, so nach dem Motto:
»das kann man halt machen«.

Hat das Kind sich mal gefragt, ob es Menschen
gab, die sich darüber unterhielten,
ob etwas überhaupt möglich sei? Nein.

Denn das Kind war ein behütetes Kind. Es hatte
keine Ahnung von der Welt.

Die Welt war etwas, was im Fernsehen in den
Nachrichten lief.

Nach dem Privatkindergarten kam die
Privatschule, die gehörten zusammen:

nach der Maternelle also das Lycée. Dort lernte
das Kind natürlich, dass es Armut gab.

Das lernt man auch auf gut finanzierten Schulen.

Das gehörte zu der sehr guten, exzellenten
Bildung, die es bekommen sollte, natürlich dazu!

Aber hat das Kind, das ich einmal war, das je mit
seinem Vermögen verknüpft? Nein!

Der Unterricht vermittelte das nicht. Die
Mitschüler*innen gaben keinen Kontrast,
sie waren einfach Kinder, wie das Kind, das ich
einmal war.

All diese Kinder durften blind sein für ihre
Vermögen.

Sie durften geblendet dafür sein, dass ihre
Vermögen auf Kosten der Vielen gingen.

Das Kind war blind für Vermögen zur Welt
gekommen!

Und es ging geblendet von Vermögen durch die
Welt.

Es dachte sich: »Wahrscheinlich haben wir halt
ein bisschen mehr als andere.«

Es bekam ja auch ganz klassisch Taschengeld:
erst jede Woche einen Euro in der ersten Klasse,
in der zweiten zwei,

aber irgendwann waren es monatlich ein paar
Hundert Euro,

und nach der Schule, da bekam es so viel
Taschengeld,

wie manche Menschen netto nicht verdienen.

Und all das konnte das Kind, das langsam kein
Kind mehr war, noch immer nicht hinterfragen.

Und als ich 18 Jahre alt war, nahm meine Mutter
mich beiseite und schenkte mir eine Kreditkarte,
und sagte mir, meine Unterschrift sei jetzt was
wert!

Und nannte erstmals richtige Zahlen dafür, wie
reich die Familie war,

was für horrenden Millionensummen

da in der Familie und Familienzweigen
rumdümpelten.

Und sagte, dass ich werden könne, was ich
wolle. Es sei genug Geld da,

das Vermögen kompensiere jedes Einkommen
oder Nicht-Einkommen!

Und irgendwann, da werde es wohl ein Erbe
geben,

und der Finanzberater ihrer Mutter, also meiner
Großmutter, oder genauer:

einer der Finanzberater ihrer Mutter, also meiner
Großmutter,

würde zu ihr, also auch zu mir kommen, und
sagen: PROTECT AND GROW



WEGE AUS DER ESKALATION WESHALB FRIEDEN IN DER UKRAINE OHNE FRIEDLICHE MITTEL NICHT ZU ERREICHEN IST

JAN VAN AKEN

Die Frage ist: Was kann eine Bundesregierung oder eine EU tun, um Friedensverhandlungen zu ermöglichen und die russische Aggression und das Sterben in der Ukraine zu beenden?

Für Die Linke ist Krieg kein Mittel der Politik. Unsere Vision ist die einer Friedensmacht Deutschland, die bei Ungerechtigkeiten und Gewalt in der Welt nicht wegschaut, sondern sich mit friedlichen Mitteln einmischt und an der Seite der Angegriffenen und Unterdrückten steht. Ein Land, in dem das Primat des Zivilen gilt, das immer erst nach friedlichen Lösungen sucht und nicht mit dem Finger am Abzug denkt. Ein Land, das in der ganzen Welt dafür geachtet wird, dass es weder Waffen noch Soldat*innen ins Ausland schickt, sondern Friedensfachkräfte, Aufbauhilfe und gerechte Handelsverträge.

Den Frieden sichern, ohne krieglerisch zu werden. Das ist die Herausforderung, der wir uns stellen. Viele sicher geglaubte Wahrheiten sind in den letzten Jahren verloren gegangen. Seit 2022 stellt sich vielen die Frage: Wie

kann sich die Ukraine gegen diesen brutalen Angriff verteidigen? Wie könnte es ohne Waffen zu einem Frieden kommen, ohne dass Russland das Land übernimmt? Viele Menschen sind verunsichert, weil es keine leichten Antworten gibt. Unser Genosse Raul Zelik hat es einmal gut auf den Punkt gebracht: Alle ›realpolitischen‹ Lösungen sind katastrophal. Wenn Russland die Ukraine militärisch unterwirft, ist das eine Einladung an alle imperialistischen Projekte gegen Nachbarländer. Wenn die NATO hingegen hochmoderne Waffen liefert, um den Kollaps der Ukraine zu verhindern, hält das einen Abnutzungskrieg in Gang, an dessen Ende im besten Fall Hunderttausende, im schlechtesten Milliarden Menschen tot sind.

In dieser Situation gibt es keine einfachen Antworten. Wer sich für Waffenlieferungen an



die Ukraine ausspricht, ist deshalb noch lange kein*e Kriegstreiber*in. Andersherum gilt auch: Wer sich – so wie ich – gegen Waffenlieferungen ausspricht, steckt deswegen noch lange nicht mit Putin unter einer Decke.

PRIMAT DES ZIVILEN

Die Linke ist keine radikalpazifistische Partei. Wir sind uns der Tatsache bewusst, dass der Naziterror nur mit militärischer Gewalt gestoppt werden konnte und sehr hohe Opfer von den alliierten Truppen – allen voran von der Roten Armee – gefordert hat. Unser Pazifismus heißt deshalb: Primat des Zivilen. Wenn Konflikte gewalttätig werden, muss die Suche nach nicht-militärischen Lösungen Vorrang vor allem anderen haben. Nicht der schnelle Griff zur Waffe, sondern die Suche nach klugen politischen Lösungen, um die Gewalt einzudämmen. Aus der Friedensforschung kennen wir sehr viele Beispiele dafür, dass es auch in den eskaliertesten Situationen friedliche Wege zum Frieden geben kann. So können Methoden der zivilen Krisenprävention oft sogar schneller und effektiver wirken als Waffen. Seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges gab es kaum einen Gewaltkonflikt oder

JAN VAN AKEN ist zusammen mit Ines Schwerdtner Parteivorsitzender der Partei Die Linke. Er war Referent für internationale Krisen und Konflikte in der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zuvor UN-Biowaffeninspekteur und zwischen 2009 und 2017 Mitglied im Auswärtigen Ausschuss für Die Linke im Bundestag.

Krieg, der mit dem Naziterror vergleichbar und einer friedlichen Konfliktlösung nicht zugänglich gewesen wäre.

Aus meiner Sicht ist es ein zentrales Versagen der Bundesregierung, nicht konsequent von Anfang an alle diplomatischen oder wirtschaftlichen Mittel für eine friedliche Beilegung des Russland-Ukraine-Krieges eingesetzt zu haben. Ich bin der Überzeugung, dass es Möglichkeiten gegeben hätte – und immer noch gibt –, eine Verhandlungslösung herbeizuführen. Deshalb bin ich gegen die Waffenlieferungen an die Ukraine.

Die Frage, wie wir möglichst schnell zu einer gerechten Friedenslösung kommen, müssen alle beantworten, egal ob aus einer Position für oder gegen Waffenlieferungen. Leider wird sie kaum gestellt und schon gar

nicht breit diskutiert. Seit über zwei Jahren wird in Deutschland fast ausschließlich über die Frage gestritten, ob nur schwere oder auch ganz schwere Waffen an die Ukraine geliefert werden sollten. Fragen nach Diplomatie und Verhandlungen wurden im besten Fall belächelt, oft genug auch mit wüsten Beschimpfungen belegt und aus der Debatte gedrängt.

VERHANDLUNGEN KONKRET DENKEN

Einfach nur »Diplomatie« zu rufen ist noch lange keine aktive Friedenspolitik. Wer ernsthaft eine internationale Solidarität lebt und an der Seite der Menschen in der Ukraine steht, muss auch konkrete Vorschläge machen, wie es über Diplomatie zu einem gerechten Frieden kommen kann – und keinem Diktatfrieden, in dem der Stärkere sich durchsetzt und das Völkerrecht auf dem Müllhaufen der Geschichte landet.

Verhandlungen kommen nicht von allein, sie müssen vorbereitet werden, ganz

»Verhandlungen kommen nicht von allein, sie müssen vorbereitet werden, ganz praktisch, vor allem aber auch politisch.«

praktisch, vor allem aber auch politisch. Aus anderen Kriegen wissen wir, dass Verhandlungen dann wahrscheinlicher werden, wenn es eine öffentliche internationale Diskussion von starken Partnerländern gibt. Übertragen auf den Russland-Ukraine-Krieg würde das bedeuten, China dafür zu gewinnen, Einfluss auf Russland in Richtung Friedensverhandlungen zu nehmen. Wir geben uns nicht der Illusion hin, dass die chinesische Führung Moskau in den Rücken fallen würde. Aber auch

Peking sieht diesen Krieg als großen Fehler und als Gefahr für die eigenen Interessen. China hat mehrfach die Bereitschaft für eine diplomatische Rolle im Krieg signalisiert – die allerdings in der EU und den USA bislang kaum aufgegriffen wurde. Dabei muss allen klar sein, dass ein schneller Weg zu Friedensverhandlungen ohne China kaum denkbar ist. Wenn allerdings Xi Jinping einlädt, kommt Wladimir Putin auf jeden Fall.

Und ja, man muss auch mit einem Wladimir Putin verhandeln. Friedensverhandlungen finden immer zwischen ärgsten Feinden statt. Entspannungspolitik braucht es nicht unter Freunden, sondern mit denen, die wir politisch kritisch sehen oder verurteilen. Deutschland muss sich entscheiden: Will es im Weltmachtkonflikt eng an der Seite der USA stehen, im Konflikt mit China? Oder möchte es eine öffentliche Aufwertung Chinas riskieren, um ein Möglichkeitsfenster zum Frieden aufzustoßen? Unser Kompass ist hier ganz klar: Für jeden gelieferten Kampfpanzer hätte Olaf Scholz besser ein Mal nach Peking fliegen sollen. Niemand kann garantieren, dass ein von China angestoßener Friedensprozess jetzt schon Erfolge gezeigt hätte. Aber wir wissen mit Sicherheit, dass die Waffenlieferungen uns bislang nicht einen Millimeter näher an ein Ende des Krieges gebracht haben.

KOOPERATIVE SICHERHEIT

Eine Friedenslösung für die Ukraine wird auch dadurch erschwert, dass der Krieg schnell Züge eines Stellvertreterkrieges angenommen hat. So gab der US-Verteidigungsminister nur zwei Monate nach der russischen Invasion das Ziel aus, dass das russische Militär nachhaltig

geschwächt werden solle. Mit Solidarität oder Unterstützung für die Menschen in der Ukraine hat das nichts zu tun.

Die Konkurrenz zwischen Russland und der NATO könnte auch künftige Schritte in Richtung eines nachhaltigen Friedens verhindern. Deshalb ist ein Blick auf die Vorgeschichte des Krieges wichtig. Nicht für eine Relativierung oder Erklärung des russischen Angriffskrieges, sondern um aus der Geschichte zu lernen und in den kommenden Jahrzehnten nicht die Fehler der letzten 30 Jahre zu wiederholen.

Dauerhafte Sicherheit kommt nicht aus den Gewehrläufen, sondern aus einer langfristigen Vertrauensbildung und Kooperation. So wie es – mitten im Kalten Krieg – die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) vorgemacht hat, braucht es auch heute wieder ein System der kooperativen Sicherheit auf dem eurasischen Kontinent. Ein Sicherheitssystem, das Russland, China, Indien und alle anderen Länder auf dem Kontinent einbezieht und in dem Interessenkonflikte kooperativ gelöst werden. Eine Entspannungspolitik nicht nur zwischen zwei Großmächten, sondern unter Einbeziehung möglichst vieler Staaten in der Region. Angesichts der russischen Aggression in der Ukraine scheint ein solches System weiter entfernt als je zuvor, denn die Basis einer kooperativen Sicherheit ist Vertrauen. Dieses Vertrauen wieder herzustellen und zu entwickeln, wird die wichtigste friedenspolitische Aufgabe der nächsten Jahrzehnte sein. Die Alternative wäre eine dauerhafte militärische Konfrontation im Herzen Europas, mit der ständigen Gefahr eines großen letzten Krieges.

Wir haben dann eine Chance auf eine friedlichere Zukunft in Europa, wenn wir aus Fehlern lernen und uns als Linke rückbesinnen auf die Prinzipien der Entspannungspolitik. Kein Kalter Krieg 2.0, sondern eine OSZE 2.0, das ist unsere Vision eines friedlichen Europas.

Sicherheit ist für die meisten Menschen – zu Recht – ein ganz zentrales Bedürfnis. Sicherheit heißt für uns aber nicht nur Sicherheit vor Terror oder Angriffskriegen, sondern auch die Sicherheit vor Hunger, Ausbeutung, Armut und Gewalt. Bei den Vereinten Nationen wird das als »menschliche Sicherheit« bezeichnet.

Ein wichtiger Schritt zu kooperativer Sicherheit ist der Umbau der Bundeswehr mit

»Dauerhafte Sicherheit kommt nicht aus den Gewehrläufen, sondern aus einer langfristigen Vertrauensbildung und Kooperation.«

dem alleinigen Ziel der Landesverteidigung – ohne militärische Fähigkeiten für einen eigenen Angriffskrieg oder für Auslandseinsätze. Das Konzept der Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit ist unser Leitbild für den Umbau und eine mittelfristige Reduzierung der Bundeswehr.

STÄRKUNG DER VEREINTEN NATIONEN, MULTIPOLARITÄT, KLASSISCHE BLAUHELM UND KLUGE SANKTIONEN

Globale Probleme brauchen globale Antworten. Epidemien, Klimawandel, Armut und Hunger können nur im globalen Miteinander gelöst werden. Deshalb braucht es eine Kooperation mit allen Staaten und dafür wiederum eine starke UNO, die deutlich

handlungsfähiger ist als heute. Die undemokratische Struktur des UN-Sicherheitsrates mit dem Vetorecht einiger weniger Staaten ist nicht geeignet, die Weltprobleme zu lösen. Auch eine Vergrößerung des Sicherheitsrates oder die Ausweitung der Vetorechte werden am Grundproblem nichts ändern. Deshalb plädieren wir für eine Reform der Vereinten Nationen, in denen wichtige Befugnisse – allen voran die Entscheidungen zur Wahrung des Weltfriedens – vom Sicherheitsrat auf die UN-Generalversammlung übertragen werden. So lassen sich doppelte Standards bei der Achtung der Menschenrechte eindämmen. Menschenrechte sind unteilbar und müssen überall für alle Menschen gleichermaßen gelten. Im heutigen UN-Alltag werden Menschenrechtsverletzungen in vielen Fällen ignoriert und zuweilen als Kriegsbeurteilung missbraucht, wenn es den Interessen der Vetomächte dient.

Die Multilateralität der Vereinten Nationen, bei der im optimalen Fall alle Staaten gleichberechtigt Problemlösungen erarbeiten, bleibt das höchste Ziel. Gegenwärtig beobachten wir leider eine entgegengesetzte Entwicklung mit einer neuen Blockkonfrontation, in der Russland und China den NATO-Staaten gegenüberstehen. Eine solche Bipolarität gilt es zu vermeiden, weil ihr die größtmögliche Instabilität innewohnt und sie ein immerwährendes Sicherheitsrisiko für die Weltgemeinschaft darstellt. Eine multipolare Welt, in der auch die EU eine größere strategische Eigenständigkeit gegenüber den USA bewahrt, wäre deshalb ein zentraler Zwischenschritt auf dem langen Weg hin zu einer echten multilateralen Welt.

Die Charta der Vereinten Nationen sieht in Kapitel VII als letzte Maßnahme zur Sicher-

ung des Weltfriedens den Einsatz bewaffneter Truppen vor, um den Frieden wiederherzustellen. Dieses Konzept der »robusten« UN-Einsätze ist auf der ganzen Linie gescheitert und wird von uns abgelehnt. Militäreinsätze nach Kapitel VII der UN-Charta bedeuten, dass die Vereinten Nationen auf einer Seite mitkämpfen und versuchen, einen Krieg militärisch zu gewinnen. »Robuste« Kampfeinsätze sind keine Friedenslösung, sondern die Fortführung des Krieges mit militärischen Mitteln, um eine Entscheidung zu erzwingen. In vielen bisherigen Missionen hat sich gezeigt, dass für eine echte Kriegsbeteiligung und einen militärischen Sieg ihre Stärke nicht ausreichte. Die Vereinten Nationen müssten eine sehr große eigene Militärmacht unterhalten, um in »robusten« Einsätzen effektiv mitkämpfen zu können. Diese Vorstellung der UN als Militärmacht, die gegen jedes andere Land Kriege führen und gewinnen könnte und dabei von einem undemokratischen Sicherheitsrat kontrolliert wird, lehne ich rundheraus ab.

Aus meiner Sicht könnten hingegen klassische Blauhelmeinsätze, die – wie etwa in Zypern – mit Zustimmung aller Seiten, unparteilich und ohne Gewaltanwendung nach einem Friedensschluss eingesetzt werden, eine wichtige friedenserhaltende Rolle spielen. Ich würde mir wünschen, dass wir als Partei über diese – sicherlich kontroverse – Frage einmal grundlegend gemeinsam diskutieren.

Zur Frage der Sanktionen gab es bereits erste Schritte einer solchen Diskussion in der Partei. Ich denke, dass wirtschaftliche oder andere Sanktionen gegen einzelne Länder oder Personen im Idealfall ein wirksames Mittel sein könnten, um bei der Störung des Weltfriedens Druck auf einen Aggressor auszuüben,

so wie es die UN-Charta vorsieht. Allerdings ist das Missbrauchspotenzial von Sanktionen sehr hoch, in einigen Fällen wurden Millionen Unschuldige getroffen. Schlecht gemachte Sanktionen wirken nicht und ganz schlecht gemachte können sogar schwere Schäden anrichten. Es kommt deshalb darauf an, klare Ziele gemeinsam mit einer klaren Aufhebungsperspektive zu definieren, keine national-egoistischen Interessen zu verfolgen, sie gezielt gegen die Verantwortlichen und ihre Machtbasis zu richten und ungewollte Nebeneffekte so gering wie möglich zu halten. Derartige kluge Sanktionen finde ich im Einzelfall überlegenswert, wenn sie als Ausdruck internationaler Solidarität mit den Angegriffenen, Verfolgten und Unterdrückten dieser Welt von den Vereinten Nationen beschlossen werden.

KONSEQUENTE ABRÜSTUNG

Die Abrüstungsarchitektur aus der Zeit des Kalten Krieges liegt in Trümmern, die Zeichen stehen weltweit auf Aufrüstung mit der Gefahr eines neuen Rüstungswettlaufes zwischen den Blöcken China/Russland und NATO. Im Rahmen der Vereinten Nationen sind nennenswerte neue Abrüstungsbemühungen nicht in Sicht. Deshalb unterstützt Die Linke alle Abrüstungsbemühungen von unten, bei denen die globale Zivilgesellschaft für eine Eindämmung des Rüstungswahnsinns eintritt. In den vergangenen Jahrzehnten waren mehrere solcher Initiativen erfolgreich, vom Landminenverbot und dem Waffenhandelsvertrag bis hin zum Atomwaffenverbotsvertrag. Daran wollen wir anknüpfen und unterstützen globale Initiativen zur Abrüstung und zur Reduzierung der Militärausgaben. Dabei müssen wir uns von der Logik des Kalten Krieges

lösen, global denken und vor allem China mit einbeziehen.

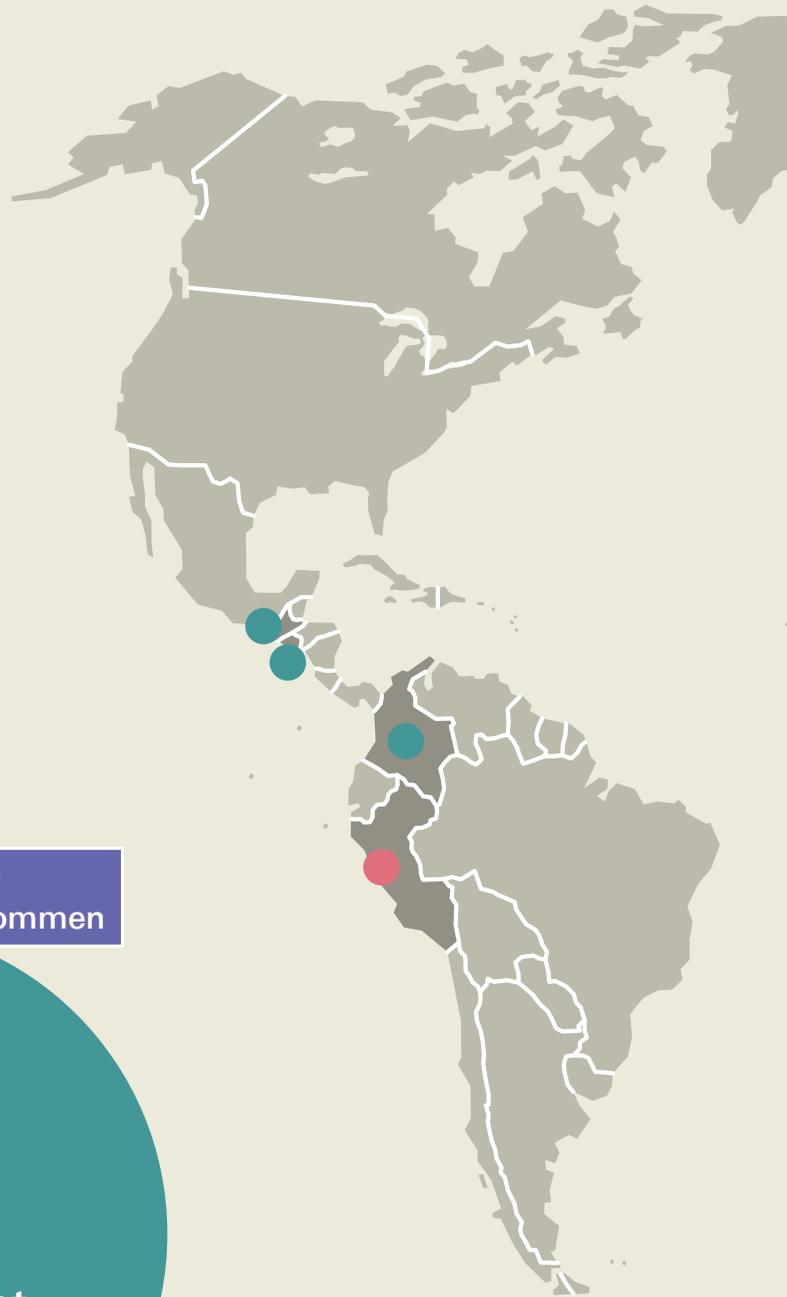
Die Linke sollte als Partei und Friedensbewegung ganz konkret die globale Initiative »10 Prozent für alle« unterstützen, die für eine gleichzeitige Reduzierung aller Militärhaushalte eintritt. Die Grundidee ist einfach: Wenn alle Länder gleichzeitig ihre Militäretats absenken, bleibt die relative Sicherheit für jedes einzelne Land gleich. Das Gleichgewicht der Kräfte wird nicht verändert, dafür werden jährlich 244 Milliarden US-Dollar eingespart, die für die Bekämpfung von Armut und die Folgen der Klimakrise eingesetzt werden können.

FRIEDEN SELBER MACHEN

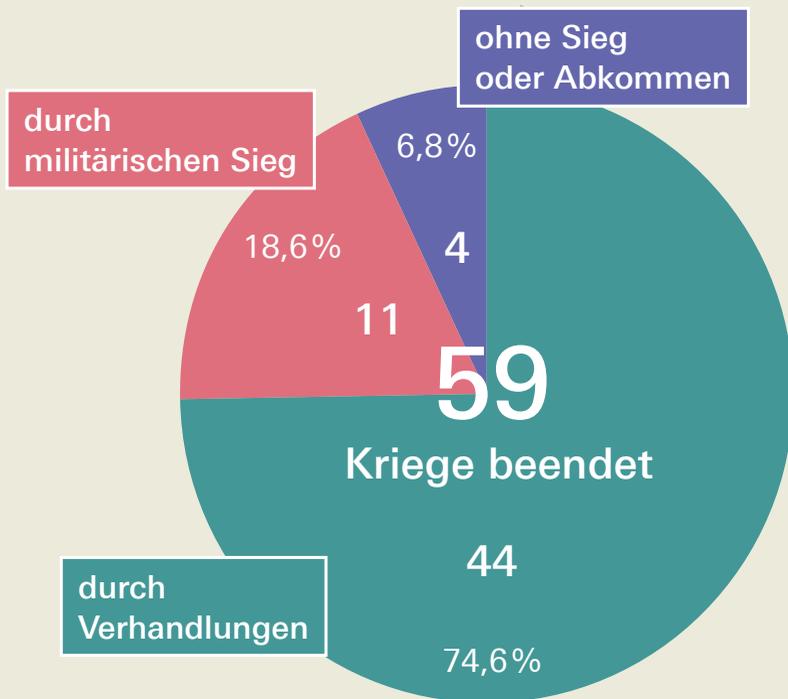
Unsere Vision ist ein Land, das bei Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen nicht tatenlos zuschaut, sondern sein Gewicht und seine Erfahrung einbringt, um Konflikte friedlich zu lösen. Ein Land, das nicht als militärische Macht oder mit Waffenlieferungen Außenpolitik betreibt. Ein Land, in dem der Gesundheitsminister die Krankenhäuser nicht kriegs-, sondern menschentauglich macht. In dem die Bildungsministerin nicht Zivilschutzübungen an Schulen vorschlägt, sondern Friedenserziehung. In dem das Wirtschaftsministerium nicht die Interessen der Rüstungsindustrie schützt, sondern sie kontrolliert, um den Frieden in der Welt zu schützen.

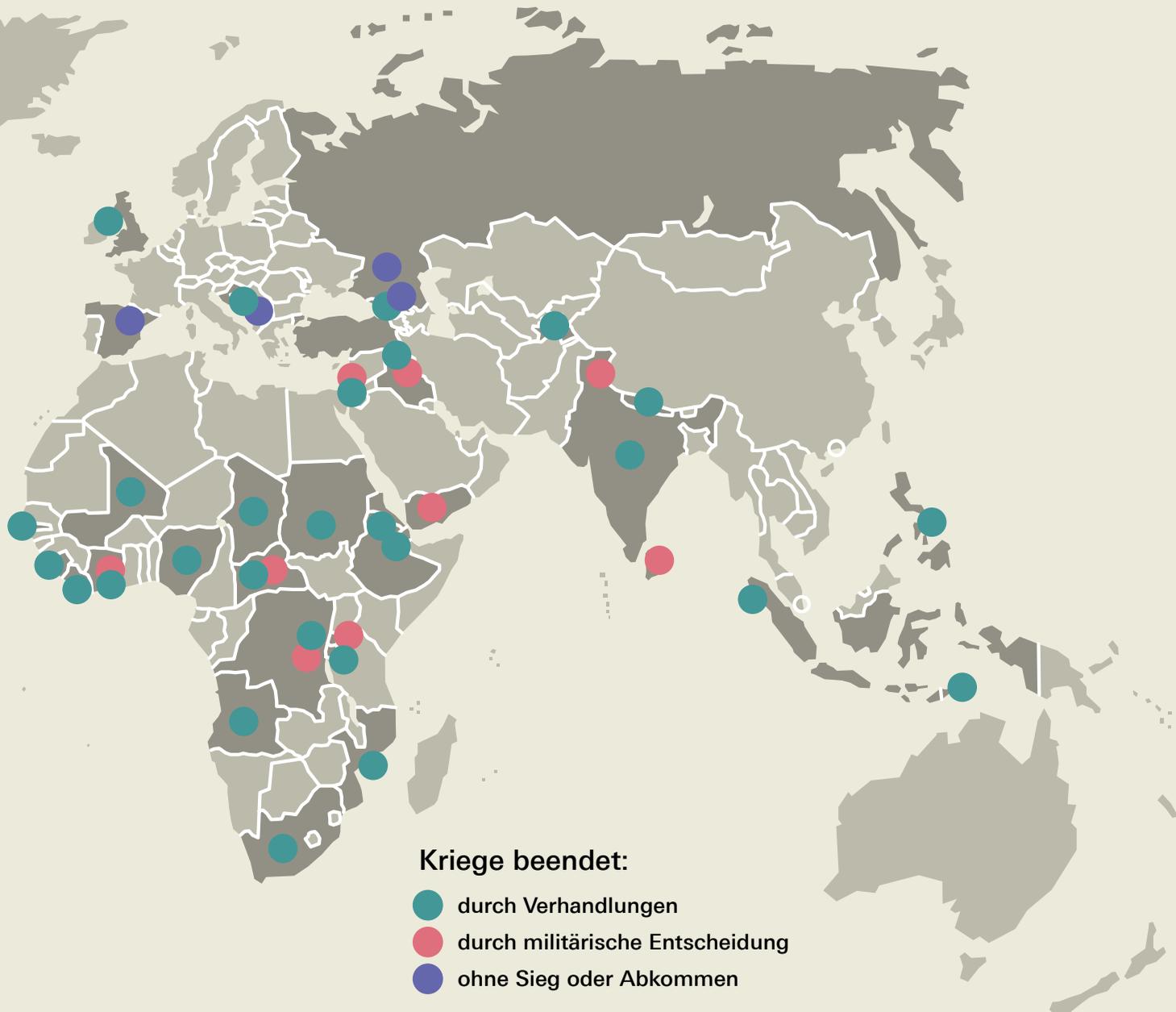
Eine solche friedliche Sicherheitspolitik – oder sichere Friedenspolitik – kommt nicht von allein. Das können wir nur gemeinsam schaffen. Die Vorstellung einer Friedensmacht Deutschland ist keine Utopie, wir könnten sie hier und heute Wirklichkeit werden lassen. Wir sind dabei.

WIE KRIEGE ENDEN



Formen des Abschlusses
militärischer Kampfhandlungen
ab circa 1985 bis 2014





Kriege und militärische Konflikte erschüttern auch heute viele Regionen der Welt. Debatten über die Frage, wie sie beigelegt werden können, bleiben nur allzu oft einer militärischen Logik verhaftet. Forderungen nach mehr Diplomatie werden dagegen schnell als naiv abgestempelt. Dabei zeigen Untersuchungen der Kriegeverläufe vergangener Jahre, dass nicht einmal jeder fünfte kriegerische Konflikt mit einem militärischen Sieg endete, jedoch drei von vieren mit einem Friedensabkommen. Friedensvereinbarungen, die auf Vermittlung beruhen, werden oftmals unspektakulär vor- und nachbereitet. Je stärker Organisationen der Zivilgesellschaft daran beteiligt sind, umso geringer ist die Gefahr, dass Nachfolgekonflikte ausbrechen. Dies und mehr kann im »Atlas der Abrüstung« nachgelesen werden, den die Rosa-Luxemburg-Stiftung in diesem Jahr veröffentlicht hat.

AUSSENPOLITISCHE VERSANNUNGEN DER LINKEN WESHALB DIE FRIEDENSFRAGE FÜR DIE LINKSPARTEI SO KOMPLIZIERT IST

AXEL GEHRING

Die Partei Sahra Wagenknechts trennt Frieden und Emanzipation. Die Linke dagegen steht vor der Aufgabe, sich gegen jeden Imperialismus zu wenden und einen neuen internationalistischen Politikansatz zu entwickeln.

Im Zuge der neoliberalen Globalisierung haben sich die globalen Kräfteverhältnisse verschoben. In den letzten zwei Dekaden ist die Welt multipolarer und ihre Ordnung umkämpfter geworden. In vielen Regionen ist der klassische Staatenkrieg wieder zu einem virulenten Bedrohungsszenario geworden. Viele Staaten, so auch die Bundesrepublik, richten nunmehr nach diesem Paradigma ihre Sicherheitspolitik aus und entgrenzen diese nach außen und innen. Auch bei uns wirkt die verstärkte globale geopolitische Konkurrenz unmittelbar in den Lebensalltag der Bevölkerung hinein, zum Beispiel in Form von Energiepreisschocks oder sich verschlechternden Export- und Wachstumsperspektiven für die deutsche Wirtschaft. Denn einerseits formieren sich geopolitische Handelsblöcke und andererseits werden durch die wachsende geopolitische Konkurrenz die

Perspektiven für eine koordinierte klimaneutrale Transition unserer Produktion und Konsumption behindert, was sie noch teurer macht.

Das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) antwortet auf diese vielschichtige Krise mit entsolidarisierenden Ideen, die Frieden von Emanzipation trennen und die Kritik an den Widersprüchen der globalen (ökonomischen) Ordnung durch einen sozialkonservativen nationalen Egoismus ersetzen. Das BSW sagt, es wolle den Krieg in der Ukraine beenden, klammert aber die Frage jedweder gerechten Friedensordnung aus. Die reale Beendigung den Krieges überlässt es damit anderen. Seine migrationspolitischen Abschottungswünsche erfüllen noch nicht einmal sozialkonservative Standards. Als offen antisozialistische Partei verweigert sich das BSW dem globalen Management der großen ökologischen und öko-



nomischen Menschheitsprobleme und möchte das alte deutsche Exportmodell konservieren.

Während die Außenpolitik das BSW eint, führt Die Linke darüber ihre wohl größten Kontroversen. Die unterschiedlichen Strömungen streiten um die Formulierung einer Außenpolitik, die nicht auf entsolidarisierende Konzepte setzt. Am Krieg in der Ukraine treten antifaschistische, antimilitaristische, antiimperialistische und friedenspolitische Grundauffassungen miteinander in Konflikt. Das liegt nicht nur an der Struktur der Partei, die verschiedene emanzipatorische Strömungen in sich vereint, sondern auch an den verschiedenen Dimensionen des Konfliktes.

Als Die Linke gegründet wurde, war der Höhepunkt der neoliberalen Hegemonie gerade überschritten, die Tendenz zu einer Multipolarisierung des Weltsystems war erkennbar, ihre Konsequenzen aber noch nicht vorgezeichnet und schon gar nicht manifest. Seither hat sich die Welt gewandelt. Bereits die neoliberale Globalisierung unter US-Hegemonie verschob Industrien über den Globus und mit ihnen politische Machtpotenziale. Zwar besteht heute keine uneingeschränkte westliche Hegemonie mehr, aber der Westen gehört immer noch zu

AXEL GEHRING ist Politikwissenschaftler, war Referent für Außen-, Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung und ist seit 2023 Referent für Außenpolitik in der Bundesgeschäftsstelle der Partei Die Linke.

den Zentren des globalen Kapitalismus. Alte wie neue kapitalistische Großmachtakteure betreiben inzwischen globale Machtpolitik. Welche der jeweiligen Machtpolitiken die Oberhand hat, ist eine Frage der Kräfteverhältnisse innerhalb einer an sich falschen Ordnung. Als demokratisch-sozialistische und antineoliberale Partei ist für Die Linke nicht nur das Staatensystem Referenzpunkt für Außenpolitik, sondern sie sieht auch das Weltsystem als eine Form von sozialer und kultureller Herrschaftsordnung.

Eben deshalb ist sie in der Lage, sich gegen jeden Imperialismus zu wenden und internationalistische Politik an der Seite der Beherrschten zu formulieren.

Linke können heute keine ungebrochene Dominanz des Westens mehr behaupten oder in nicht-westlichen aufsteigenden Mächten per se die Befreier der Welt von westlicher

Dominanz erblicken. Andererseits darf ein realistischer Blick auf das Handeln nicht-westlicher Akteure nicht dazu führen, dass wir uns politisch den im eigenen Land herrschenden Verhältnissen anpassen. Denn die bei uns Herrschenden betreiben ebenso Machtpolitik. Die Benennung des jeweils einen Kritikwürdigen darf nicht zur Ausklammerung des jeweils anderen Problematischen führen.

FRIEDEN UND ALLTAG

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr betreffen in den 2000er-Jahren die Bevölkerungen in ihren Einsatzländern und die teilnehmenden Berufssoldat*innen der Bundeswehr sowie ihre Angehörigen. Heute wirken die Dynamiken der Weltordnung viel unmittelbarer in den Alltag der breiten hiesigen Bevölkerung – bis hin zur Angst vor Krieg.

Die laufende Multipolarisierung der Welt resultiert sehr wesentlich aus den Verschiebungen im Zentrum-Peripherie-Verhältnis. Die ökonomischen Sondervorteile, die der Westen aus seiner lange exklusiven Zentrumsrolle ziehen konnte, müssen nunmehr mit neuen Zentren geteilt werden. Wir merken dies konkret an der Krise industrieller Leitsektoren und am Nicht-entstehen-Wollen neuer, international wettbewerbsfähiger Leitsektoren durch die Kräfte des Marktes allein. Hinzu kommen jene Transformationsaufwendungen, die das Ziel der CO₂-Neutralität mit sich bringt. Diese Fragen sind direkt mit den internationalen Beziehungen verlinkt, denn das Makromanagement globaler ökonomisch-ökologischer Probleme erfordert ein hinreichendes Maß an Frieden. Der weltweite Umbau der Wachstumsmodelle stellt insbesondere die lohnarbeitenden Bevölkerungen vor Herausforderungen, deren

Kosten sie persönlich zu tragen haben. Sie steigen, wenn durch globale geopolitische Konkurrenz jenes Maß an Vertrauen erodiert, das nötig ist, um den politischen Rahmen der Transformation zu setzen. Die direkten ökonomischen und ökologischen Kosten der Rüstung kommen hinzu.

Der Krieg in der Ukraine hat das bis dato stark auf günstigen fossilen Energieresourcen basierende industrielle Exportmodell noch schneller als erwartet an seine Grenzen gebracht und die Lebenshaltungskosten der Bevölkerung direkt über die Rohstoffpreise verteuert. Dies verdeutlicht einmal mehr die Notwendigkeit der Transformation und nicht ihrer Verschleppung, wie vom BSW propagiert. Diese so zu gestalten, dass sie von jenen bezahlt wird, die später die Gewinne der Transformation einfahren, und neue öffentliche Sektoren entstehen, ist die Aufgabe linker Politik.

Emanzipation und Frieden zusammenzudenken ist nicht nur ethisches Gebot, sondern eine schlichte Voraussetzung zur Bewältigung der klassenpolitischen Herausforderungen der ökologischen Transformation und für ihr Gelingen. Daher sollte sich unsere Außenpolitik einer weitergehenden emanzipatorischen Agenda verpflichten und dabei explizit die Sorgen der Bevölkerung adressieren.

Die Linke wird sich dabei über die unbequemsten Fragen der Friedens- und Sicherheitspolitik, also zu Militär und Rüstung, verständigen müssen, die sich im gewandelten Weltsystem (neu) stellen. Im Zuge des globalen Rechtsrucks verfolgen zahlreiche Staaten offen imperiale Ziele – nicht nur im Westen. Nicht zuletzt fragt sich die Bevölkerung, was eine Regierung unter Beteiligung Der Linken wohl anders machen würde: zum Beispiel

eine Außen- und Sicherheitspolitik, die nicht vom Primat einer militärisch aufgefassten Sicherheit ausgeht, bei der unsere Sicherheit zur Unsicherheit der anderen wird.

GEMEINSAME SICHERHEIT

Es bedarf einer Vision, in der Sicherheit den Rahmen des Militärischen verlässt und es perspektivisch einhegt. Es ist zur Kenntnis zu nehmen, dass in Zeiten des globalen Rechtsrucks nicht alle Akteure im Weltsystem bereit sind, sich einer friedlichen Außenpolitik zu verpflichten. Die herrschende Antwort darauf ist Rüstung, die sagt, sie wolle abschrecken und so den Frieden sichern. Das klassische, daraus folgende Problem ist ein Sicherheitsdilemma, bei dem die eigene Investition in militärische Abschreckung zur Unsicherheit der anderen wird und Spiralen der Rüstung in Gang setzt. Die Multipolarisierung der Welt lässt die Gewaltpotenziale insgesamt, auch unter nicht-westlichen Staaten, anwachsen, von denen einige eigene Machtinteressen verfolgen. Der Westen hat noch immer einen militärischen Vorsprung, fühlt sich aber herausgefordert und rüstet.

Das gesellschaftliche Bedürfnis nach Sicherheit kann nicht ignoriert werden, sondern muss antimilitaristisch reformuliert werden. Es gilt, die militärische Dimension von Verteidigung tatsächlich defensiv zu gestalten im Sinne Struktureller Nichtangriffsfähigkeit. Das heißt, Streitkräfte so zu organisieren, dass sie fähig sind, im Sinne des Artikels 51 der Charta der Vereinten Nationen bewaffnete Angriffe abzuwehren, sie aber nicht selbst durchführen können. Bereits im Kalten Krieg wurden unter den Bedingungen der militarisierten Systemkonfrontation derartige Ideen im Kontext

der Debatten um Gemeinsame Sicherheit diskutiert. Entscheidend für glaubwürdige Friedenspolitik ist es, Konzepte anzubieten, die konkrete und gangbare politische Einstiege in die Transformation von Sicherheitspolitik liefern. Prädestiniert dafür ist eine Rückkehr zur Rüstungskontrolle, zu politischen Verhandlungen darüber, welche Waffensysteme wer in welchem Umfang unterhält und mit welchen Instrumenten dies überprüft werden kann. Das ist keine utopische Forderung, sondern war einst in Gestalt diverser Abrüstungsverträge insbesondere auf dem Feld der Nuklearwaffen Realität, umfasste später auch konventionelle Streitkräfte in Europa und war Teil gegenseitiger Vertrauensbildung.

Die Linke sollte die militärische Dimension von Selbstverteidigung nicht gänzlich ablehnen, aber die Organisation glaubwürdiger Verteidigung ist bereits jetzt an die Erfordernisse Gemeinsamer Sicherheit anzupassen. Dies setzt notwendigerweise einen politischen Dialog der Beteiligten darüber voraus, wie Streitkräfte aussehen, die strukturell nicht angriffsfähig sind.

Die Bedingungen dafür sind in Europa angesichts des Ukrainekrieges denkbar schlecht. Die Invasion eines Landes stellt den größten Vertrauensbruch dar. Allerdings können Einstiege in Gemeinsame Sicherheit nicht verschoben werden, es gibt genügend andere regionale Kontexte, in denen bereits jetzt Schritte dahingehend unternommen werden können. Dazu sind die regionale und die größere kontinentale strategische Dimension politisch voneinander zu trennen. Der bilaterale US-amerikanisch-deutsche Alleingang zur Stationierung von Mittelstreckenraketen vermischt beide Felder. Auch deswegen ist sie abzulehnen.

UKRAINEKRIEG BEENDEN

Der Ukrainekrieg muss schnell beendet werden. Doch unsere Antworten dürfen keine entsolidarisierenden sein. Das BSW würde einen russischen Siegfrieden akzeptieren. Diese Belohnung des russischen Angriffs würde die internationale Ordnung jedoch weiter destabilisieren. Sie wäre nicht nur unsolidarisch gegenüber der ukrainischen Bevölkerung, sondern würde das Wettrüsten verschärfen, da keine glaubhafte Friedensordnung existiert. Dieser Rüstungswettkampf ist längst angelaufen. Polen etwa gibt heute einen größeren Anteil seines Bruttoinlandsprodukts für Rüstung aus als die USA. Zugleich wird seit über zwei Jahren versucht, die russische Invasion militärisch einzudämmen. Ein Friede, der die Souveränität der Ukraine und die internationale Ordnung wiederherstellen würde, ist dem nicht entsprungen. Aber eine Million Menschen wurden inzwischen verwundet oder getötet (vgl. Pancevski in *Wall Street Journal*, 17.9.2024). Doch wie kann der Krieg um die Ukraine solidarisch und unter Respektierung der UN-Charta beendet werden?

Der Krieg ist sowohl ein Verteidigungskrieg der Ukraine gegen Russland als auch einer um die Bedeutung des Friedensprinzips der Charta der Vereinten Nationen. Und in der externen Unterstützung der kriegführenden Parteien steckt zugleich das Momentum eines Stellvertreterkrieges samt seinen Eskalationsrisiken. Diese Momente sind in ihrer Verschränkung ernst zu nehmen, damit das geopolitische Momentum gezielt isoliert und ein Modus der zivilen Konfliktbearbeitung lanciert werden kann.

Der Krieg ist schlicht zu groß, um durch neutrale Dritte erfolgreich mediiert zu werden.

Warum nicht konkret eine ständige Ukraine-Verhandlungsgruppe der extern Involvierten beider Konfliktparteien fordern, die ein gemeinsames Konzept zur vorübergehenden Internationalisierung der russisch besetzten Gebiete in Gestalt einer Verwaltung durch den UN-Treuhandrat vorschlägt? Russland müsste die eroberten Gebiete räumen, die Ukraine könnte nicht nachrücken. De-jure-Grenzverschiebungen oder ein Einfrieren des Konfliktes bei de facto zugunsten Russlands verschobenen Grenzen wären dabei ebenso ausgeschlossen wie die Fortführung des Krieges. Zeit für zivile Konfliktregulierung wäre gewonnen. Das Umfeld für die langfristige Konfliktbearbeitung wäre günstiger als zum Beispiel während der Minsk-II-Formate – wo die Konfliktparteien über Jahre in der Ostukraine militärisch präsent waren. Insofern die gewaltsame Verschiebung international anerkannter Grenzen nicht der Position der chinesischen Außenpolitik entspricht, gäbe es die Möglichkeit, darüber in der ständigen Verhandlungsgruppe eine Verständigung mit China zu erzielen.

KEINE TEILNAHME AN DER GLOBALEN GEOPOLITISCHEN KONKURRENZ

Geopolitische Konkurrenz mit China ist schädlich für unsere Kapazität, im Weltsystem Konflikte zivil zu bearbeiten. Wir müssen mit geopolitischem Denken brechen, das unsere Konfliktlösungskapazitäten blockiert. Weder eine emanzipatorische Bearbeitung des Ukraine Konfliktes noch der Übergang zu Kooperativer oder Gemeinsamer Sicherheit kann gelingen, wenn wir weiter an der globalen geopolitischen Konkurrenz teilnehmen.

NATO-Kritik ist keine Traditionsposition, sondern dem geschuldet, dass sich innerhalb

der Strukturen des Bündnisses Ansätze Kooperativer Sicherheit nicht etablieren lassen. Dazu müsste die NATO wesentlich stringenter definieren, was sie unter Bündnisverteidigung versteht, und ihre Strukturen und Militärpotenziale darauf zuschneiden. Tatsächlich sieht sich die NATO inzwischen sogar als eine Akteurin in der indopazifischen Blockkonfrontation.

KEINE AUSSENPOLITIK OHNE SCHLISSUNG UNSERER EUROPAPOLITISCHEN LÜCKEN

Wir wollen nicht an der globalen geopolitischen Konkurrenz teilnehmen. Doch kein EU-Staat ist in der Lage, allein zu entscheiden, ob er im globalen Kontext an der geopolitischen Konkurrenz teilnimmt. Globales Gewicht entfalten sie über ihre Mitgliedschaft in der EU. Auch Deutschlands wirtschaftliche Bedeutung in der Welt entspringt wesentlich der Vergrößerung seiner binnenmarktlichen Basis und der Nutzung der Zentrums-Peripherie-Verhältnisse innerhalb der EU. Und über Wachstumsmodelle der EU-Staaten wird im Zusammenspiel der europäischen und nationalen Ebene entschieden. Dies galt für die Entfesselung des Neoliberalismus in Gestalt der In-Konkurrenz-Setzung der nationalen Wettbewerbsstaaten innerhalb der Union. Und es gilt für die Etablierung von Wegen aus dem Neoliberalismus heraus.

Die Verlagerung ökonomischer Macht auf die europäische Ebene wurde wesentlich von den Interessen transnationaler Konzerne bestimmt. Doch der Grad an ökonomischer Integration ist so weit fortgeschritten, dass es eine Illusion ist, Ökonomie primär nationalstaatlich regulieren zu wollen. Großbritannien sieht sich seit seinem Austritt aus der EU unmittelbar dem Kräftespiel der Weltökonomie ausgesetzt als zuvor. Auf die Entwicklung stark

transnationalisierter europäischer Ökonomien kann nur effektiv Einfluss genommen werden, wenn die EU als (Teil der) Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und somit als Raum der politischen Auseinandersetzung und Verschiebung von Kräfteverhältnissen begriffen wird. Für eine strategisch unabhängige EU ist dies unabdingbar. Nur eine EU, die sich einer gerechten und ausgleichenden Rolle in den Welthandelsbeziehungen verpflichtet, kann jenes notwendige diplomatische Gewicht erarbeiten, das nötig ist, um sich außerhalb neuer Blockkonfrontationen zu positionieren. Dies erfordert eine demokratisch-sozialistische Transformation der EU. Wir müssen bestimmen, wie die permanenten Krisenerscheinungen und Brüche innerhalb der neoliberalen Integrationsweise der EU gegen diese genutzt werden können. Die sozialen Kräfteverhältnisse in der EU und ihre innere Integrationsweise entscheiden darüber, ob sich die EU als eine imperiale Akteurin in der Welt verhält oder ob sie ihr Außenverhalten im emanzipatorischen Sinne ändern kann. Ob wir überhaupt in der Lage sind, emanzipatorische Außen- und Friedenspolitik zu formulieren, hängt davon ab, welche EU wir haben – und damit davon, für welche wir kämpfen.

Fragen der europäischen Integration stellen sich daher nicht alle fünf Jahre zur Europawahl, sondern jetzt. Mutlosigkeit auf diesem Feld bereitet den Pfad für Ideenlosigkeit im Bereich der gesamten Außenpolitik. Perspektivisch gilt es, die Kapazitäten der EU zu nutzen, um die Verbindung zwischen Selbstverteidigung und Struktureller Nichtangriffsfähigkeit zu erarbeiten und defensive Alternativen zur NATO zu formulieren, die kein Hindernis für die Etablierung Kooperativer Sicherheit bilden.

Wird ausgerechnet Anti-Antisemitismus zu einem Katalysator der autoritären Wende?

PETER ULLRICH

Mit dem Aufflammen des Nahostkonflikts hat sich auch die Debatte um Antisemitismus in Deutschland neu entzündet und autoritär zugespitzt. Die Logik des Freund-oder-Feind-Schemas verhindert dabei eine differenzierte Perspektive.

Viel ist über den 7. Oktober 2023 geschrieben worden, auch darüber, was diese Ereignisse mit zum Vorschein brachten, unter anderem die weitgehende Empathielosigkeit gewisser Teile der campistischen Linken gegenüber den Opfern des Hamas-Angriffs. In deren Perspektive wurde der reaktionäre, antiisraelische, frauenfeindliche Gewaltexzess zur »militärischen Operation« des »palästinensischen Widerstands« (u. a. Klasse gegen Klasse), kurz ein »day to be proud of« (Palästina spricht). Ein weltbildhafter Antizionismus¹ mit Anschlussfähigkeit an den Antisemitismus und mit teils antisemitischen Ausformungen feiert fröhlich Urständ und steht in Teilen der propalästinensischen und Anti-Kriegs-Proteste vor einer neuen weltweiten Konjunktur.

»Konflikt über den Konflikt«

Doch binäre Freund-Feind-Schemata sind nicht nur bei den campistischen Truppen der Gegner*innen Israels zu finden. Vielmehr erreichte der Nahostkonflikt zweiter Ordnung, der »Konflikt über den Konflikt« (Kenneth Stern), nach dem 7. Oktober in Gestalt einer Antisemitismusdebatte schnell eine neue Eskalationsstufe. In einer regelrechten *moral panic* (so della Porta 2024) bestand bald die Tendenz, spiegelbildlich zum eingangs Geschilderten jeden Ausdruck (pro-)palästinensischer Perspektiven und Forderungen, des (Mit-) Leidens mit den palästinensischen Opfern des israelischen Gazakrieges (der schnell keine legitime Gegenwehr mehr war, sondern sich zum Kriegsverbrechen mit mindestens

genozidalen Ambitionen auswuchs), letztlich jedes Engagement gegen den Gazakrieg unter Antisemitismusverdacht zu stellen. Die nach dem Massaker in Berlin-Neukölln Süßigkeiten verteilenden Hamas-Sympathisant*innen setzten den Rahmen, innerhalb dessen fortan beinahe alles (Pro-)Palästinensische als Gefahr gedeutet werden konnte – eine weniger intentionale, aber im Effekt sich doch klar realisierende Form antipalästinensischen Rassismus. Der zeigte sich am deutlichsten in den Allgemeinverfügungen, mit denen in manchen Städten Polizeibehörden über längere Zeiträume alle Versammlungen mit einem Palästina-bezug untersagten, oder in polizeilichen Gewalterwartungen aufgrund der »typischen Emotionalität« der Teilnehmer*innen.²

Logik eines Stellungskrieges

Die Grundkonstellation ist nicht neu. Identitäres Lautsprechen, Bekenntnispflichten und absolute Parteinahmen, eben »radikale Identifikation« (Ullrich 2013), kennzeichnen das Diskursfeld Israel/Palästina/Juden/Antisemitismus usw. seit Langem. Ebenso ist das Feld seit jeher von Reduktionismen gekennzeichnet, die in der binären Stellungskriegslogik zwischen verschiedenen Dimensionen des Konflikts (kulturelle, ökonomische, politische, moralische etc.) nicht unterscheiden. Er wird von den einen als bloßer (asymmetrischer) Interessenskonflikt verstanden, von den anderen antisemitismuskritisch interpretiert. Der erste Reduktionismus wehrt mit Blick auf die *facts on the ground* die Befassung mit Antisemitis-

mus (insbesondere in den eigenen Reihen) ab. Der zweite Reduktionismus, zugegebenermaßen auch der in seinem theoretischen Idealismus und seiner soziologischen Borniertheit am meisten verwundernde, ist der, dass es beim israelisch-palästinensischen Konflikt *im Kern um Antisemitismus gehe*, es den Konflikt ohne Antisemitismus der einen Konfliktseite gar nicht gäbe (so Lars Rensmann und Karin Stögner am 12.6.2024 in erschütterndster Offenheit in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*). Dies ist, wenn auch in zugespitzter Form, das ideologische Fundament für die Instrumentalisierung der Antisemitismuskritik als bloßer Antisemitismus*vorwurf*. In dieser Perspektive kann jede nicht völlig handzahme Kritik an Israel, dem Zionismus, der jahrzehntelangen Besatzung und der Siedlergewalt oder am gegenwärtigen Krieg delegitimiert werden. Diskutiert wird dann mehr über die Angemessenheit der Beschreibungen (Apartheid, Genozid usw.) als über die tatsächliche Situation. Wie zum Beispiel Hannah Tzuberi und Patricia Pibergier immer wieder betonen, wird menschenrechtliche und andere Kritik an Israel in der deutschen medialen und politi-

PETER ULLRICH ist Soziologe und arbeitet als Fellow am Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin sowie als Referent im Studienwerk der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zusammen mit anderen gab er in diesem Jahr das Handbuch »Was ist Antisemitismus? Begriffe und Definitionen von Judenfeindschaft« (Wallstein Verlag) heraus.

schen Öffentlichkeit nicht nach der faktischen Richtigkeit oder politischen Angemessenheit beurteilt, sondern muss quasi erst den Antisemitismustest bestehen, um überhaupt in Anschlag gebracht werden zu dürfen.

Der verbreitete Rechtsnihilismus deutscher Politiker*innen in Bezug auf israelkritische Stellungnahmen und Verfahren der internationalen Gerichtsbarkeit und der UN-Gremien macht dies ebenso deutlich. Das Sprechen über Israel dreht sich, so könnte man diese Perspektive fassen, nicht um den Staat als realweltliches Objekt, sondern vollzieht sich im »Bildraum der Vergangenheit« (Tzuberi/Piberger 2022) und im deutschen Wiedergutwerdungsprojekt des Kampfes »gegen Antisemitismus und für den Schutz jüdischen Lebens«.

Autoritärer Anti-Antisemitismus

Neu an der gegenwärtigen Konstellation sind Umfang und Tiefe dieses fehlgeleiteten Anti-Antisemitismus und insbesondere der Grad seiner Bürokratisierung, mithin die Verrechtlichung und Versicherheitlichung der Debatte über den Nahostkonflikt (Ullrich 2023). Damit ist gemeint, dass der Raum des öffentlich als diskutabel Geltenden zunehmend durch (Quasi-)Recht reguliert wird und dies von Ordnungsbehörden überwacht und als Ordnungsproblem (statt als politisches) behandelt wird. Das hat mit der Bekämpfung von tatsächlichem Antisemitismus nur mittelbar zu tun und verfolgt zugleich andere Zwecke. Vor allem sattelt diese Entwicklung auf anderen illiberalen Tendenzen auf, bettet sich ein in eine

autoritäre Wende und verstärkt sie, wenn gleich auch teils ungewollt. Deshalb spreche ich zur Charakterisierung dieser Tendenz von *autoritärem Anti-Antisemitismus*.

Der autoritäre Anti-Antisemitismus schöpft aus mindestens zwei distinkten Quellen. Die eine ist eine politische Position, die genuine Sorge um jüdische Menschen und hohe Aufmerksamkeit für Antisemitismus mit falschen Universalisierungen der »Lehren aus der Geschichte« verbindet. Sie versteht sich selbst als antifaschistische Lehre aus dem Holocaust, verortet aber den Faschismus der Gegenwart konsequent im (pro-)palästinensischen Diskurs (was historisch rekonstruierbar ist, hier aber nicht ausgeführt werden kann). Letztlich vermag diese Position, bildhaft gesprochen, zwischen dem nationalsozialistischen Judenboykott und dem Boykott Israels als Besatzungsmacht bestenfalls graduelle Unterschiede wahrzunehmen (ebd.). Man findet sie in der antideutschen, israelsolidarischen bzw. ideologiekritischen Linken und in der linksliberalen Zivilgesellschaft. Die zweite Quelle ist ein rechter Diskurs, den die AfD seit Jahren propagiert und der sich mit dem weiter Teile des »liberalen« und konservativen Mainstreams überschneidet. Hier verbindet sich eine Instrumentalisierung des »christlich-jüdischen Erbes« oder gar »Abendlands« mit antimuslimischen und als »antiextremistisch« drapierten antilinken Ressentiments zu einer Staatsräson-Position, die bis zu den Bemühungen um »Wiedergutmachung« der Adenauer-Zeit zurückreicht und instrumentell für die

nationale Entlastung vom Holocaust ist. Die einseitige Parteinahme beider Stränge zugunsten Israels und seiner jeweiligen Politik scheint keine noch so offen faschistische Haltung und Praxis der israelischen Exekutive ins Wanken zu bringen. Dass beide bei der Identifikation der muslimischen bzw. »woken«, postkolonialen, (pro-)palästinensischen Gegner*innen einig sind, kaschiert den Gegensatz zwischen diesen Lagern in anderen Fragen und ermöglicht entsprechende Querfronten.

»Universitäter« am Pranger

Seinen augenfälligsten Ausdruck fanden die Entwicklungen hin zum autoritären Anti-Antisemitismus in den Ereignissen um das Protestcamp gegen den Gazakrieg an der Freien Universität Berlin im Frühjahr 2024. Dieses war ohne Not, und ohne dass es bis dahin zu gravierenden Vorfällen gekommen wäre, auf Anweisung des Präsidiums mit massiver Gewalt polizeilich geräumt worden – laut Politikwissenschaftler Hajo Funke einer der brutalsten Polizeieinsätze der letzten Jahrzehnte. Das kritisierten Hunderte Wissenschaftler*innen in einem offenen Brief. Wohlgemerkt solidarisierten sie sich nicht mit den Forderungen der Camp-Initiator*innen, sondern mit dem Recht auf Protest und Schutz vor Polizeigewalt. Sie sprachen sich für einen anderen Umgang der Hochschulen mit dem Konflikt aus. In einem Akt von ins exzessive gesteigerter Ambiguitätsintoleranz wurden die Unterzeichner*innen in der Springerpresse als Unterstützer*innen von »Judenhasser-Demos«

und teilweise sogar mit Fotoporträts als »Universitäter« an den Pranger gestellt. Politisch sekundiert und angefeuert wurde dies vom Berliner Regierenden Bürgermeister bis hin zur Bundesregierung. Im Haus von Bildungsministerin Stark-Watzinger, die sich über den Brief öffentlich »entsetzt« zeigte und die zweifelte, dass die Unterzeichner*innen auf dem Boden des Grundgesetzes stünden, wurden sogar Listen der Unterzeichner*innen erstellt und – ohne rechtliche Grundlage oder Zuständigkeit – geprüft, ob diese strafrechtlich belangt und förderrechtlich sanktioniert werden könnten. Ein hochrangiger Mitarbeiter, der im Verlauf des Skandals sogar noch zum Staatssekretär aufstieg, nannte in internen Chats klar sein Anliegen: die ungewünschten Stimmen zur Selbstzensur zu drängen.

Vertiefte Versicherheitlichung

Begleitet wurde die Debatte von Forderungen, die Versicherheitlichung zu vertiefen. Namhafte Politiker*innen sprachen sich für die Überprüfung von immer mehr gesellschaftlichen Bereichen (Wissenschaft, Kulturförderung usw.) durch den Verfassungsschutz aus. Einem Berliner Kulturzentrum wurden für eine Raumvergabe an eine antizionistische jüdische Vereinigung die Fördermittel gestrichen. Ein Palästina-Kongress wurde unter Zuhilfenahme aller rechtlichen und widerrechtlichen Schikanen verhindert (Stolle/Obens 2024). Polizeigewalt überschattete viele Demonstrationen, die auch von Absurditäten des Protest Policing geprägt waren wie dem

Verbot bestimmter Sprachen (irisch, arabisch, hebräisch). Innen- und Bildungsbehörden kriminalisieren palästinensische Symbole, deren Zurschaustellung zu Verhaftungen und Sicherstellungen führte. Eine neue Bundestagsresolution gegen Antisemitismus macht, soweit aus den diskutierten Entwürfen bisher ersichtlich, vor allem Muslime für Antisemitismus verantwortlich. Sie will die politisch und wissenschaftlich höchst fragwürdige Arbeitsdefinition von Antisemitismus der International Holocaust Remembrance Alliance zum allgemeinen Maßstab erheben, bekräftigt erneut den substanziell rechtswidrigen BDS-Beschluss des Bundestags von 2019 und will sogar ein Betätigungsverbot der BDS-Bewegung erreichen. Schließlich wird ausgerechnet das Asyl- und Aufenthaltsrecht als zentraler Hebel zur Antisemitismusbekämpfung ausgemacht. Was das konkret bedeutet, wurde jüngst publik: Schon wer sich in irgendeiner Form, etwa mit einem Like in den sozialen Medien, positiv auf die (vieldeutige) Parole »From the river to the sea« bezieht, soll nach dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht von der Möglichkeit der Einbürgerung ausgeschlossen werden.³ Kurz: Normative Grundlagen der Bundesrepublik (unveränderliche Staatsprinzipien und Grundrechte wie die Meinungs-, Kunst-, Wissenschafts- und Versammlungsfreiheit, Asylrecht) werden als »Lehre aus der Geschichte« geschleift.

Das Erschreckende an dieser Konstellation des autoritären Anti-Antisemitismus ist nicht so sehr, dass ausgerechnet das

Anliegen der Antisemitismusbekämpfung in seinem Zentrum steht (das ist allerdings auch schon tragisch, weil die deutsche Erinnerungskultur und ihre Ableitungen seit jeher offensichtlich wenig wirksame Mittel zum Schutz von Jüdinnen*Juden darstellen). Nein, das Erschreckendste ist, wie extrem niedrig in diesem Diskursfeld die Schwelle für das angesetzt wird, was man glaubt, den gesellschaftlichen Debatten noch zumuten zu dürfen, ohne dass auf repressive Maßnahmen zurückgegriffen wird. Auch hier ist der Umgang mit der Bewegung »Boycott-Desinvestitionen-Sanktionen« symptomatisch. An ihr gibt es viel zu kritisieren – aber das Ziel, sie auf Basis einer Gleichsetzung mit dem nationalsozialistischen Judenboykott zu verbieten (wie vorher schon die Befassung mit ihren Themen in öffentlichen Räumen in Kommunen), mutet geradezu grotesk an. Das ist ein Tiefpunkt der Unfähigkeit und Unwilligkeit, Komplexität und Widersprüchlichkeit zu erfassen und zu ertragen. Es ist die unverhohlene Parteinahme des deutschen Staats in einem national(istisch)en Konflikt, in dem die gleichen Parolen (etwa »From the river to the sea«), die sich wie Landkarten ohne die symbolische Repräsentation der jeweils anderen Seite auf beiden Seiten des Konflikts finden lassen und die der gleichen Eskalations- und nationalistischen Mobilisierungsdynamik entspringen, nur bei den einen mit bedeutungsschwerem ideologischen Bedeutungsüberschuss (»Antisemitismus!«) aufgeladen und massiv sanktioniert werden. Das Handlungsrepertoire reicht

von Anprangerung über Fördermittelentzug bis zur Verhaftung.

Entsprechend sind die Folgen: Einschüchterung und Rückzug, schreiende Reaktanz («Ihr könnt mich mal!») und Eskalation sowie ein Verschwinden öffentlicher Debattenkultur. Untermauert wird das mit Kontroll- und Repressionsinstrumenten, die schon jetzt bedrohlich sind, in den Händen einer AfD-Regierung aber umso grausamer sein werden.

Nochmal: Das alles heißt nicht, dass es keinen zu bekämpfenden, auch israelbezogenen Antisemitismus in diesem Konflikt gäbe. Ganz im Gegenteil: Dafür stehen Markierungen von Wohnhäusern mit Davidsternen, der versuchte Brandanschlag auf eine Berliner Synagoge, »Judenpresse«-Rufe gegen Journalist*innen – ganz zu schweigen vom genuinen Antisemitismus von Hamas & Co. Es kann in dieser Hinsicht kein Rausreden oder Ausruhen geben. Doch in der gegenwärtigen Situation kann nicht mehr unschuldig kritisch über Antisemitismus gesprochen werden, ohne zugleich über falsche Vorwürfe und Instrumentalisierungen des Anti-Antisemitismus zu reden. Der stellt gegenwärtig eines der zentralen ideologischen Kampffelder dar, auf denen ein autoritärer Umbau der deutschen Gesellschaft vorangetrieben und gleichzeitig als gutes Anliegen camouffliert wird. Eine Linke, die dieses Moment ignoriert oder aus antisemitismuskritischer und israelsolidarischer Perspektive übersieht, vor welchen reaktionären Karren sie sich selbst gespannt hat, hat ihren eigenen universalistischen

Anspruch auf Befreiung mindestens genauso verraten wie die Hamas-Apologeten. Und angesichts des Massentötens in Gaza, der sich vertiefenden Gewalt gegen die Bevölkerung der Westbank und des Krieges im Libanon ist sie das sicherlich größere Problem.

LITERATUR

- Porta, Donatella della, 2024: Moral Panic and Repression: The Contentious Politics of Anti-Semitism in Germany, in: *Partecipazione & Conflitto* 2/2024, <https://doi.org/10.1285/I20356609V17I2P276>
- Stolle, Peer/Obens, Henning, 2024: Staatsräson versus Grundrechte. Protestwelle gegen Israels Krieg in Gaza: Wie steht es um die Meinungsfreiheit in Deutschland?, www.rosalux.de/news/id/52075/staatsraeson-versus-grundrechte
- Tzuberi, Hannah/Piberger, Patricia, 2022: Sprechen im Bildraum der Vergangenheit. »Die Jüdische Stimme« in Debatten über Antisemitismusdefinitionen, in: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 31, Berlin, 251–264
- Ullrich, Peter, 2013: Deutsche, Linke und der Nahostkonflikt. Politik im Antisemitismus- und Erinnerungsdiskurs, Göttingen
- Ders., 2023: »BDS today is no different from the SA in 1933.« Juridification, Securitisation, and »Antifa«-isation of the contemporary German discourse on antisemitism, in: Feldman, David/Volovici, Marc (Hg.), *Antisemitism, Islamophobia, and the Politics of Definition*, Basingstoke, 211–234

1 Eine Weltsicht, die den Zionismus mit Kapitalismus, Imperialismus, Rassismus und Krieg zu den Grundübeln der Welt zählt und nicht mit, auch radikaler, Zionismuskritik zu verwechseln ist.

2 Es sei daran erinnert, dass der Anlass der meisten Proteste ein Krieg mit Zehntausenden Toten ist und viele Proteste wesentlich von Menschen mit engen persönlichen, familiären Beziehungen in das Kriegsgebiet getragen wurden.

3 Vgl. www.ndr.de/fernsehen/sendungen/panorama/aktuell/Regierungs-Dokument-Kein-deutscher-Pass-wegen-umstrittener-Parole,staatsangehoerigkeitsgesetz106.html

DIE PARTEI ALS PRODUKTIVKRAFT

ALEX DEMIROVIĆ



Nicht nur Die Linke befindet sich in der Krise. Der progressive Block als Ganzes gerät zusehends unter Druck. Wie kann sich die Partei in dieser Konstellation erneuern?

Die Partei Die Linke befindet sich bekanntermaßen in einer Krise. Vor wenigen Jahren wurde sie aufgrund ihrer Wahlerfolge in den ostdeutschen Bundesländern noch als Volkspartei angesehen. Seit Längerem schon fallen ihre Erfolge von Wahl zu Wahl geringer aus, dramatische Verluste haben zuletzt dazu geführt, dass sie in vielen Landtagen nicht mehr vertreten ist. Die teils hämische Kritik von Sahra Wagenknecht an den verschiedenen Führungspersonen der Partei – breit vorgetragen in vielen Talkshows oder Buchlesungen – und die von ihr betriebene Abspaltung haben sicherlich geschadet. Insgesamt ist der Krisenprozess bis hin zu den jüngsten Austritten nach dem Landesparteitag in Berlin davon gekennzeichnet, dass keine klare Willensbildung mehr stattgefunden hat. Es sind viele Konfliktachsen entstanden, von denen

nicht mehr klar ist, wie sie sich derart bündeln lassen, dass es zu einem einigermaßen kohärenten Kollektivwillen kommt.

SCHWÄCHE DES PROGRESSIVEN LAGERS

Aber die Krise der Partei Die Linke ist nicht nur eine Krise dieser Partei. Mit Schwierigkeiten sind auch die anderen Parteien konfrontiert, die links der Mitte angesiedelt werden. Die SPD verliert Mitglieder und Wähler*innen. Die Grünen, die einige Jahre von einer Erfolgswelle getragen wurden und hofften, eine neue Volkspartei zu werden und den Kanzler zu stellen, büßten erheblich an Zustimmung ein. Von anderen Parteien gab es den Grünen und ihrem Führungspersonal gegenüber eine regelrechte Feinderklärung, die in der Bevölkerung Resonanz fand. Nach den Wahlniederlagen in den ostdeutschen



Bundesländern ist der Vorstand der grünen Partei zurückgetreten. Die Kritik an der Ampelregierung geht weit über eine Oppositionspolitik hinaus und ist getragen vom Willen, die Regierung außerhalb der Legislaturperiode zur Aufgabe zu zwingen – und damit letztlich die sozial-ökologische Erneuerung aufzugeben.

Auch die Gewerkschaften und die betrieblichen Interessenvertretungen werden von den Unternehmen häufig bekämpft. Eine tragende Säule des wohlfahrtsstaatlichen Kompromisses, die Rentenversicherung, wird massiv mit dem Argument der Generationengerechtigkeit angegriffen. Das wird die Gewerkschaften und Sozialverbände weiter schwächen. Unter Druck stehen viele Bildungseinrichtungen und weitere zivilgesellschaftliche Organisationen, die in den vergangenen Jahren ziemlich erfolgreich waren. Ich denke etwa an Attac Deutschland oder an Fridays for Future.

Offensichtlich verändert sich die Form des Bewegungs- und Protestzyklus. Es gibt weiterhin viele linke Diskussionen, Gruppen und Aktivitäten. Aber sie sind desartikuliert. Sie bündeln sich gerade nur wenig in den organisatorischen Zusammenhängen und kon-

ALEX DEMIROVIĆ ist Philosoph und Sozialwissenschaftler. Er lehrte unter anderem an den Universitäten in Frankfurt am Main und Berlin, ist Mitglied im Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung und Redakteur dieser Zeitschrift.

turierten Diskussionen der Partei Die Linke, die die Praktiken repräsentieren und Kooperation herstellen konnten – wie das bei der Kritik der Globalisierung und der Finanzmärkte, bei der Unterstützung der Geflüchteten, bei der Mitwirkung an Streiks in den Krankenhäusern oder bei Mieter*inneninitiativen und Diskussionen über Enteignung der Fall war. Das gesamte progressive Lager wird geschwächt durch Angriffe auf die sogenannte politische Korrektheit, auf Kulturmarxismus, Identitätspolitik oder Wokeness.

Angesichts ihrer konkreten Politiken ist es schwierig, die SPD und die Grünen als Teil eines progressiven Lagers zu verstehen. Aber sie bilden mit vielen zivilgesellschaftlichen Initiativen und linken Aktivitäten einen Resonanzraum. Sie verfolgen zumindest teilweise Ziele, die für Linke und soziale Bewegungen wichtige Bezugspunkte darstellen. Unter-

schiedlich konsequent und widersprüchlich treten SPD und Grüne für soziale Gerechtigkeit und Demokratie, für Menschenrechte und Sozialstaat, für den sozial-ökologischen Umbau von Wirtschaft und Infrastrukturen ein. In der Linken und der SPD finden sich Kräfte, die für einen demokratischen Sozialismus eintreten. Wie die Linke sind Teile der SPD und Grünen für eine Friedenspolitik und gegen Aufrüstung. Beide Parteien der Ampelkoalition verfolgen diese progressiven Momente nicht konsequent, sondern versuchen, sie mit der herrschenden neoliberalen Politik zu vereinbaren, durch Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit. Der sozial-ökologische Umbau wird trotz vieler Absichtserklärungen und Gesetze in vielen Hinsichten verschleppt, opportunistisch versagen die Grünen in Fragen des Verkehrs, der Landwirtschaft, der Veränderung der Konsumstile; die Migrationspolitik wird weiter nach rechts verschärft usw.

DIE LINKE ALS TEIL EINES WIDERSPRÜCHLICHEN BLOCKS

Gegenüber SPD und Grünen kann man auf Widersprüche und Inkonsistenzen hinweisen, aufgrund derer viele aus guten Gründen immer wieder verärgert und enttäuscht sind. Doch diese Widersprüche gehören seit vielen Jahren zu diesen Parteien. Eher als einen dritten Pol bildet die Linke mit diesen beiden Parteien einen widersprüchlichen progressiven Block: Sie teilt Positionen mit ihnen, befindet sich in Opposition zu ihnen und markiert eine Differenz. Denn sie steht für Tendenzen, für einen sozialistischen Ausweg aus der multiplen Krise einzutreten, in die der Kapitalismus die Weltgesellschaft geführt hat, Tendenzen, die die Leute derart subjektivieren, dass sie bereit

sind, einen Bruch mit ihren Lebensgewohnheiten zu vollziehen. Zu einem guten Teil lassen sich die Angriffe auf den progressiven Block so verstehen, dass genau diese Perspektive auch unter Rückgriff auf faschistische Momente verstellt werden soll. Mit den militärischen Konflikten auf dem Gebiet der Ukraine und im Nahen Osten wird der fossile Industriekomplex revitalisiert: Unproduktive Verwendung von Ressourcen und Arbeitsvermögen für die Aufrüstung oder die Kriegsführung, Nutzung fossiler Energieträger, Ressourcenmangel für den Umbau, Flüchtlingsbewegungen – das alles verhindert den notwendigen organischen, friedlichen Umbauprozess.

Dem progressiven Block steht ein konservativ-reaktionärer Block aus CDU/CSU, AfD, BSW und FDP gegenüber. Dieser Block verfolgt eine Politik für die Bourgeoisie und den Mittelstand – also Kapitaleigentümer*innen, wohlhabende Steuervermeidende, Selbstständige –, bekämpft notwendige Veränderungen in den Geschlechterverhältnissen, lehnt Maßnahmen für den sozial-ökologischen Umbau ab, tendiert zum Rassismus. Das führt zu Feindschaft gegenüber Muslim*en und einem bekenntnishaften autoritären Anti-Antisemitismus.

GEIST DES PSEUDORATIONALEN AFFEKTS: SAHRA WAGENKNECHT

Wir benötigen eine demokratisch-sozialistische Partei. Das ist mittlerweile auch manchen bürgerlichen Journalist*innen klar, die Sorge vor der weiteren autoritären Entwicklung und einer Zerstörung der Demokratie haben. Teile der Medien haben Sahra Wagenknecht über viele Jahre als Zeugin gegen die Linke aufgebaut. Sie stand exotisch für eine sture,

unbelehrbare (SED-)Nostalgie: für Stalin und Mauerbau, Goethe und Ludwig Erhard. Mit ihr konnte man demonstrieren, was in der Linken drinsteckt an Gefahren. Aus diesem Geist des pseudorationalen Affekts konnte sie später auch in Stellung gebracht werden gegen die sozialistischen Kräfte in der Linken, denen sie öffentlich vorhalten durfte, gar nicht wirklich für die unteren sozialen Klassen, für soziale Gleichheit einzutreten, sondern sich in Symbolkämpfen zu verrennen. Das passte den Rechten in den Kram: eine prominente Linke, die die Gewalt in den Familien gegen Frauen und Kinder, gegen Schwule und Lesben, gegen Trans*personen als Wahn erachtete, die Kritik an den patriarchalen und sexistischen Lebensformen als elitäre Identitätspolitik verächtlich machte.

Wagenknechts Politik selbst steht für wahnhaftes Realitätsverleugnung als Protestprogramm: zu den Aggressionen Putins, zu seiner Bedeutung für den globalen Faschismus (u. a. durch finanzielle und mediale Unterstützung rechter Kräfte in der EU) kein Wort, sondern zwanghafte Nüchternheit und Rationalität. Es handelt sich um Appeasement-Politik. Die Haltung von Wagenknecht ist instrumentell: Sie sucht diejenigen, die sie vertreten kann und will, technisch auf der Grundlage von Umfragen. Es geht nicht um deren Beteiligung an einer demokratischen Willensbildung von unten; es geht um Akklamation für autoritär-populistische Führerschaft. Es ist ein Geschäftsmodell für Politikunternehmer*innen. Dabei kommt es zur Verschiebung der gesellschaftlichen Auseinandersetzungen weg von der Klassenspaltung zu der zwischen einer vermeintlich grün-liberalen »Elite« und einem sozial-

konservativen Teil der Beschäftigten und Kleinunternehmer*innen – gegen Geflüchtete und gesellschaftliche Minderheiten. Wenn das neben der sozial-konservativen bis reaktionären Ideologie dennoch eine Dimension von Klassenpolitik hat, dann, weil sie die Interessen von Mittelstand, Teilen der Rentner*innen, konservativen Angestellten und dem Teil der Industriearbeitenden, der sich gegen eine klimaneutrale Transformation wendet, verbindet. Eine rückwärtsgewandte Allianz für eine standortnationalistische Industriepolitik auf fossiler Grundlage wird konstruiert, die weiter auf billige russische Gaslieferungen setzt. Wie gefährlich das für die Demokratie ist, merken nun auch die konservativ-liberalen Medien, die sie bis vor Kurzem noch als Kronzeugin genutzt haben.

FÜR EINEN NEUVERSUCH MIT DER PARTEI DIE LINKE

Eine demokratische ökologisch-sozialistische Partei ist notwendig – sie kann aus der Gründung einer neuen Partei hervorgehen, wie manche angesichts der Krise der Linken überlegt haben, oder aus einer Wiederbelebung der Partei Die Linke. Ich plädiere für einen Neuersuch mit der Partei Die Linke in Diskussionen zwischen denen, die in der gesellschaftlichen Linken und in der Partei ein Interesse an deren Kontinuität haben. Denn diese Partei gibt es, sie verfügt über konkrete Erfahrungen mit Erfolgen und Niederlagen, über ein breites Programm und erhebliche Diskussionserfahrungen. Sie hat weiterhin Abgeordnete, nimmt an Landesregierungen teil, ist immer noch im Bundestag vertreten, hat die Rosa-Luxemburg-Stiftung, verfügt über eine gewisse Bekanntheit und internationale Beziehungen einschließlich

der Mitgliedschaft in der Europäischen Linken (die gerade ihrerseits eine Krise erfährt). Es hat ein Bundesparteitag stattgefunden, der zwei neue Vorsitzende gewählt hat. Aber das wird sicherlich nicht ausreichen, um die Partei von innen zu erneuern. Zeit zu gewinnen ist gut – auch dadurch, dass ältere Abgeordnete noch einmal kandidieren und helfen könnten, Direktmandate zu erlangen und die Partei parlamentarisch abzusichern. Aber die Älteren sollten nicht als »Retter« auftreten, sondern zurückhaltend – mit Blick auf die nächsten Generationen – agieren. Denn manche, die nun in einer »Aktion Silberlocke« die Partei noch einmal retten wollen, haben mit ihrer Rolle in der Bundestagsfraktion, die lange am Bündnis mit Wagenknecht festhielt, obwohl sie die Partei erpresste und längst an einer neuen Partei arbeitete, erheblich zur Krise der Partei beigetragen.

DIE LINKE ALS PRODUKTIVKRAFT

Parteientheoretisch gesprochen sollte die Partei Die Linke als eine Produktivkraft verstanden werden. Damit will ich sagen, dass Individuen und Gruppen sich organisieren, um ihre Kräfte zu kombinieren und zu vervielfältigen. Zusammen können sie auf diese Weise mehr erreichen als jeweils allein für sich. Das ermächtigt sie; es gibt ihnen den Raum, sich wechselseitig als verändernde Kräfte wiederzuerkennen, sich zu verständigen, Ziele zu formulieren. Das unterscheidet Die Linke von anderen Parteien.

Diese organisieren die Fraktionen des Machtblocks, indem sie verschiedene Konsense der Herrschenden, Strategien der Macht, Entscheidungen des Staates vorbereiten und umsetzen. Diese Parteien sind eher Transmis-

sionsriemen der Macht, setzen also bürgerlich-herrschaftliche Ziele um. Dafür organisieren die Parteien Zustimmung. Diese stützt sich auf das Vertrauen in die Macht der Herrschenden, das Überleben des Kollektivs zu organisieren und zu sichern. Üblicherweise spielt deswegen die Zuschreibung von Wirtschaftskompetenz eine besonders wichtige Rolle. Um diese Macht zu demonstrieren, werden auch Posten und Pfründe verteilt. Aber diese Strategie der Herrschaftssicherung funktioniert nicht mehr reibungslos: Hitzeperioden, ökologische Turbulenzen mit Wetterkatastrophen oder invasiven Arten, Erschöpfung der Infrastrukturen, Verlust von Eigentum können durch Versicherungen oder Staat immer weniger aufgefangen werden.

BILDUNGSPROZESSE ORGANISIEREN

Einen solchen Rückhalt unter den Mächtigen hat die Linke nicht, und umso weniger, je ausdrücklicher sie eine sozialistische Programmatik verfolgt. Als Partei bildet sie sich in hohem Maße als ein stetiger Prozess der Selbstorganisation und Initiative von unten. Dazu gehört auch, dass sie als Partei Bildungsprozesse organisiert. Denn die gesellschaftsverändernde Perspektive beinhaltet, dass die Menschen um die Partei herum und ihre Mitglieder selbst ein Verständnis der Lage und Widersprüche der Gesellschaft haben – also wissen, warum sie für das Ziel des demokratischen Sozialismus eintreten. Dieses Ziel ist die konkrete Lösung der konkreten Probleme der gegenwärtigen Gesellschaft.

Was genau diese konkreten Probleme sind, wie sie konkret gelöst werden, wie sehr das unter den gegenwärtigen Verhältnissen schon geschehen kann, welche Wege und

Schritte verfolgt werden sollten, wie viel Zeit für solche Veränderungen bleibt, wie neue Verhältnisse beschaffen sein sollten – das alles sind Fragen, die diskutiert werden müssen und über die gestritten wird. Dabei entstehen zwei Probleme.

Erstens besteht die Möglichkeit, dass sich die Partei mit ihren Diskussionen zu sehr nach innen wendet; dass also für die, die am parteilichen Prozess nicht unmittelbar beteiligt sind – das nähere und weitere Umfeld der gesellschaftlichen Linken, die Medien, die vielen Leute, für die Politik nur sehr vermittelt überhaupt eine Rolle spielt und die dem politischen Alltagsgeschäft ohnehin als Herrschaftsprozess skeptisch und distanziert gegenüberstehen –, diese Diskussionen und die daraus resultierenden Widersprüche und Streitigkeiten nicht mehr nachvollziehbar sind.

Zweitens ist die Partei, ob sie will oder nicht, Teil des Parteiensystems, also Teil der bürgerlichen Herrschaftsausübung. Wenn sie an Wahlen teilnimmt, dann ist sie in den repräsentativen Körperschaften mit alltäglichen Entscheidungen über nahezu jeden Lebensbereich befasst und berührt damit immer die Interessen und Lebensformen gesellschaftlicher Gruppen und Klassen. Mit der Logik der Repräsentation ist eine Partei im politischen Leben einerseits sichtbar, andererseits sind viele ihrer Vertreter*innen auch vom Alltag der Menschen getrennt.

Beide Aspekte bedeuten, dass eine linke, erst recht aber eine sozialistische Partei sorgsam darauf achten muss, die Diskussionen in den politischen Entscheidungsgremien genau zu vermitteln, auch andersherum Wissen von »außen« und »unten« aufzunehmen und einen politischen Bildungsprozess und darüber

hinaus Lernprozesse in den verschiedenen Emanzipationskämpfen zu organisieren.

SOLIDARISCH MITEINANDER STREITEN LERNEN

Dabei geht es auch um den Ton, die Verhaltensmuster. Es gibt eine ungute Form des Besserwissens auch – oder gerade – in der Linken, das Spaltungslinien erzeugt oder verstärkt zwischen Oassis und Wessis, Älteren und Jüngeren, Männern und Frauen. Es lässt sich ein auftrumpfendes Verhalten beobachten – häufig von älteren Männern – die belehren und recht haben wollen. Die Linke ist anfällig dafür, weil sie ein eigenes Wissen erzeugen und tradieren muss und weil ihre Politik einen hohen Rationalitäts- und Wirklichkeitsanspruch hat. Politische Produktivkräfte können durch ungeeignete Produktionsverhältnisse auch blockiert oder zerstört werden. Die Partei gehört nicht einigen wenigen, nicht einmal allen Mitgliedern, sondern allen, um deren Zukunft und Emanzipation es geht. Das gilt auch für die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Es muss an den parteilichen Verhältnissen als Kräfteverhältnissen gearbeitet werden. Dazu gehören die Kommunikationspraktiken. Das bedeutet etwa die Erreichbarkeit und Offenheit der Verantwortungsträger*innen, also die Fähigkeit, zuhören zu können, fehlerhafte Äußerungen auch stehen zu lassen, kritische Äußerungen zu ertragen und nicht cholerisch niederzubrüllen oder als Beleidigung zu betrachten, sich dem demokratischen Prozess verpflichtet zu fühlen und nicht Praktiken der taktischen Übermächtigung zu verfolgen.

Das sind einzelne Praktiken. Weit darüber hinaus geht es um eine umfassende demokratische und solidarische Kommunikations- und

Wissenskultur, die alle beteiligt und höher bildet, also befähigt, Intellektuelle zu werden und die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit zu kennen und zu lenken. Die Schelte und Ablehnung, die gebildete urbane Milieus und ihre experimentellen Lebensformen mit ihren innovativen Erfahrungen, Gefühlen, Praktiken häufig aus der Politik erfahren, ist abzulehnen. Vielmehr geht es darum, gerade diese Milieus mit ihren intellektuellen Kompetenzen zu organisieren und ihre Weltauffassung wie ihre Fähigkeit zur solidarischen Organisation miteinander zur emanzipatorischen Veränderung des Alltags wie der Gesellschaft ethisch-politisch fortzuentwickeln.

Nicht ist diesen Milieus vorzuwerfen, dass sie keine Klassenpolitik verfolgen. Klassenpolitik wird immer verfolgt, weil kapitalistischen Gesellschaften immer Klassen angehören. Dass die Linke im gebildeten Kleinbürgertum verankert ist, ist gut. Viele in den Milieus gehören aber auch zur Arbeiterklasse, denn sie verorten an der einen oder anderen Stelle Kapital. Umgekehrt kann ein Arbeiter im Motorenbau bei Mercedes eine Trans*person oder die Kassierer*in bei Aldi gleichgeschlechtlich orientiert sein. Dennoch ist richtig, dass eine sozialistische Partei die Lohnarbeitenden vor allem auch als Lohnarbeitende organisieren muss, also die Ausbeutung durch Lohnarbeit zum Thema machen muss.

DISSENS STATT ANPASSUNG

Zum Selbstverständnis einer sozialistischen Partei muss gehören, dass sie unter bürgerlichen Verhältnissen von relevanten Kräften nicht geschätzt oder anerkannt wird. Der Dissens, die Verweigerung, mitzumachen, muss zu spüren sein. Anpassung hilft nichts. Es gibt

starke Kräfte, die gegen die Partei arbeiten und sie loswerden wollen. Dass die Partei sich in der Krise befindet, hat nicht einfach mit ihrem Unvermögen, mit einer schlechten Programmatik oder ihrem Personal zu tun. Das natürlich auch. Wenn jemand aus der linken Bundestagsfraktion sich des Themas Kinderarmut annimmt, dann ist das selbstverständlich gut. Aber wenn es nur bürokratisch verwaltet wird, dann bringt es nichts. Es fehlt das Moment der Anschaulichkeit, der Erfahrungsvermittlung, der Einsicht in all die Konsequenzen, die die Armut für Kinder, Jugendliche, Eltern (vor allem alleinerziehende Mütter) hat.

Mir erscheint es wichtig, schon die Existenz der Partei, ihre konkrete Gestalt als eine konkrete Form der gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu begreifen. Die Partei in ihrer konkreten Existenz ist Ergebnis von Kämpfen. Sie wird von den herrschenden Kräften bekämpft. Zu sagen, endlich sei die Linke in der Bundesrepublik angekommen, war immer schon naiv und leugnet diese Auseinandersetzung. Ein quasi-neutraler, technischer Blick auf die Existenz der Partei und ihre Aktivitäten erscheint mir nicht ergiebig. Es wird so eigenartig abstrakt gesprochen: »Die Partei muss dieses oder jenes tun«, so als wäre man nicht Teil dieses Prozesses, als hinge alles vom richtigen, durchgerechneten Programm, der Personalauswahl, vom Auftritt einzelner Vertreter*innen der Partei, vom Wahlkampf ab. Das alles sind wichtige Elemente, und sie können nicht ignoriert werden. Aber es bedarf eines genauen Verständnisses der Konstellationen, der Kräfteverhältnisse, in denen sich die Partei und ihre Aktiven bewegen müssen. Auf dieser Basis ist es dann auch wichtig, mit sachkundigen Argumenten politisch zu handeln,

auf interessante Weise zu kommunizieren, die richtigen Personen an die richtigen Stellen zu bringen.

DIE REALITÄT DER VIELEN SICHTBAR MACHEN

Die Partei kann sich nicht damit begnügen, zu sagen, was ist. Das kommt von Ferdinand Lasalle, und Rosa Luxemburg hat es aufgegriffen. Doch das, was ist, liegt nicht einfach vor Augen. Es bedarf der Fähigkeit, die Verhältnisse zu entschlüsseln. Das spüren viele, aber um es sich einfach zu machen, flüchten sich die Leute in abstrakte oder falsche Wahrheiten, verstecken sich hinter Allerweltsweisheiten, bleiben bei oberflächlichen Gegebenheiten oder hängen Verschwörungsideologien an. Es ist ein zivilisatorischer Gewinn, der von der sozialistischen Linken seit Marx durchgesetzt wurde: den Kampf um die Objektivität zu führen, also eine Realität sichtbar zu machen, in der viele Menschen leben. Die bürgerliche Welt besteht als gespaltene Klassengesellschaft aus mehreren Welten. Viele Welten kommen darin aber gar nicht vor: die Alleinerziehenden, die körperlich Arbeitenden, die prekär Beschäftigten, die migrantischen Milieus und Geflüchtete. Es wird über sie, aber nicht mit ihnen geredet. Sie werden wie Tiere im Zoo präsentiert, aber sie werden nicht als Subjekte ernst genommen, die ein Recht haben, zu lernen, zu begreifen, sich aus ihrer Misere zu befreien. Dem Allgemeinen, dem mächtigen Kollektiv wird der Vorrang vor den Einzelnen eingeräumt, dass die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Gesellschaft durch die Einzelnen und die sozialen Gruppen bestimmt würden, ist nicht vorgesehen.

Diesen demokratischen Prozess zu organisieren wäre die Aufgabe der Partei der Linken. Sagen, was ist, das ist keine einfache

Tatsachenfeststellung, sondern eine hegemoniale Aktivität, mit der Erfahrungen entziffert und im Zusammenhang erklärt werden. Die Welt des Bürgertums ist bestimmt von der Logik des Wachstums, des Profits, der Wettbewerbsfähigkeit – eine Logik, eingerichtet für die Freiheit Weniger. Diese Logik markiert die Grenze für all die Politiken, die verfolgt werden, um mit den vielfachen Krisen umzugehen. Alles soll sich ändern, aber das Wesentliche nicht berühren. Erwartet wird, dass es raffinierte Tricks geben könnte, um die ökologischen Krisendynamiken zu bewältigen: neue Technologien oder Ressourceneinsparungen bei noch mehr Produktion, noch mehr Nachfrage. Am Ende erweist es sich, dass es nicht funktioniert, denn die Kapitalakkumulation verlangt nach mehr Wachstum, mehr Lohnarbeit, mehr Nachfrage. Erneuerbare Energien oder E-Autos benötigen aufwendig zur Verfügung gestellte Ressourcen, die Abfallentsorgung ist nicht geklärt, der Extraktivismus wühlt weiter die Erdkruste auf, zerstört die Meere, vertreibt Menschen, verwüstet die Lebensperspektive der Einzelnen und verhindert ihre Mitsprache.

Dem hat Marx die Logik der gesellschaftlichen Kooperation, der Selbstbestimmung der frei Assoziierten entgegengesetzt. Eine andere Auffassung von Wirklichkeit: die Kooperation, das Gemeinsame, die demokratische Willensbildung durch und für alle. Für diese neue Logik sollte die linke Partei streiten. Eine solche Aufgabe nimmt sie nicht nur für sich und einige Mitglieder wahr, sondern für die Gesellschaft und ihre Entwicklung. Umso unverständlicher ist der Unverstand der Gesellschaft, die ein solches Projekt nicht unterstützt und sich nicht an seiner Gestaltung beteiligt.

WAS WAR & WAS IST



DIPLOMATIE JETZT!

INTERNATIONALE FRIEDENSKONFERENZ, 31. AUGUST 2024 IN BERLIN

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine dauert inzwischen fast 2,5 Jahre. Am Vorabend des Weltfriedenstag, am 31. August 2024, gingen auf Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und des Internationalen Friedensbüros in Berlin Wissenschaftler*innen, Politiker*innen und linke Aktivist*innen aus zehn verschiedenen Ländern daher der Frage nach, wie internationale Bemühungen gestärkt werden können, um diesen zu beenden. Zu den Referent*innen gehörten die Friedensaktivisten Yuri Sheliashenko (Ukraine) und Evgenii Stupin (Russland), Luciana Castellina (Italienische Linke), Jeremy Corbyn (Initiative »Peace & Justice«), Kazuo Shii (Kommunistische Partei Japans) sowie Janine Wissler (ehemalige Vorsitzende der Linkspartei) und Peter Brandt (Historiker). Die Teilnehmer*innen einte die Überzeugung, dass es zu wenig ist, einfach nur darauf zu warten, dass sich die Regierungen in Kiew und Moskau aus eigener Motivation an einen Tisch setzen oder die Kriegsmüdigkeit in der eigenen Bevölkerung und unter den Kämpfenden sie dazu zwingt. Mónica Valente und Ana Garcia aus Brasilien, Anuradha Chenoy aus Indien, Wang Hui aus China und Vishwas Satgar aus Südafrika stellten die jeweiligen diplomatischen Initiativen ihrer Länder vor. Am Ende der Tagung stand die Verabschiedung des gemeinsamen Aufrufs »Diplomatie jetzt! Appell für Frieden in der Ukraine« bzw. »A Plea for Peace in Ukraine«.

Der Appell ist nachzulesen unter: www.rosalux.de/dokumentation/id/52530/diplomatie-jetzt-1

MONSTER VERSTEHEN. FASCHISIERUNG, GRÜNER KAPITALISMUS UND SOZIALISMUS

KONFERENZ, 15. BIS 16. NOVEMBER 2024 IN BERLIN

Mitte November 2024 bot die Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammen mit der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG), der PROKLA-Redaktion und dem Berliner Institut für kritische Theorie (InkriT) die

Chance, über die neue gesellschaftliche Situation hierzulande und die politische Weltlage zu reflektieren. Auf der zweitägigen gut besuchten Tagung »Monster verstehen« boten Panel wie »Grüner Kapitalismus und autoritäre Umbrüche«, »Weltordnung und multiple Krisen«, »Alternativen zur neuen Blockkonfrontation« oder »Faschisierung, Antirassismus und Klassenkämpfe« viel Stoff für zum Teil durchaus kontroverse Diskussionen. Denn die meisten gesellschaftlichen Widersprüche und Krisen bleiben ungelöst, autoritäre und faschistische Mobilisierungen verbreiten Ressentiments, Angst und Gewalt, während viele linke Projekte zwischen überkommenem Spätneoliberalismus, blockierter ökologischer Modernisierung und der radikalen Rechten zerrieben werden. Für eine internationale Perspektive und interessante historische Bezüge sorgten auf der Konferenz vor allem Richard Seymour und Grace Blakeley (Autor*innen aus Großbritannien), Verónica Gago (Universidad de Buenos Aires), Radhika Desai (University of Manitoba) und Clara E. Mattei (New School, New York).

Videodokumentation:

www.rosalux.de/dokumentation/id/52675

»BEHEMOTH – STRUKTUR UND PRAXIS DES NATIONALSOZIALISMUS 1933–1944« PODCAST-FOLGE ZU FRANZ NEUMANN

Im Oktober 2024 war der Theorie-Podcast der Rosa-Luxemburg-Stiftung (tl;dr - too long didn't read) dem deutsch-amerikanischen Politologen und Juristen Franz Neumann gewidmet. Sein 1944 in den USA erschienenes Buch »Behemoth – Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944« gilt als ein Standardwerk der Staats- und Faschismustheorie. Es untersucht, wie die unterschiedlichen Machtblöcke des NS-Regimes (die Wirtschaft mit ihren politischen Organisationen, das Militär, die Bürokratie und die Partei) zusammengehalten und ausbalanciert wurden. Der Titel geht auf ein mythisches Ungeheuer aus dem Alten Testament zurück, das Chaos, Gesetzlosigkeit und Zerstörung verbreitet. Neumann kam zu dem Schluss, dass Profit, Gewalt und Angst vor den Massen die treibenden Kräfte des Systems waren. Der Nationalsozialismus war für ihn die Fortsetzung des Kapitalverhältnisses mit anderen Mitteln. Er beschrieb dies als die Organisation des totalitären Monopolkapitalismus. Neumann

interessierte sich insbesondere für die ökonomischen Bedingungen, die Bedeutung des imperialistischen und antisemitischen Raubzugs der Nazis durch Europa sowie für die Bindungskraft, die durch die Beteiligung vieler Menschen an der Arisierung und Enteignung jüdischen Besitzes entstand.

Anhören unter:

www.rosalux.de/mediathek/media/element/2574

WAS KOMMT



ZEIT, DASS SICH WAS DREHT: VERNETZUNG ZUR STÄRKUNG DES PFLEGE- UND GESUNDHEITSBEREICHS KONFERENZ, 25. BIS 26. JANUAR 2025 IN GÖTTINGEN

Seit Jahren erleben wir kämpferische Auseinandersetzungen in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen und bei den Rettungsdiensten. Immer mehr der dort Beschäftigten schließen sich zusammen, um ihre eigenen Arbeits-, aber auch um die allgemeinen Versorgungsbedingungen zu verbessern. Und immer öfter finden ihre politischen Forderungen Gehör. Aufbauend auf diesen positiven Erfahrungen soll die Konferenz dazu beitragen, die linke Vernetzung im Pflege- und Gesundheitssektor voranzutreiben. Wie kann es gelingen, dass Vereinzelung und Ohnmachtsgefühle angesichts der zum Teil katastrophalen Arbeitsbedingungen bei noch mehr Kolleg*innen in Wut und die Bereitschaft zur kollektiven Organisation umschlagen? Was gibt uns Hoffnung, dass die Verhältnisse im Gesundheits- und Pflegebereich grundsätzlich verändert werden können? Die Tagung soll einen Ort zum Austausch bieten und Antworten geben, wie im Gesundheitswesen und in der Pflege Tätige ihre Anliegen noch stärker in Parteien, Parlamente und soziale Bewegungen tragen können. Denn es geht nicht zuletzt darum, ihnen die gesamtgesellschaftliche Anerkennung zukommen zu lassen, die ihnen gebührt.

Die Teilnahme an der Konferenz sowie die Verpflegung sind kostenfrei.

Anmeldung und weitere Infos:

www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/7CLY7/

KOMMUNALPOLITISCHE KONFERENZ ZUM THEMA WOHNEN

4. BIS 6. APRIL 2025 IN WIESBADEN

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung veranstaltet seit 2022 Kommunalpolitische Konferenzen (KoPoKon). Diese Konferenzen dienen der Weiterbildung und Vernetzung von kommunalpolitisch Engagierten in Stadt und Land aus dem Umfeld der Stiftung und der Partei Die Linke. Sie richten sich nicht vornehmlich an Expert*innen und langjährige Funktionsträger*innen, sondern explizit auch an Menschen mit noch wenigen politischen und professionellen Erfahrungen. Die dritte KoPoKon mit dem Schwerpunktthema Wohnen wird vom 4. bis zum 6. April 2025 in Wiesbaden stattfinden. Neben vielfältigen Workshops und Fortbildungen bietet die KoPoKon vor allem Raum für Erfahrungsaustausch, Diskussion, Ideenentwicklung und Begegnung.

Programm und Anmeldung:

www.rosalux.de/kopokon

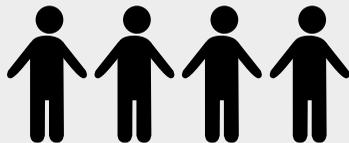
GOOD NIGHT FAR RIGHT – STRATEGIEN GEGEN RECHTS INTERNATIONALER ERFAHRUNGSAUSTAUSCH, 27. MÄRZ 2025 IN BERLIN

In Deutschland und weltweit gewinnt die extreme Rechte an Einfluss. Deshalb steht die (gesellschaftliche) Linke vor der dringenden Aufgabe, Kräfte zu sammeln und erfolgreiche Strategien gegen den lokalen und globalen Rechtsruck zu entwickeln. Für das Frühjahr 2025 organisiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung daher einen internationalen Erfahrungs- und Strategieaustausch zu Themen wie Bündnispolitik und erfolgreicher Widerstand gegen rechte Mobilisierungen. Zu diesem Zweck kommen politische Akteur*innen aus verschiedenen Kontexten und Weltregionen in Berlin zusammen: Aktive aus linken Parteien, Bewegungen, Netzwerken und Initiativen aus Deutschland, anderen europäischen Ländern, Lateinamerika und den USA, die sich gegen rechts engagieren. 2025 ist zugleich das Jahr, in dem die nächste Bundestagswahl in Deutschland stattfinden wird. Es soll in Workshops und Strategiesitzungen einen Austausch darüber geben, welche Kampagnen anderswo angewendet wurden und welche effektiv waren. Um frühzeitige Anmeldung wird gebeten.

Anmeldung und weitere Infos:

www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/UMLAV/

MIT WEM



MIT VERGESELLSCHAFTUNG GEGEN DIE OHNMACHT NEUE STUDIE ÜBER POTENZIALE FÜR EINE SOZIAL- ÖKOLOGISCHE ENERGIEWENDE

Im September 2024 erschien eine im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung erstellte Studie zu den Möglichkeiten und Aussichten einer demokratischen und sozial-verträglichen Energiewende. Die Autor*innen sind alle Mitglieder des Vereins communia, der seit 2020 als kleiner linker Thinktank soziale Bewegungen unterstützt, die sich für Vergesellschaftung einsetzen und alternative, öffentliche und demokratische Eigentumsmodelle erproben, um Klimakrise und Ungleichheit zu überwinden. Es ist das Verdienst dieser Studie, die Ausgangsbedingungen politischer Kämpfe im Bereich der sozial-ökologischen Transformation mit all ihren Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen zu analysieren und gleichzeitig Anknüpfungspunkte und strategische Überlegungen für die politische Praxis zu bieten.

Download: www.rosalux.de/publikation/id/52487/mit-vergesellschaftung-gegen-die-ohnmacht

»NO OTHER LAND« KINOPREMIERE IM BABYLON, 11. NOVEMBER 2024 IN BERLIN

Mit ihrem Debütfilm »No Other Land« ist den jungen Regisseuren Basel Adra und Yuval Abraham ein beeindruckendes Porträt einer Gemeinde im Westjordanland gelungen, die sich gegen die von der israelischen Besatzung geplante Umsiedlung zur Wehr setzt. Der Film, der im Februar auf der Berlinale mit dem Dokumentarfilmpreis und dem Panorama Publikumspreis ausgezeichnet wurde, hatte nun am 11. November im Babylon in Berlin seine Kinopremiere.

Bereits in seiner Jugend hatte Basel Adra begonnen, in seiner Dorfgemeinde Masafer Yatta, die zum militärischen Sperrgebiet erklärt wurde, zu filmen. Als Basel Adra den israelischen Journalisten Yuval Abraham kennenlernt, dokumentieren sie fortan gemeinsam den Widerstand gegen die israelische Besatzung. Vor der

Kamera reflektieren sie ihre Gedanken und Gefühle, die Komplexität der Situation und ihre jeweiligen Rollen, in denen sie selbst als Palästinenser und Israeli den Konflikt aus unterschiedlichen Blickwinkeln erleben. So ist ein Stück Zeitgeschichte zum Nahostkonflikt entstanden, das aktueller nicht sein könnte, aber auch die Geschichte einer Freundschaft über Grenzen hinweg.

Im Anschluss an die Vorführung sprach Gil Shohat, Büroleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Israel, mit den beiden Regisseuren über den Film, der in den kommenden Wochen in vielen deutschen Kinos zu sehen sein wird.

Weitere Infos: www.rosalux.de/veranstaltung/es_detail/GDQNB/

»UNIVERSALISMUS VON UNTEN« BUCHPREMIERE MIT JULE GOVRIN, 14. JANUAR 2025 IN BERLIN

Je bedrohlicher die Weltlage wird, desto stärker spüren wir, wie sehr wir global aufeinander angewiesen sind. Doch obwohl wir alle verwundbar sind, ist Verwundbarkeit ungleich verteilt. Wie aber lässt sich Ungleichheit ausgehend von Körpern denken? Anhand von Schulden- und Austeritätspolitiken untersucht die Philosophin Jule Govrin in ihrem neuen Buch »Universalismus von unten. Eine Theorie radikaler Gleichheit«, wie Menschen durch Formen der differenziellen Ausbeutung ungleich gemacht werden. Und sie begibt sich auf die Suche nach gelebter Gleichheit in der Gegenwart. Gleichheit erscheint so nicht als fernes Ideal, sondern als prekäre Praxis, welche die Sorge umeinander in den Vordergrund stellt. In solidarischen Gefügen und egalitären Körperpolitiken blitzt ein Universalismus von unten auf. Jule Govrin wird ihr neues Buch am 14. Januar 2025 bei »linksbündig« in der Straße der Pariser Kommune 8A in Berlin vorstellen.

Die Reihe »linksbündig« bietet eine Plattform für Autor*innen, die sich zeitgemäße Gedanken machen. Gedanken über Gleichheit und Gerechtigkeit, über Emanzipation und Eigentum, über eine Alternative zum Kapitalismus und einen neuen Blick auf die Frage des Sozialismus.

Die Veranstaltung ist eine Kooperation zwischen Suhrkamp-Verlag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Beginn ist 19 Uhr, der Eintritt ist frei.

Anmeldungen an: linksbuendig@rosalux.org

WER SCHREIBT



LINKE TRIGGERPUNKTE

STUDIE ZU GESELLSCHAFTLICHEN HALTUNGEN UND KLASSENLAGEN VON WÄHLER*INNEN

Die Wählerschaft der Linken ist zunehmend akademisch geprägt. Nach einer überdurchschnittlichen Unterstützung bis 2013 ist der Anteil der Linke-Wähler*innen unter der Industriearbeiterschaft und den in schlecht bezahlten Dienstleistungsberufen Beschäftigten deutlich zurückgegangen. Zu diesem Ergebnis kommt eine neue empirische Studie der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der Autor Carsten Brand hat anhand von vier Themenbereichen (Sozial-, Migrations-, Klima- sowie Außen- und Rüstungspolitik) untersucht, welches für Die Linke potenzielle Gewinn- und Verlustpositionen sind und was das für die zukünftige politische Ausrichtung der Partei bedeuten könnte. Zu den potenziellen Gewinnpositionen zählen: Mietregulierung, Mindestlohn, Preisobergrenzen, Reichensteuer sowie verstärkte diplomatische Bemühungen im Ukraine-Krieg. Dagegen erklärt der Autor eine großzügige Zuwanderungs- und Asylpolitik, klimapolitische Maßnahmen, mit denen für Privathaushalte finanzielle Kosten verbunden sind, sowie (unilaterale) Abrüstungsbestrebungen zu den potenziellen Verlustpositionen.

Download: www.rosalux.de/publikation/id/52578/linke-triggerpunkte

VOM HORROR ZUR HOFFNUNG

STRATEGIEN GEGEN BLOCKIERTE TRANSFORMATION UND FASCHISIERUNG

Der von Mario Candeias und Lia Becker publizierte und im September 2024 erschienene Band versammelt sechs Interviews, Zeitdiagnosen und Beiträge, von denen sich der erste Teil mit dem beschäftigt, was die Herausgeber*innen als autoritäre Kippunkte und an anderer Stelle als Facetten der Faschisierung beschreiben, und der zweite mit linken Perspektiven und möglichen Gegenstrategien sozialer Bewegungen und der Linkspartei. Ein zentraler Ausgangspunkt der Überlegungen ist, dass das grün-kapitalistische

Modernisierungsprojekt als dominante Antwort auf die Krisen aktuell durch eine allgemeine Austeritätspolitik blockiert ist, was es autoritär-populistischen Kräften erlaubt, das gesamte Kräfteverhältnis deutlich nach rechts zu verschieben. Der Begriff der Faschisierung sei nötig geworden, um einen Qualitätssprung zu fassen, denn die zunehmende Radikalisierung und alltägliche Entzivilisierung beschränke sich nicht mehr auf die extreme Rechte, sondern sei zu einem gesamtgesellschaftlichen Phänomen geworden. Es schreiben neben den Herausgeber*innen Birgit Sauer, Sebastian Friedrich, David Begrich, Clara Bünger, Anika Taschke, Malte Engeler, Julia Dück und Bernd Riexinger.

Download: www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/luxemburg_beitraege/LuxBeitraege_24_Faschisierung.pdf

WAS IST SOZIALISMUS HEUTE?

WARUM WIR DEN KAPITALISMUS ÜBERWINDEN MÜSSEN

Die gesellschaftliche Linke und die gleichnamige Partei sind erprobt darin, gesellschaftliche Missstände zu benennen. Schon deutlich unsicherer sind sie in der Analyse, ob und wie die vielfältigen Krisen der Gegenwart miteinander zusammenhängen und sich verschränken. Und meist sehr leise werden sie, wenn über Alternativen zum Kapitalismus gesprochen werden soll. »Zu weit weg«, »gerade völlig unrealistisch«, »Wer will das und wer soll für diesen Systemwechsel sorgen?« wird oft eingewandt, um die Systemfrage gedanklich weit in die Zukunft zu verschieben. Die Autoren Bernd Riexinger und Raul Zelik sind davon überzeugt, dass es der Linken gelingen muss, näher zu beschreiben und zu benennen, wie eine Alternative zum Kapitalismus aussehen könnte. Die Linke braucht einen Sozialismusbegriff, der den Unterschied zu den gescheiterten Versuchen des realen Sozialismus deutlich macht. Dabei geht es nicht um Szenarien des »Wünsch-dir-was«, sondern um das Aufgreifen und Weiterentwickeln von Ansätzen, für die im Kapitalismus schon heute gekämpft wird. Es braucht eine neue positive Erzählung. An nichts weniger versuchen sich die Autoren in der Broschüre.

Download: www.rosalux.de/publikation/id/52485

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG



Mario Candeias und
Lia Becker (Hrsg.)
**VOM HORROR ZUR
HOFFNUNG**
Strategien gegen blockierte
Transformation und Faschisierung

luxemburg beiträge Nr. 24
96 Seiten, Broschur, Oktober 2024
ISSN 2749-0939

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/52656

**ROSALUX
INTERNATIONAL**
Das neue Portal für fundierte
internationale Analysen aus
einer linken Perspektive
auch als Newsletter abonnierbar
www.rosalux.de/international



Bienz Hammer, Nadja Kaiser
und Melani Klarić
**WIDERSPRECHEN UND
SICH POSITIONIEREN**
Gesprächsstrategien gegen rechte
und diskriminierende Aussagen

102 Seiten, Broschur
5. überarb. Auflage, Oktober 2024
ISBN 978-3-9818987-0-5

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/37599



**WIDERSPRECHEN UND
SICH POSITIONIEREN**
GESPRÄCHSSTRATEGIEN GEGEN RECHTE
UND DISKRIMINIERENDE AUSSAGEN

Weitere
Publikationen
unter
www.rosalux.de



Tim Engartner und Tobias Heinemann
**PÜNTKLICH WIE DIE
EISENBahn**
Mythen und Fakten zur Deutschen Bahn
luxemburg argumente Nr. 24
43 Seiten, Broschur, September 2024
ISSN 2193-5831

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/52526

PODCASTS DER ROSA-LUXEMBURG- STIFTUNG

ARMUTSZEUGNIS
Wirtschaftspodcast mit
Sabine Nuss und Eva Völpel

DIS:ARM
Friedensgespräche mit
Linda Peikert und Jan van Aken

tl;dr
Theoriepodcast

ManyPod
Podcast für die Gesellschaft
der Vielen

Rosalux History
Geschichtspodcast mit Albert
Scharenberg und Anika Taschke

Zu hören auf der Webseite
der Rosa-Luxemburg-Stiftung,
auf Soundcloud, Spotify und überall
sonst, wo es Podcasts gibt.

[www.rosalux.de/
podcasts](http://www.rosalux.de/podcasts)





1/2024 ZUKUNFT MIT PLAN

Planwirtschaft gilt als realsozialistisches Auslaufmodell. Doch nun geistert sie wieder durch linke Debatten. Sind neue demokratische Modelle der Wirtschaftsplanung eine Alternative zum Krisenkapitalismus? Können sie den gigantischen ökologischen Umbau stemmen? Wo liegen die Fallstricke? In diesem Heft werden Ansätze und Wege diskutiert in eine ZUKUNFT MIT PLAN.

BEITRÄGE VON: Rabea Berfelde | Lutz Brangsch | Samuel Decker | Judith Dellheim | Alex Demirović | Barbara Fried | Katalin Gennburg | Jan Groos | Justus Henze | Ulrike Herrmann | Jakob Heyer | Andrej Holm | Bernhard Knierim | Kalle Kunkel | Heide Lutosch | Samia Mohammed | Philipp Möller | Sabine Nuss | Helge Peukert | Dominique Plihon | Christoph Sorg | Jenny Stupka | Simon Sutterlütti | Eva Völpel | Alex Wischnewski | Uwe Witt | Raul Zelik

Mai 2024, 128 Seiten



2/2023 ZEIT DER MONSTER

Wie paralyisiert starren wir auf die Krisen unserer Zeit. Rechte Kulturkämpfe haben Konjunktur. Law and Order bedrohen die Grundlagen der Demokratie. Das Heft will diese Phänomene verstehen. Was sind die Monster unserer Zeit? Wo wird um die Richtung der Entwicklung gerungen, um Produktion und Ökologie, um Geschlechterfragen und Arbeitszeit, um Friedenspolitik und Migration? Wie analysieren wir Kulturkämpfe von links?

BEITRÄGE VON: Lia Becker | Ulrich Brand | Clara Bünger | William Callison | John Clarke | Alex Demirović | Richard Detje | Philipp Frey | Gianna Gumgowski | Bernd Kasperek | Stephan Krull | Nicole Mayer-Ahuja | Sandro Mezzadra | Benjamin Opratko | Guillaume Paoli | Maximilian Pichl | Thomas Sablowski | David Salomon | Birgit Sauer | Tatjana Söding | Linus Westheuser | Markus Wissen | Joanna Wuest u. a.

Dezember 2023, 140 Seiten

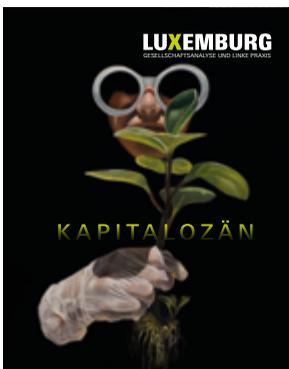


1/2023 WAS BLÜHT IM OSTEN?

Auch über 30 Jahre nach der Wende hält die Stigmatisierung der »Ossis« an. Von den Löhnen über Erbschaften bis zur Verteilung der Führungspositionen: Die Ungleichheit zwischen Ost und West ist nicht kleiner geworden, die Nach-Wende-Zeit kaum aufgearbeitet. Ein Heft über industrielle Umbrüche, neue Streiks, rechte Bedrohung, migrantische Allianzen, »Ost-Identität«, mutige Politik von unten und eine LINKE zwischen Krise und Aufbruch. Wie ist ein linker Osten möglich?

BEITRÄGE VON: Katja Barthold | David Begrich | Laura Boemke | Lutz Brangsch | Katharina Dahm | Klaus Dörre | Trong Do Duc | Paul Georgi | Lena Güngör | Tine Haubner | Sarah Hinz | Renate Hürtgen | Stefanie Hürtgen | Gesine Langlotz | Mike Laufenberg | Grit Lemke | Doris Liebscher | Sören Pellmann | Manja Präkels | Oliver Preuss | Stefan Schmalz | Claudia Sprengel | Danilo Starosta | Mandy Träger | Isabelle Vandre | Katharina Warda u. a.

Mai 2023, 140 Seiten



3/2022 KAPITALOZÄN

Krieg, Erderwärmung, Inflation: Eine Krise jagt die nächste. Wie bringt man eine Zeit auf den Begriff, die sich selbst überschlägt? Wir nennen es das Kapitalozän: das Erdzeitalter, das von der kapitalistischen Ausbeutung der Natur geprägt ist. Aber wie kommen wir im Katastrophenkapitalismus ins Handeln, wie sehen Lösungswege aus? LuXemburg 3/2022 ist ein Dialog: zwischen den Generationen und Kämpfen, zwischen Analyse und Strategie und zwischen dem, was ist, und dem, was noch werden kann, trotz alledem.

BEITRÄGE VON: Leon Burghardt | Alex Demirović | Felix Dorn | Lara Eckstein | Nancy Fraser | Lucie Hammer | Franziska Heinisch | Sarah-Lee Heinrich | Olena Lyubchenko | Birgit Mahnkopf | Jason W. Moore | Roland Ngam | Nam Duy Nguyen | Hans Rackwitz | Salvage Collective | Ingar Solty | Nathalie Steinert | Rahel Süß | Frank Voigt | Fanny Zeise | Karla Zierold

Oktober 2022, 128 Seiten



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 2/2024

ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung

V.i.S.d.P.: Harry Adler harry.adler@rosalux.org

Redaktion: Harry Adler, Lia Becker, Mario Candeias, Judith Dellheim, Alex Demirović, Barbara Fried, Britta Grell, Inga Lamprecht, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski, Hannah Schurian, Ingar Solty, Eva Völpel und Moritz Warnke

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.org

Straße der Pariser Kommune 8A, 10243 Berlin

Telefon: +49 (0)30 443 10-157

Fax: +49 (0)30 443 10-184

www.zeitschrift-luxemburg.de

Join us on Facebook: www.facebook.com/zeitschriftluxemburg

X: www.x.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.

Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abo

Copyright: Alle Beiträge, sofern nicht anders ausgewiesen, laufen unter den Bedingungen der Creative Commons License: 

Bildnachweise:

S. 22–29, 35: »An der Grenze«, © Ingmar Björn Nolting/laif

S. 78–85, Foto: © Christian Knieps

S. 92/93:  4.0 ATLAS der Abrüstung / Yearbook on Peace Processes

Titelgestaltung und Illustrationen: © Jan Bachmann

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur
www.text-arbeit.net

Grafik und Satz: Matthias Weber & Schnegg – Ausstellung, Kommunikation, Design
www.matthies-weber-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus

02 24

Lia Becker | Thomas Biebricher | Adam Birk |
Mario Candeias | Alex Demirović | Richard
Detje | Marlene Engelhorn | Axel Gehring |
Rebecca Gotthilf | Michael Jäger | Lothar
Kittstein | Volker Lösch | Clara Mattei | Leonie
Petersen | Dieter Sauer | Ursula Stöger |
Natascha Strobl | Peter Ullrich | Jan van Aken |
Hilde Wagner



Halt auf halber Strecke – die Bilanz der Ampel
Konservatismus am Kipppunkt
Tiefenverspannungen und moralische Paniken
AfD – Arbeiterpartei ohne betriebliche Basis?
BSW – Anheizer*innen des autoritären Klimas
Außenpolitische Verspannungen der Linken
Wege aus der Eskalation
Partei als Produktivkraft

**DIE ZEITSCHRIFT DER
ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG**
ISSN 1869-0424